

ПОНЕДЕЛНИК 1 СЕПТЕМВРИ 2008 Г.

LUNES 1 DE SEPTIEMBRE DE 2008

PONDĚLÍ, 1. ZÁŘÍ 2008

MANDAG DEN 1. SEPTEMBER 2008

MONTAG, 1. SEPTEMBER 2008

ESMASPÄEV, 1. SEPTEMBER 2008

ΔΕΥΤΕΡΑ 1 ΣΕΠΤΕΜΒΡΙΟΥ 2008

MONDAY, 1 SEPTEMBER 2008

LUNDI 1 SEPTEMBRE 2008

LUNEDI' 1 SETTEMBRE 2008

PIRMDIENA, 2008. GADA 1. SEPTEMBRIS

2008 M. RUGSĖJO 1 D., PIRMADIENIS

2008. SZEPTEMBER 1., HÉTFŐ

IT-TNEJN, 1 TA' SETTEMBRU 2008

MAANDAG 1 SEPTEMBER 2008

PONIEDZIALEK, 1 WRZEŚNIA 2008

SEGUNDA-FEIRA, 1 DE SETEMBRO DE 2008

LUNI 1 SEPTEMBRIE 2008

PONDELOK 1. SETEMBRA 2008

PONEDELJEK, 1. SEPTEMBER 2008

MAANANTAI 1. SYYSKUUTA 2008

MÅNDAGEN DEN 1 SEPTEMBER 2008

VORSITZ: HANS-GERT PÖTTERING

Präsident

(Die Sitzung wird um 17.00 Uhr eröffnet.)

1 - Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die am Donnerstag, dem 10. Juli 2008 unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

2 - Mitteilung des Präsidenten

Der Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich Sie alle herzlich willkommen heißen und einige Bemerkungen zum Plenarsaal in Straßburg machen. Wie Sie wissen, muss aufgrund des am 7. August erfolgten teilweisen Einsturzes der Zwischendecke des Plenarsaals in Straßburg diese erste Plenartagung des Europäischen Parlaments im September ausnahmsweise hier in Brüssel abgehalten werden. Diese Entscheidung habe ich im Hinblick auf die größtmögliche Sicherheit der Mitglieder und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Durchsicht der vorläufig durchgeführten Expertisen und nach Beratungen mit den Fraktionsvorsitzenden sowie Konsultierung der französischen Ratspräsidentschaft getroffen. Die Entscheidung berücksichtigt zugleich die notwendige Kontinuität der gesetzgeberischen Arbeit des Europäischen Parlaments.

Nach den vorläufigen Untersuchungsergebnissen ist der teilweise Einsturz der eingezogenen Zwischendecke auf den Bruch von Bauteilen zurückzuführen, die die Zwischendecke mit der eigentlichen Deckenstruktur verbinden. Die laufenden Untersuchungen, die von mehreren unabhängigen, vom Parlament beauftragten internationalen Bauingenieursfirmen durchgeführt werden, werden weitere Details sowie die Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit dem Einsturz eruieren. Diese Untersuchungen vollziehen sich in engster Zusammenarbeit mit den verantwortlichen kommunalen Behörden und mit einem hochrangigen Experten für Gebäudesicherheit, der von der französischen Regierung ernannt wurde. Haftung und Verantwortlichkeiten zwischen den am Bau der ursprünglichen Decke Beteiligten werden nach dem Vorliegen der abschließenden Untersuchungsergebnisse festgestellt werden. Die Zwischendecke im Plenarsaal wird nunmehr vollständig mit einer neuen Technik aufgehängt, die zuvor von den unabhängigen Experten und den lokalen Baubehörden gutgeheißen wurde.

Obgleich jedwede Anstrengungen unternommen werden, um so schnell wie möglich mit den Arbeiten voranzukommen, ist die notwendige Prozedur langwierig. Wir hoffen, dass alle baurechtlichen Überprüfungen hinsichtlich der Sicherheit und der notwendigen Reparaturen noch vor der zweiten Plenartagung im September abgeschlossen sein werden.

Bei allen unseren Überlegungen und Entscheidungen hat die Sicherheit absoluten Vorrang.

1-007

3 - Nachruf

1-008

Der Präsident. – Meine Damen und Herren! Ich muss Ihnen leider einige sehr traurige Mitteilungen machen. Während des Sommers erfuhren wir mit großer Trauer vom tragischen Tod unseres Freundes und Kollegen Professor Bronisław Geremek. Er war ein großer polnischer Patriot und ein echter Europäer. Jahrzehntlang kämpfte er darum, für das polnische Volk die Grundwerte der Demokratie, der Freiheit, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit zu erlangen. Sein Engagement für die demokratische Opposition und die große Volksbewegung Solidarność hat Früchte getragen.

Seit inzwischen fast zwei Jahrzehnten hat Polen seinen rechtmäßigen Platz im Kreis der freien und demokratischen europäischen Nationen eingenommen und ist, wie wir alle wissen, seit dem 1. Mai 2004 Mitglied der Europäischen Union. Sein Beitrag zu diesem Anliegen macht Bronisław Geremek, langjähriges Mitglied des polnischen Parlaments und Außenminister von 1997–2000, zweifellos zu einem der Gründerväter und wichtigsten Gestalter des neuen Polen.

Seit 2004 war er Mitglied des Europäischen Parlaments. Wir lernten ihn kennen als einen Menschen, der wirklich an das europäische Projekt glaubte. Es spiegelte seine Ideale und Überzeugungen wider, nämlich die der Versöhnung, des Dialogs und des Kompromisses. Ich bewunderte sehr seine einzigartige Fähigkeit, gleichzeitig Polen und der Europäischen Union nahe zu sein. Stets hat er sich für den Integrationsprozess eingesetzt, den er als die beste Lösung für die Zukunft seines Landes und unseres Kontinents verstand.

Wir haben einen außerordentlichen Kollegen verloren. Sein plötzlicher und tragischer Tod hat eine Lücke hinterlassen, die nur schwer zu schließen sein wird. Ich möchte an dieser Stelle seiner Familie – vor allem seinen beiden Söhnen – und allen seinen Freunden mein tiefstes Beileid aussprechen. Wir werden Bronisław Geremek im Europäischen Parlament stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit großer Trauer haben wir, ebenfalls Anfang August, vom Tode unseres Kollegen Willi Piecyk kurz vor seinem 60. Geburtstag erfahren. Auch hier möchte ich den Hinterbliebenen im Namen des Europäischen Parlaments unsere tief empfundene Anteilnahme aussprechen. Willi Piecyk war Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1992. Er engagierte sich insbesondere im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr, wo er über Jahre hinweg als Obmann der PSE-Fraktion seine Aufgaben wahrnahm.

Noch vor wenigen Wochen haben wir gemeinsam mit ihm den ersten Europäischen Tag der Meere begehen können. Damals hatte ich den Eindruck – obwohl ich von seiner schweren Krankheit wusste –, dass es ihm doch besser zu gehen schien. Aber dieser Eindruck hat leider getrogen.

Willi Piecyk wird uns in vieler Hinsicht als Initiator von vielen wichtigen Initiativen in Erinnerung bleiben. Mit Willi Piecyk verlieren wir einen allseits geschätzten und von uns allen geachteten Kollegen. Wir werden auch seiner immer in Dankbarkeit gedenken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Leider muss ich Ihnen auch den Tod einer weiteren lieben ehemaligen Kollegin bekannt geben. Am 4. August verstarb unser ehemaliges Mitglied Maria Luisa Cassanmagnago Cerretti, die 1979 mit mir – und deswegen habe ich eine ganz besonders intensive Erinnerung an sie – ins Parlament gewählt wurde und hier ihre Arbeit für Europa, für die Einigung aufnahm. Sie war stellvertretende Vorsitzende der damaligen EVP-Fraktion und hat von 1982 bis 1987 das Amt einer Vizepräsidentin wahrgenommen. Sie war dann auch für einige Zeit Vorsitzende des Politischen Ausschusses – des Vorgängerausschusses des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Durch ihr Engagement in der Politik war Maria Luisa Cassanmagnago Cerretti eine Inspiration gerade für viele Frauen. Sie leistete als Mitglied des Europäischen Parlaments einen wertvollen Beitrag, indem sie sich mit Großherzigkeit und intellektuellem Mut für die europäische Einigung einsetzte.

Wir werden Maria Luisa Cassanmagnago Cerretti in guter Erinnerung behalten.

Meine Damen und Herren! Während der Sommerpause haben sich eine Reihe tragischer Flugzeugkatastrophen ereignet. In Madrid sind am 20. August beim schwersten Flugzeugunglück in Spanien seit 25 Jahren 154 Menschen ums Leben gekommen. Nur 18 der 172 Menschen an Bord des Flugzeugs, das vom Madrider Flughafen Barajas zu den Kanarischen Inseln unterwegs war, haben die Tragödie überlebt.

Am folgenden Tag habe ich im Namen des Europäischen Parlaments eine Erklärung abgegeben. Heute möchte ich erneut den Familien und Freunden der Verstorbenen unsere Solidarität und unsere Unterstützung bekunden.

Nur wenige Tage nach der Tragödie von Madrid, am 24. August, stürzte nach dem Start von der kirgisischen Hauptstadt Bischkek ein weiterer Flugzeug ab. Dabei fanden 68 Menschen den Tod. Ich möchte in Ihrer aller Namen auch den Opfern dieses und aller anderen tragischen Unglücke unsere tiefste Anteilnahme ausdrücken.

Ich darf Sie bitten, sich zu einem stillen Gedenken von Ihren Plätzen zu erheben.

(Das Parlament erhebt sich zu einer Schweigeminute.)

1-009

4 - Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

1-010

5 - Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

1-011

6 - Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

1-012

7 - Auslegung der Geschäftsordnung: siehe Protokoll

1-013

8 - Übermittlung von Abkommenstexten durch den Rat: siehe Protokoll

1-014

9 - Weiterbehandlung der Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll

1-015

10 - Hinfällige schriftliche Erklärungen: siehe Protokoll

1-016

11 - Mittelübertragungen: siehe Protokoll

1-017

12 - Petitionen: siehe Protokoll

1-018

13 - Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

1-019

14 - Anfragen zur mündlichen Beantwortung und schriftliche Erklärungen (Vorlage): siehe Protokoll

1-020

15 - Arbeitsplan

1-021

Der Präsident. – Der endgültige Entwurf der Tagesordnung dieser Tagung, wie er von der Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung vom Donnerstag, dem 28. August 2008, gemäß Artikel 130 und 131 der Geschäftsordnung festgelegt wurde, ist verteilt worden. Zu diesem Entwurf liegen keine Änderungen vor, so dass damit die Tagesordnung beschlossen ist.

1-022

Hannes Swoboda (PSE). – Herr Präsident! Wenn wir von der Tagesordnung ausgehen und annehmen, dass die Debatte über Georgien heute stattfindet, dann haben auch wir keinen besonderen Wunsch. Wenn allerdings aufgrund von Verzögerungen die Sitzung länger dauert und diese Debatte über Georgien erst morgen stattfinden kann, dann würden wir beantragen, die Debatte über das Sozialpaket auf die zweite September-Tagung zu verschieben, weil wir, glaube ich, an einem Vormittag unmöglich sowohl die Debatte über das Sozialpaket als auch die Debatte über Georgien haben können. Ich wollte das nur jetzt schon ankündigen.

1-023

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege Swoboda! Es gab keine Übersetzung — ich glaube, besonders nicht ins Englische, wenn ich die Kollegen richtig identifiziere. Ich wiederhole also, was der Kollege Swoboda gesagt hat: Wenn die Debatte über den heutigen Gipfel nicht heute stattfindet, sondern morgen, dann soll die Debatte über die Sozialfragen auf die zweite September-Tagung verschoben werden, weil in diesem Fall die für die Debatte über das Sozialpaket vorgesehene Zeit ja für die Aussprache über den Gipfel von heute verwendet wird. So habe ich es verstanden. Sind wir uns darüber einig? Das ist der Fall. Dann kommen wir zu den einminütigen Ausführungen nach Artikel 144 der Geschäftsordnung.

1-024

16 - Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

1-025

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgen die Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen.

1-026

Tunne Kelam (PPE-DE). – Mr President, the Beijing Olympics have proved, sadly, that authoritarian regimes are not able or willing to comply with Olympic ideals of respect for human rights and peace.

Symbolically the Russian authorities preferred to mark the start of the Beijing Olympics by launching an armed invasion of a neighbouring country. All this happened in the immediate neighbourhood of the future Sochi Winter Olympics.

I am convinced that by this unprecedented violation of the territorial integrity of a neighbouring country, and by annexing parts of its territory, the Russian Federation has lost the moral and political justification to host the 2014 Sochi Olympics.

I call on the International Olympics Committee to designate in the shortest possible time another city to host these Winter Olympics.

1-027

Manuel Medina Ortega (PSE). – Señor Presidente, como diputado español residente en las Islas Canarias quiero agradecer las palabras que usted ha pronunciado, el recuerdo a las víctimas del accidente del pasado 20 de agosto. Al hacerlo, me sumo a la expresión de sentimiento y, además, espero que este tipo de accidentes no se produzca en el futuro y que la Unión Europea pueda establecer medidas para garantizar la seguridad del tráfico aéreo.

1-028

Jelko Kacin (ALDE). – Gospod predsednik, vprašanje varovanja okolja in povečane energetske potrebe v povezavi s podnebnimi spremembami so izzivi, ki zahtevajo odgovoren pristop vseh politikov in presegajo državne meje in nacionalne interese. Gradnja pomorskih plinskih terminalov v zaprtih morjih, kot je Jadransko morje, pa je še posebej občutljiva.

V Tržaškem zalivu nameravajo zgraditi kopenski in še pomorski plinski terminal, ki naj bi zrasel le pet milj pred slovensko obalo, prav nasproti največjega turističnega področja pred Piranom. Če si italijanska vlada to upa, ga lahko poskuša postaviti tudi v beneško laguno, a ji to ne bi uspelo, saj bi temu nasprotoval ves civilizirani svet.

Prebivalci imajo pravico nasprotovati takemu objektu, politiki pa morajo spoštovati njihovo voljo in nadoknaditi demokratični deficit v Evropski uniji. Prevečkrat smo bili premalo odgovorni do okolja, da bi si kaj takega smeli še dovoliti. In to je potrebno italijanskim oblastem povedati in sporočiti tudi tukaj, v Evropskem parlamentu.

1-029

Jean Lambert (Verts/ALE). – Mr President, I wanted to raise with you quite a serious case about a Sri Lankan journalist, Mr J. S. Tissainayagam, which we raised on our recent delegation visit to Sri Lanka. He is a very well-known writer and journalist and has been running, amongst other things, a German-Government-funded website called 'Outreach' promoting peace and justice. At that point he had been detained without charge for over four months in poor conditions, and he was

finally charged and remanded in custody last week under the country's Prevention of Terrorism Act, with charges related to bringing the government into disrepute and stirring up communal disharmony.

We would ask you, Mr President, to use your good offices with Council and Commission to follow this important case, not least to see to it that he be able to meet his lawyers in private – which he has not been able to do yet – and that there will be full disclosure of the evidence against him.

1-030

President. – Our officials will follow the case.

1-031

Andrzej Tomasz Zapalowski (UEN). – Panie Przewodniczący! W ostatnich dniach jeden z głównych naszych partnerów politycznych i gospodarczych, Rosja, wysunął w stosunku do Unii groźby i zastraszanie potencjałem ekonomicznym i militarnym. Groźby te są także formułowane względem państw związanych europejską polityką sąsiedztwa. Czy w stosunkach partnerskich, a zwłaszcza w interesach (wspólne budowanie gazociągów i naftociągów) normalne jest, aby partner posuwał się do takich mechanizmów?

Wspólnota Europejska liczy 500 milionów obywateli i jest największą gospodarką na świecie. Fakt, iż państwo o kilkakrotnie mniejszym potencjale bez oporu drwi sobie z Unii, wystawia świadectwo, iż traktuje nas jako słabego partnera, niezdolnego do poważnych działań politycznych. Dobrze, że nie obowiązuje traktat lizboński, gdyż nawet poszczególni członkowie Unii nie mieliby szansy na honorową reakcję.

1-032

Der Präsident. – Vielen Dank! Im Vertrag von Lissabon ist aber ausdrücklich – ich bitte um Nachsicht, dass ich mich dazu äußere, weil ich es eben in meiner Rede vor dem Europäischen Rat auch getan habe – die Solidarität in den Energiefragen beschrieben, d. h. die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind zur Solidarität in der Energie verpflichtet. Wenn ein Land durch ein anderes von der Energieversorgung abgeschnitten wird, dann müssen alle anderen helfen. Deswegen ist es wichtig, dass dieser Vertrag ratifiziert wird. Entschuldigen Sie, dass ich das sage, aber der Vertrag ist gerade für die Energiefragen sehr wichtig.

1-033

Kathy Sinnott (IND/DEM). – Mr President, I should like to take this time to point out the effect that the implementation of the Energy-using Products Directive will have on a company in my constituency that has expertise in this heating field. They inform me that the current proposal for implementation in relation to boilers will have a severe and unnecessary impact on Ireland's central heating industry, which employs many people in my constituency.

Current proposals for boilers will require manufacturers to apply an energy-rating label to the boiler, as well as heating controls, pumps and some renewables. These labelling proposals overlook the key role of the professional installer. Installers are a vital part of the heating supply chain, and the Commission's approach will mean their expertise will be largely ignored or wasted.

The Commission's proposals will fundamentally change the entire Irish domestic heating market, with wider implications in terms of restricted choice, misleading information for consumers, higher costs and a less flexible and competitive market, as well as loss of employment.

Ahead of the Commission's Consultation Forum, I should like the Commission to listen to the experts when considering the effects of this directive on Ireland.

1-034

Willy Meyer Pleite (GUE/NGL). – Señor Presidente, yo también me sumo al agradecimiento por la declaración formal que ha hecho la Cámara en relación al accidente gravísimo que se produjo el 20 de agosto en Barajas con 155 muertos. Pero también creo, Señorías, que tal vez ha llegado el momento de plantearnos si realmente todas las compañías aéreas están aplicando con rigor todas las directivas europeas con respecto a las medidas de seguridad y al mantenimiento.

Creo que ha llegado al momento, y así lo pido desde esta Cámara, de que la Comisión Europea haga una revisión crítica sobre qué tipo de grado de cumplimiento se está realizando en materia de seguridad aérea, sobre todo en materia de mantenimiento de las aeronaves.

Por lo tanto, creo que éste es el momento, no solamente de las lamentaciones — lógicas —, de la solidaridad — lógica —, sino de proceder también a una revisión crítica sobre el grado de cumplimiento de la aplicación de las directivas europeas en relación a la seguridad aérea y al mantenimiento de las aeronaves europeas.

1-035

Jim Allister (NI). – Mr President, the EU often shows interest, with good intention, in my constituency of Northern Ireland. However, I wish to warn it against funding a project of immense divisive potential. I refer to the foolish embracing

by the EU task force, at the behest of the DUP and Sinn Féin leaders of the Northern Ireland Executive, of possible support for a so-called 'conflict transformation centre' at the site of the former Maze prison.

However it is dressed up and whatever spin is deployed, the preservation of the H-block section, including the hospital wing, would become a shrine to the terrorists who committed suicide in the Maze in the 1980s. That would be obnoxious to the vast majority of people, and is something that Unionists, whom I represent, would not accept.

I would therefore caution the Commission against meddling with such an explosive issue and against being used by those anxious to hide behind the EU to deliver something which will severely set back relations in Northern Ireland.

1-036

Petru Filip (PPE-DE). – Pe fondul recunoașterii de către Parlamentul rus a independenței Oseției de Sud și Abhaziei, reglementarea conflictului de pe Nistru privind problema Transnistriei intră într-o nouă etapă. E limpede pentru fiecare dintre noi faptul că politica externă a Rusiei a căpătat o nouă turnură odată cu această decizie a Parlamentului rus și de aceea se impune o re poziționare la nivelul întregii Uniuni, care să țină seama de această realitate.

Având în vedere că problema Transnistriei, zonă aflată în proximitatea graniței estice a Uniunii Europene, prezintă un interes marcat pentru toate statele membre și în special pentru România, consider că este necesară o implicare decisivă la nivel comunitar pentru a evita o tensionare inutilă a relațiilor dintre statele și entitățile care au declarat interese în zonă.

În condițiile în care Natalia Timakova, purtătorul de cuvânt al lui Dimitri Medvedev, a anunțat că vor avea loc mai multe întrevederi, cu participarea tuturor părților interesate, inclusiv cu reprezentanții de la Tiraspol, nu ar fi lipsit de importanță să examinăm aici posibilitatea constituirii unei comisii care să definească și să prezinte punctul de vedere comunitar în chestiune.

Un studiu recent al *European Council on Foreign Relations* relevă faptul că, în urma evenimentelor din Georgia, negocierile pentru Acordul Moldova - Transnistria vor fi mult mai dure.

1-037

Ioan Mircea Pașcu (PSE). – Mr President, Georgia is not just another international crisis to which the EU has to respond. It signals Russia's military comeback, heralded by its offensive energy supply policy initiated in 2006.

The EU is caught between principles and economic interests. Upholding the former would imply a readiness to sacrifice the latter. Conversely, giving priority to the latter would imply a major loss of face. In its turn, Russia is equally caught between the profits from its energy sales to the West and respect for international legality. The latter cannot be disrespected with impunity. That is the message our leaders should convey to Moscow loudly and clearly.

It would be a major waste for the entire international community if Russia chose to invest its newly-acquired energies in a futile attempt to restore the bipolar world, instead of associating itself with shaping the new, multipolar, globalised one.

1-038

Maria Petre (PPE-DE). – Voi vorbi despre blocarea plăților Sapard pentru România și efectele acestora pe termen scurt și mediu.

O misiune a Comisiei Europene din iunie 2008 a vizitat Bulgaria și România și a dispus sistarea plăților în proiectele Sapard. S-au cerut acțiuni de remediere a unor proceduri care sunt considerate neconforme, iar în România autoritățile direct implicate și responsabile au propus un plan de acțiune, de remediere, care a fost acceptat.

Dificultățile abia acum încep, însă. Se vor relua plățile naționale, probabil în septembrie, cu implementarea procedurilor ce țin de efectuarea plăților, cu asigurarea că ele sunt conforme de către un audit independent, care poate dura un an, și cu riscul major că banii pot fi definitiv pierduți, din păcate într-o zonă afectată puternic de inundațiile din această vară.

Dacă cele douăsprezece misiuni de audit anterioare n-au constatat nereguli, dacă deficiențele nu sunt fundamentale, mă întreb și întreb Comisia Europeană dacă nu cumva economiile la bugetul pentru agricultură sunt uneori mai importante decât proiectele Sapard și rezultatele lor.

Nu văd decât o singură soluție, și anume acceptarea prelungirii termenului cu încă un an.

1-039

Katalin Lévai (PSE). – Mr President, there are threatening signs of the revival of racism, homophobia and anti-Semitism in many countries of the EU. The peaceful Pride Festival in Budapest this summer was brutally attacked by extreme right-wing groups, and stones and eggs filled with acid were thrown at the participants. Many of them were injured. After that shameful event, the Hungarian Prime Minister has initiated a Hungarian Charter, and here in the European Parliament I would like to launch a European Charter with my colleagues Michael Cashman and Edit Bauer.

We condemn all kinds of violence. We cannot allow the formation of extreme organisations that want to practise their own idea of justice. We reject the rebirth of fascist ideas and prejudice against all kinds of minorities, and we strongly reject all forms of racism. We should act together against violence and intimidation with the help of legislation and also by setting a good example in our everyday lives. That is why I would like to ask for support for the European Charter here in Parliament as well.

1-040

Marco Pannella (ALDE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ci siamo costituiti in Europa a partire dalla convinzione che non fosse più possibile garantire benessere, libertà, democrazia e pace a partire dalle sovranità nazionali. Ebbene, noi stiamo condannando i georgiani, che in nome dell'Europa e con l'Europa come speranza avevano rotto un giogo dittatoriale che li soffocava, li stiamo condannando a un'indipendenza nazionale, mentre con vigliaccheria profonda gran parte della nostra Europa oggi è serva anche di Mosca e della politica di Putin, preparandosi a esserla anche della Cina.

Quello che oggi è il nostro problema è che non possiamo continuare a condannare la Georgia, la Turchia, Israele, il Marocco – il cui Re nel 1985 ha chiesto di aderire all'Unione europea – non possiamo assolutamente condannarli per quello cui ci siamo rifiutati e che ha costituito la nostra salvezza!

1-041

Milan Horáček (Verts/ALE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Trotz großer Bemühungen und weltweiter Initiativen Gerechtigkeit im Fall der ehemaligen Jukos-Eigentümer Michail Chodorkowski und Platon Lebedew walten zu lassen, bleibt ihr Schicksal unverändert. Freiheit ist besser als Unfreiheit, sagte der neu gewählte Präsident Medwedjew. Das sollte in Zukunft die Basis Russlands sein ebenso wie eine Reform des Gerichtssystems sowie eine notwendige Verbesserung der Haftbedingungen. Doch leider zeigt die jüngste Entscheidung im Fall Chodorkowski, dass die Hoffnungen auf mehr Rechtsstaatlichkeit in Russland nicht erfüllt werden. Die letzten militärpolitischen Entscheidungen bezüglich Georgiens und der Nato gegenüber weisen darauf hin, dass mit dem neuen Machtduo Putin-Medwedjew nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch eine neue Eiszeit angebrochen ist. Da müssen wir aufpassen!

1-042

Janusz Wojciechowski (UEN). – Panie Przewodniczący! Chciałem powiedzieć o sprawie dość przykrych dla moich rodaków. Otóż podczas debaty na temat przestępczości w jednej z komisji Izby Gmin Zjednoczonego Królestwa wysoka przedstawicielka policji brytyjskiej powiedziała, że każdy Polak nosi nóż, bo to jest wpisane w kulturę Polaków, których trzeba wyedukować. Pragnę oświadczyć jako Polak, że sam noża nie noszę i że w kulturze mojego narodu używanie noża wraz z widelcem jest stosowane głównie do skonsumowania obiadu.

Przykro, że taka wypowiedź miała miejsce, tym bardziej że moi rodacy dość licznie przebywają na Wyspach Brytyjskich i niestety częściej padają ofiarami przestępstw niż są ich sprawcami. I w ogóle jakakolwiek wypowiedź zbiorowo przypisująca narodowe negatywne cechy jakimkolwiek narodowi jest aktem nietolerancji i nie powinna mieć miejsca w kraju członkowskim Unii Europejskiej.

1-043

Ilda Figueiredo (GUE/NGL). – Os órgãos de comunicação social em Portugal noticiaram nos últimos dias mais um despedimento de 312 trabalhadores na Yasaki, em Ovar. Com mais este despedimento, no último ano e meio, a Yasaki Saltano mandou para o desemprego cerca de 1.200 pessoas nas unidades de Ovar e de Vila Nova de Gaia.

É um grave problema social numa zona onde escasseiam as alternativas de emprego e onde o desemprego não pára de crescer. Mas é também um autêntico escândalo, tendo em conta que esta multinacional recebeu milhões de euros de apoios de fundos comunitários para investir em Portugal. Agora, com a alteração da sua estratégia empresarial, quem sofre são os trabalhadores e as populações das zonas onde instalou as suas fábricas.

É preciso impedir que situações destas continuem a repetir-se sistematicamente.

1-044

Christa Klauß (PPE-DE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem gestrigen Sonntagsgottesdienst in meinem Heimatort hat unser indischer Pater von einem grausamen Verbrechen in seiner Heimat berichtet. Seit einer Woche werden im ostindischen Bundesstaat Orissa Christen verfolgt, gedemütigt, missbraucht und ermordet. Bis Ende letzter Woche gab es 26 Tote, 41 zerstörte Kirchen, vier brennende Klöster und viele verwüstete Wohnhäuser von Christen. Die Menschen verstecken sich im Wald und hoffen, dass sie von den Hindufanatikern nicht gefunden werden.

Dies ist nicht der erste Übergriff auf Christen, weshalb in Orissa mittlerweile etwa 60.000 Christen auf der Flucht sind. Auslöser des jetzigen Konfliktes ist die Ermordung eines geistlichen Führers des Welthindurates am 23. August. Pater Saji aus meinem Dorf hat die Gemeinde zum Gebet aufgerufen. Wir können mehr tun. Ich verurteile dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf das Schärfste. Das Europäische Parlament muss den indischen Staat auffordern, den Christen in Orissa das Recht auf Leben und Freiheit zu garantieren.

1-045

Marianne Mikko (PSE). – Kallid kolleegid! Transnistria on tunnustanud Lõuna-Osseetia ja Abhaasia iseseisvust. Moldova separatistliku Transnistria näol on tegemist ülessoojendamisel oleva külmutatud konfliktiga.

Lõuna-Osseetia, Abhaasia, Transnistria on ühtemoodi – aastaid keeldub Venemaa oma vägesid neist piirkondadest välja viimast. Moldova president on öelnud, et Transnistria on kui vulkaan, mis sarnaselt Gruusias toimunule võib kohe purskama hakata.

Venemaa on kinnitanud president Voroninile, et on huvitatud leppest, mis käsitleks Transnistriat Moldova autonoomse piirkonnana. Sellisena, et vajadusel niiöelda rahvahääletuse tulemusena saaks Transnistria seaduslikult eralduda Moldovast.

Oluline on viia partnerid 5+2 läbirääkimiste laua taha: me ei saa leppida, kui Medvedjev ja Voronin otsustavad konflikti kahepoolsest. Moldova delegatsiooni juhina palun tungivalt tegelda Transnistriaga ennetavalt.

Transnistrias peaks olema rahvusvaheline rahuvalve, Moldovale peaks pakkuma me tihendatud partnerluskava ja lubama moldaavlasti ilma viisata Euroopa Liitu.

1-046

Toomas Savi (ALDE). – Mr President, the International Olympic Committee (IOC) decided in July 2007 to grant the right to host the 2014 Winter Olympics to Sochi, Russia. Following the Russian aggression against Georgia, United States Congressmen Allyson Schwartz and Bill Shuster made an announcement that, as soon as the US Congress returns from its summer vacation, there will be a US Congress resolution calling on the IOC to designate a new venue for the 2014 Olympic Games.

It is quite clear that, if the Olympic Games were to be held in Sochi, countries would boycott the event, just as in Moscow 1980 following the Soviet military invasion of Afghanistan. That would strike the Olympic movement much harder than selecting a new host for the 2014 Olympics now. Therefore it is time for the European Parliament to act. Otherwise we might once again be facing the idea of holding the Olympics in an authoritarian and aggressive country that respects neither human rights, civil liberties nor the Olympic Charter.

1-047

László Tőkés (Verts/ALE). – Tisztelt Elnök úr! Dél-Oszétia és Abházia függetlenedése kapcsán Traian Băsescu román államelnök élesen kikelt a kisebbségi kollektív jogok ellen, mivel ezek véleménye szerint az egyes államok széthullásához vezethetnek. Jogosak az Európai Közösségnek a kaukázusi válsággal, az orosz birodalmi agresszióval és fenyegetéssel, illetve az Ukrainát és Moldovát fenyegető veszélyekkel kapcsolatos aggodalmak. Túl azonban minden nagyhatalmi érdeken, az igazi és békés megoldást valamennyi szeparatista törekvés ellenében az emberi és nemzeti kollektív jogok, a teljes körű autonómia biztosítása jelenthetné. Andreas Gross ET jelentéstévé szerint a szeparatizmus leghatásosabb ellenszere az autonómia. Băsescu elnöknek nem kellene félnie, miként Tibet Kínából, az erdélyi magyarok, a székely magyarok sem akarnak kiválni Romániából, hanem csak kollektív jogaik és az autonómia kivívására törekcsenek.

1-048

James Nicholson (PPE-DE). – Mr President, during the summer break in Northern Ireland, the region I come from, we suffered very heavy falls of rain during the month of August. While many areas suffered, there were flash floods washing away topsoil, destroying many hectares of potatoes and flattening grain.

I visited some of the areas that were worst affected, and what I witnessed was a pitiful sight for those who had worked so hard to try and produce food at this time, with road and bridges washed away as well as some livestock being lost.

Now farmers are well used to battling the weather to survive, but on this occasion these small areas could and should be helped. In Europe we have the Solidarity Fund that should be made available to the Northern Ireland Executive by the Commission, and I would ask you to write to the head of the Commission, to contact the Office of the First Minister in Northern Ireland to see how best it can help.

1-049

Hanna Foltyn-Kubicka (UEN). – Panie Przewodniczący! Dziś, w rocznicę wybuchu II wojny światowej, chciałabym zaapelować do Pana oraz wszystkich eurodeputowanych o poparcie akcji na rzecz ustanowienia 25 maja Międzynarodowym Dniem Bohaterów Walki z Totalitaryzmem.

Data ta nie jest przypadkowa. 25 maja 1948 r. komuniści zamordowali rotmistrza Witolda Pileckiego, jedyne go człowieka, który dobrowolnie poszedł do obozu koncentracyjnego, aby organizować tam ruch oporu oraz zbierać informacje o masowych mordach. Uciekł z Auschwitz po ponad dwóch latach, walczył w Powstaniu Warszawskim, po klęsce nazistów pozostał w Polsce, by przeciwstawić się kolejnemu totalitaryzmowi, tym razem sowieckiemu, co w końcu przypłacił życiem.

Ludzie tacy jak Witold Pilecki zasługują na pamięć. Ustanowienie święta, które tę pamięć uczci, leży w naszej gestii – demokratycznie wybranych przedstawicieli Europy. Miejmy nadzieję, że gdy święto to stanie się rzeczywistością, 25 maja każdego roku będziemy wspominać jedynie walkę z ludobójstwem z przeszłości, a tragedia totalitaryzmu nie powtórzy się już nigdy więcej.

1-050

Николай Младенов (PPE-DE). – Уважаеми г-н председател, уважаеми колеги, в началото на м. юли Филип Димитров, първият ни демократично избран министър-председател на България, се оттегли от политиката.

Филип Димитров беше сред основателите на демократичната опозиция в България, по ръководството на държавата от разпадналия се комунистически режим в началото на 90-те години, беше представител в Европейския парламент и, последно, заместник-председател на Българското народно събрание.

През всичките осемнадесет години, когато г-н Димитров беше в политиката, за всички нас, които го познаваме, той служеше за пример за честност, откритост и човек, който до дъното на душата си вярва в европейския, трансатлантическия избор на нашата страна, в свободата на словото, в демокрацията и в правата на човека.

Аз съм убеден, че въпреки неговото оттегляне от политиката, той ще продължи с неговите съвети и с неговия опит да съдейства на всички нас да върнем онзи образ на нашата държава, който тя заслужава да има заради усилията на хора като Филип Димитров.

1-051

Luis Yañez-Barnuevo García (PSE). – Señor Presidente, mi intervención versa sobre un tema que no se ha tratado.

En Cuba se producen con mucha frecuencia detenciones arbitrarias de disidentes, de personas que no coinciden con la dictadura. La última detención ha sido la de Gorki Águila, líder de una de una banda de rock, que, afortunadamente ya ha sido puesto en libertad. Pero quiero señalar a la atención del Presidente que la difusión, la publicidad y el conocimiento de estos actos arbitrarios de la dictadura cubana son necesarios para evitar que vuelvan a producirse. Por eso, invito al Presidente a que, cuando tenga oportunidad, haga ver al Gobierno cubano, a la Embajada cubana ante la Unión Europea, nuestro descontento, nuestra disconformidad con ese tipo de actuaciones.

1-052

Avril Doyle (PPE-DE). – Mr President, the consumer rights of air passengers travelling from third countries who are transiting through EU hub airports are being breached. Thousands of EU citizens continue to have their liquid duty-free purchases confiscated because of the failure of the Commission to speedily implement Regulation (EC) No 915/2007, which amends Regulation (EC) No 622/2003 laying down measures for the implementation of the common basic standards on aviation security. Thirteen non-EU countries have applied for recognition under the Regulation, but only one has been approved.

I would appeal through you, Mr President, to again ask our new Commissioner, Antonio Tajani, to sort this issue out and implement the regulation as quickly as possible.

Many competitors at the Olympic Games in Beijing – and, indeed, their supporters and families – had goods taken from them transiting back through the main hub airports in Europe when coming home. Again, the complaints have been coming in in their dozens. Please sort this out. It is not in the interests of consumer rights, and it is a farce if we are quoting security reasons.

1-053

PRÉSIDENCE DE MME MARTINE ROURE

Vice-présidente

1-054

Jörg Leichtfried (PSE). – Frau Präsidentin! Am 14.08.2008 wurde die Abflugzeit eines Fluges der Linie Ryanair von Österreich nach England auf den nächsten Tag verschoben. Das Unternehmen hat daraufhin die Erstattung der Hotel- und Transferkosten garantiert, und wie in Verordnung Nr. 261/2004 vorgeschrieben, ein Infoblatt verteilt, welches auf die Rechte der Fluggäste in dem vorgegebenen Fall hinwies.

Nachdem ein Passagier nun die Forderung auf Rückerstattung der entstandenen Mehrkosten an Ryanair geschickt hatte, erhielt er ein Antwortschreiben, in welchem das Unternehmen ohne Angabe von Gründen die Zahlung verweigert. Die Zahlungsverweigerung widerspricht klar der Verordnung Nr. 261/2004, welche die Unterstützungsleistungen für Fluggäste EU-weit regelt. Fluggpassagiere in Europa haben bei Verspätung, besonders bei Verschiebung des Fluges auf den nächsten Tag, ein Recht auf Entschädigung, welches gesetzlich geregelt ist. Auch Billiganbieter wie Ryanair müssen sich daran halten und diese Regelung respektieren. Diese Dinge geschehen jetzt immer öfters und zu Lasten europäischer Passagiere. Es wird Zeit, dass die Europäische Kommission dagegen einschreitet.

1-055

Ryszard Czarnecki (UEN). – Pani Przewodnicząca! 87 lat temu przywódca światowego komunizmu i Związku Radzieckiego, Lenin, podjął decyzję o wyłączeniu trzech regionów z Gruzji, w tym Osetii Południowej i Abchazji. Po tych 90 blisko latach Gruzja i Europa płaci za to wysoką cenę. Tak się składa, że dziś Parlament Europejski obraduje w trakcie szczytu Unii Europejskiej. Możemy więc powiedzieć głośno przywódcom Unii, że w imię wolności narodów i praw człowieka nie możemy zgodzić się na rosyjską agresję wobec Gruzji.

To pierwszy w Europie po II wojnie światowej przypadek, obok oczywiście sowieckiej agresji na Węgry w 1956 roku i Czechosłowację w 1968 roku, gdy duże państwo najeżdża na państwo małe. Ale też pierwszy raz w ciągu ostatnich 60 lat zdarza się, że dzięki akcji militarnej duże państwo zabiera część terytorium państwa małego. Bo przecież ogłaszanie rzekomej niepodległości Abchazji i Osetii Południowej to polityczny teatr, którego reżyserem jest pan Putin. Parlament Europejski powinien dziś wyrazić solidarność z Gruzją, szerzej z narodami Kaukazu.

1-056

György Schöpflin (PPE-DE). – Köszönöm a szót, elnök asszony! A grúzai válság kellős közepén egy figyelemreméltó megnyilvánulásnak lett tanúja a magyar közvélemény. A budapesti orosz nagykövet egy messzemenőleg nem diplomatikus kijelentést tett az ellenzék elnöke, Orbán Viktor ellen, mivel Orbán kiállt Grúzia mellett. Az orosz nagykövet – más szóval ezt nem lehet jellemezni – az orosz állam rosszindulatával fenyegette meg a magyar ellenzékét, illetve ezen keresztül a magyar társadalomnak jó részét. A kódolt üzenetet nem nehéz megfejteni: aki a FIDESZ-re szavaz, az az oroszok rosszallásával kell, hogy szembenézzen. A nagykövet úr mondanivalója leplezetlen beavatkozás a magyar belpolitikába, így egy Európai Unió tagállam demokratikus rendszerébe. Magyarország persze nincs egyedül, hasonló fenyegetés érte majdnem mindegyik volt kommunista államot, ez egész Európát veszélyezteti.

1-057

Proinsias De Rossa (PSE). – Madam President, despite Ireland's military neutrality, Ireland is not neutral, or indeed unconcerned, about the crisis that has erupted in Georgia. There is deep public concern that powerful people on all sides seem to want a new Cold War, and worry about the self-destructive talk of sanctions against Russia. Knee-jerk reactions will not build or guarantee peace or justice for the people of the region, or indeed anywhere else.

Essentially, Russia has fired a warning shot across our bows. The EU's response must be to use its resources to build new EU institutions capable of negotiating binding multilateral agreements. We must seek to build a new peaceful world in partnership with Russia, not in opposition to it.

1-058

La Présidente. – Le point est clos.

1-059

17 - Réseau judiciaire européen - Renforcement d'Eurojust et modification de la décision 2002/187/JAI - Application du principe de reconnaissance mutuelle des décisions (débat)

1-060

La Présidente. – L'ordre du jour appelle la discussion commune sur:

- le rapport de Sylvia-Yvonne Kaufmann, au nom de la commission des libertés civiles, de la justice et des affaires intérieures sur le réseau judiciaire européen (05620/2008 - C6-0074/2008 - 2008/0802(CNS)) (A6-0292/2008),
- le rapport de Renate Weber, au nom de la commission des libertés civiles, de la justice et des affaires intérieures sur le renforcement d'Eurojust et la modification de la décision 2002/187/JAI (05613/2008 - C6-0076/2008 - 2008/0804(CNS)) (A6-0293/2008), et
- le rapport de Armado França, au nom de la commission des libertés civiles, de la justice et des affaires intérieures sur l'application du principe de reconnaissance mutuelle des décisions (05598/2008 - C6-0075/2008 - 2008/0803(CNS)) (A6-0285/2008).

1-061

Rachida Dati, Présidente en exercice du Conseil. – Madame le Président, Mesdames et Messieurs les parlementaires, c'est un grand honneur pour moi de m'exprimer aujourd'hui devant votre Assemblée et de vous dire mon attachement profond aux valeurs de l'Union européenne. Au centre de ces valeurs il y a évidemment la justice. Vous avez souhaité débiter votre session plénière par une discussion commune concernant les questions de justice, c'est la marque de l'intérêt que porte votre Assemblée aux questions de coopération judiciaire européenne et à la protection des droits fondamentaux. J'y suis d'autant plus sensible et je vous en remercie.

Trois textes sont aujourd'hui à l'ordre du jour, vous l'avez rappelé, Madame le Président: la décision sur le réseau judiciaire européen, celle sur Eurojust et la décision-cadre relative à l'exécution des jugements par défaut. Ces trois textes vont faire avancer la coopération judiciaire au sein de l'Union européenne, ils vont également modifier la façon dont travaillent les États membres. Ces trois initiatives sont également attendues par celles et ceux qui sont au service de la justice dans nos

pays. Les travaux du Conseil JAI du 25 juillet ont permis de dégager un accord politique sur les projets de décision relatifs au réseau judiciaire européen et au renforcement d'Eurojust. Les efforts conjugués de la présidence slovène et de la présidence française ont permis d'aboutir en moins d'un an. Ces deux projets de décision vont dans le sens d'une plus grande protection des citoyens européens et d'un renforcement de la coopération judiciaire pénale. C'est le signe d'une Union européenne qui agit et qui progresse en prenant en compte les libertés et les droits fondamentaux.

S'agissant du réseau judiciaire européen, le projet de décision qui devrait remplacer l'action commune de 1998 clarifie les obligations d'Eurojust et du réseau. Il tient compte du souhait des États membres de conserver ses deux structures et de renforcer leur complémentarité. La sécurisation des modes de communication entre Eurojust et le réseau judiciaire permettra une coopération judiciaire efficace et une plus grande confiance réciproque. Le réseau judiciaire européen est un outil connu et reconnu, il a prouvé son utilité pour favoriser les contacts entre les acteurs de terrain, et le rapport de votre collègue, Sylvia Kaufmann, insiste sur l'utilité du réseau et sur son succès. Il met en évidence les capacités d'adaptation du réseau qui répond aux besoins, notamment, des magistrats. Ce rapport souligne d'ailleurs la nécessité de conserver cette souplesse et le mode de fonctionnement décentralisé.

Madame la députée, vous reprenez et appuyez les grandes lignes de la proposition initiale et je vous en remercie. Vous faites aussi état de certaines préoccupations. Vous avez ainsi, à juste titre, indiqué que la sécurisation des télécommunications devra se faire dans le strict respect de la protection des données à caractère personnel et nous sommes d'accord. Je puis vous assurer que le Conseil sera très attentif aux propositions que votre Parlement adoptera. Cette mise à plat du fonctionnement du réseau judiciaire européenne accompagne le renforcement d'Eurojust. L'un ne va pas sans l'autre. Après six ans de fonctionnement d'Eurojust, l'expérience montre qu'il est nécessaire d'améliorer le fonctionnement de cette unité de coopération judiciaire. Eurojust n'est pas suffisamment informé, notamment en matière de terrorisme. Les pouvoirs des membres nationaux ne sont pas harmonisés et la capacité opérationnelle d'Eurojust n'est pas suffisamment développée.

Le texte sur lequel un accord politique global a été trouvé le 25 juillet dernier est une étape essentielle dans la construction de l'espace judiciaire européen. Vous le savez, la lutte contre toutes les formes de criminalité grave est une priorité de l'Union européenne. À titre d'exemple, Eurojust était saisi de quatorze dossiers concernant la traite des êtres humains en 2004, il en a reçu 71 en 2007. C'est la preuve qu'il faut se doter d'outils performants pour lutter contre les trafics aux dimensions inédites dont sont victimes des milliers de nos concitoyens.

Eurojust doit devenir également une unité de pointe de la coopération judiciaire européenne. Grâce à ce texte, sur lequel le Conseil JAI est parvenu, Eurojust sera plus opérationnel et réactif, et c'est donc une avancée importante pour nous.

Je souhaite tout particulièrement saluer le travail qui a été accompli par votre collègue, Renate Weber, et la remercier pour son soutien. Je sais son engagement et son souhait de faire aboutir cette proposition.

Avec le renforcement d'Eurojust, les prérogatives des membres nationaux seront renforcées. Un mécanisme de coordination d'urgence sera mis en place et la transmission des informations sera améliorée pour mieux répondre aux défis que constituent les nouvelles formes de criminalité. Certains auraient souhaité une approche plus ambitieuse encore. Le cadre institutionnel ne le permettant pas, il faut utiliser toutes les possibilités pour renforcer Eurojust, à droit constant, sans attendre.

Certaines de vos préoccupations ont également été prises en compte. L'information de votre Parlement dans le cadre du fonctionnement, à ce titre, d'Eurojust sera considérée avec attention.

S'agissant de l'application du principe de reconnaissance mutuelle, qui constitue également un des pivots de la construction d'espace de justice, de liberté et de sécurité, la décision-cadre sur l'exécution des jugements par défaut va permettre de renforcer les instruments existants, comme le mandat d'arrêt européen. Il faut qu'un jugement rendu en l'absence de la personne par un État membre, puisse être exécuté dans toute l'Union européenne. La décision-cadre s'accompagnera également d'un renforcement des droits procéduraux des personnes. Il s'agit de pouvoir exécuter les condamnations par défaut tout en respectant les droits de la défense. Cette décision-cadre n'a cependant pas pour but de modifier les réglementations nationales, mais bien évidemment de pouvoir améliorer l'exécution des jugements par défaut.

Votre rapport, Monsieur le député França, souligne la nécessité d'harmoniser les instruments existants, le droit à être entendu durant la procédure doit être garanti. La diversité de systèmes juridiques doit être respectée, je pense, par exemple, au mode de citation. Le Conseil partage donc ces préoccupations et ce projet constitue dès lors une relance de la réflexion commune sur le renforcement des garanties fondamentales au sein de l'Union européenne. Je sais que votre Parlement est très attaché à cette question. Le Conseil examinera vos propositions qui, pour la plupart, vont dans le même sens que le texte qui a fait l'objet d'un accord politique au Conseil. C'est le cas notamment des propositions concernant la représentation par avocat et le droit à un nouveau procès. Ces amendements constituent incontestablement des améliorations de la proposition initiale.

Madame le Président, Mesdames et Messieurs les parlementaires, le Conseil est très attentifs aux avis qui seront adoptés cette semaine et je veux une nouvelle fois vous assurer de la volonté de la présidence de travailler avec votre Parlement. Nous devons avancer main dans la main, je n'oublie pas que vous êtes les représentants des peuples d'Europe. À travers ces trois textes, c'est la coopération judiciaire pénale qui avance et c'est le bien commun qui progresse en Europe.

1-062

Jacques Barrot, *Vice-président de la Commission*. – Comme vous venez de le dire, Madame le Ministre, nous franchissons là une étape essentielle dans la constitution de cet espace judiciaire européen que nous appelons de nos vœux et le Parlement européen, à cet égard, apporte une contribution tout à fait précieuse.

Je voudrais remercier les rapporteurs, Mme Kaufmann, Mme Weber, M. França, de leurs excellents rapports sur les trois initiatives. Ces documents montrent que le Parlement européen appuie les propositions présentées par les États membres et je me réjouis aussi, Madame le Ministre, que le Conseil du 25 juillet se soit montré si fructueux, avec un accord politique sur les trois textes. La Commission soutient ces trois initiatives et nous nous sommes efforcés de contribuer de manière constructive aux travaux du Conseil.

S'agissant d'Eurojust et du réseau judiciaire européen, les États membres qui se sont inspirés de notre communication d'octobre 2007 sur le sujet ont bien montré ce souci de convergence. Nombre de propositions ont été intégrées dans les deux initiatives des États membres: l'harmonisation des pouvoirs des membres nationaux d'Eurojust, le renforcement du rôle du Collège en cas de conflit de compétences, l'amélioration de la circulation de l'information du niveau national vers Eurojust et la possibilité de détacher des magistrats de liaison Eurojust dans les pays tiers. De nombreux amendements proposés dans les rapports très utiles de Mmes Kaufmann et Weber ont déjà été repris lors des discussions du Conseil. Ainsi, l'amendement 32 à la décision Eurojust, figurant dans le rapport de Mme Weber, vise à améliorer le niveau de protection des données dans les pays tiers coopérant avec Eurojust. Cette coopération sera évaluée non seulement au moment de la conclusion de l'accord, mais aussi après l'entrée en vigueur de celui-ci. La Commission a suggéré de reprendre cette idée et le projet de décision a été modifié dans ce sens. Il mentionne que l'accord de coopération doit comprendre des dispositions concernant le suivi de son application, y compris l'application des dispositions relatives à la protection des données.

Je citerai un autre exemple: l'amendement 38 à la décision "réseau judiciaire européen", exposé dans le rapport de Mme Kaufmann. Comme l'a souligné Mme Rachida Dati, cet amendement a pour objectif d'informer le Parlement européen, tous les deux ans, des activités du réseau judiciaire européen. Cet amendement a été soutenu par la Commission et fait partie du texte du projet de décision.

Comme vous le savez, le Conseil a abouti à un accord politique sur les initiatives relatives à Eurojust et au réseau. J'espère que le Conseil adoptera bientôt formellement ces instruments et, tout aussi important, que les États membres prendront les mesures nécessaires à la pleine mise en œuvre des décisions dans leurs systèmes juridiques nationaux.

En ce qui concerne le rapport França sur l'exécution des décisions rendues par défaut, je constate que la plupart des amendements, dans leur formulation, ou tout au moins dans leur esprit, correspondent au texte adopté par le Conseil JAI des 5 et 6 juin.

Voilà quelques observations, Madame la Présidente, et je vais évidemment rester très attentif à toutes les suggestions du Parlement. Mais je suis très heureux que nous commencions cette session avec un travail extrêmement positif pour l'avenir de l'espace judiciaire européen.

1-063

Sylvia-Yvonne Kaufmann, *Berichterstatterin*. – Frau Präsidentin! Ich würde gerne meine gesamte Redezeit jetzt gleich nehmen. Ich freue mich, dass die Ratspräsidentin und auch der Vizepräsident der Kommission anwesend sind.

Der Ausschuss hat meinen Bericht über das justizielle Netz einstimmig angenommen. Es gab eine sehr konstruktive Zusammenarbeit, und dafür möchte ich mich bei allen bedanken, insbesondere bei Herrn Popa, bei Frau Gebhardt und bei Frau Weber, der Berichterstatterin zu Eurojust.

Das Europäische Justizielle Netz – kurz EJN – besteht mittlerweile seit zehn Jahren. Es hat sich in der Praxis bewährt. Auch nach der Einführung von Eurojust im Jahre 2002 hat es weiterhin Bedeutung. Es geht nämlich beim EJN nicht um die Koordinierung von Ermittlungsarbeit, sondern um die Vermittlung direkter Kontakte, um Hilfestellung bei Rechtshilfverfahren und um Informationsvermittlung. Es ist daher wichtig, die flexible dezentrale Struktur des EJN unberührt zu lassen. Änderungen sollten nur dort vorgenommen werden, wo es notwendig ist beziehungsweise wo es sich aus der Praxis der letzten Jahre selbst ergibt. Ein Beispiel dafür ist die Einrichtung nationaler Anlaufstellen, die innerhalb ihres Mitgliedstaats koordinierende Funktionen wahrnehmen und für den Kontakt mit dem Sekretariat des EJN zuständig sind.

Eine wichtige Neuerung ist die Einrichtung sicherer Telekommunikationsverbindungen. Ich habe mit Freude gehört, dass auch die Ratspräsidentin auf diese Frage hingewiesen hat. Zwischen den Behörden der Mitgliedstaaten werden personenbezogene Daten ausgetauscht, beispielsweise solch sensible Daten wie Fingerabdrücke im Rahmen eines Europäischen Haftbefehls. Um Sicherheit gewährleisten zu können, bedarf es sicherer Telekommunikationswege, denn es kann nicht sein, dass solche Daten etwa per Fax übermittelt werden. Schon 1998, als das EJN geschaffen wurde, war ein sicheres Telekommunikationssystem vorgesehen, man konnte sich jedoch bislang nicht auf die Modalitäten einigen, offenbar auch aus Kostengründen.

Im Bericht wird vorgeschlagen, die sichere Telekommunikation zunächst nur für die Kontaktstellen einzurichten. Aber im Hinblick darauf, dass alle Kontakte zwischen den zuständigen Behörden möglichst direkt stattfinden sollen, sollte in einem zweiten Schritt auch die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, alle zuständigen Behörden, die für Rechtshilfe in ihrem jeweiligen Mitgliedsland verantwortlich sind, in die sichere Telekommunikation einzubeziehen. Wegen der Sensibilität der Daten enthält der Bericht einen Verweis auf die einschlägigen Datenschutzbestimmungen, wobei ich auch in diesem Zusammenhang noch einmal betonen möchte, wie wichtig ein starker Rahmenbeschluss zum Schutz personenbezogener Daten im Rahmen der dritten Säule ist. Dieser wäre anwendbar beim Austausch von Daten zwischen den jeweiligen Kontaktstellen der Mitgliedstaaten. Da ein solcher Rahmenbeschluss als *lex generalis* vom Rat leider noch immer nicht verabschiedet wurde, sollen grundlegende Datenschutzbestimmungen nun direkt in den Gesetzestext aufgenommen werden.

Die Funktionsfähigkeit des EJN hängt zum großen Teil von den Kontaktstellen ab. Daher wurden Leitlinien erarbeitet, wonach die Auswahl von Kontaktstellen anhand bestimmter Kriterien erfolgen sollte. Diejenigen, die als Kontaktstelle fungieren, sollten unbedingt gute Fremdsprachenkenntnisse in wenigstens einer anderen Sprache der Europäischen Union besitzen und sowohl Erfahrung im Bereich der internationalen Zusammenarbeit in Strafsachen haben als auch Erfahrung aus der Tätigkeit als Richter, Staatsanwalt oder sonstiger Justizbeamter aufweisen. Es ist wichtig, dass diese Leitlinien von den Mitgliedstaaten beachtet werden, und natürlich müssen sie auch gewährleisten, dass die Kontaktstellen über ausreichende Ressourcen verfügen.

Um die Zusammenarbeit zwischen EJN und Eurojust zu verbessern und ihre Tätigkeiten besser aufeinander abzustimmen, sollten jeweils auf Einladung Mitglieder von Eurojust an den Sitzungen des EJN teilnehmen können und umgekehrt. Im Eurojust-Beschluss wird geregelt, wann die justiziellen Behörden der Mitgliedstaaten – also auch die Kontaktstellen des EJN – Eurojust über Fälle zu informieren haben. Der vorliegende Beschluss ergänzt diese Pflicht dahingehend, dass sich sowohl das EJN als auch Eurojust gegenseitig über all jene Fälle in Kenntnis zu setzen haben, bei denen sie der Meinung sind, dass die jeweils andere Einrichtung besser geeignet ist, den konkreten Fall zu bearbeiten. Mit dieser flexiblen und bedarfsorientierten Regelung soll vermieden werden, dass die nationalen Behörden Eurojust zu extensiv benachrichtigen müssen und gleichzeitig Eurojust mit Informationen „überschwemmt“ wird, die die Behörde gar nicht verarbeiten kann.

Was schließlich die Berichterstattung über die Verwaltung und die Tätigkeit des Netzes angeht, so sollte diese vom EJN selbst durchgeführt werden, selbstverständlich nicht nur gegenüber Rat und Kommission, sondern auch gegenüber dem Parlament. Ich freue mich, dass die Kommission dies ausdrücklich unterstützt.

Mit dem vorliegenden Beschluss wird das Europäische Justizielle Netz an die Entwicklung der letzten Jahre angepasst und seine Beziehung zu Eurojust näher bestimmt. Auf diese Weise wird das Europäische Justizielle Netz in der Lage sein, die Aufgabenstellung im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen zu meistern, auch und insbesondere für den Fall, dass der Lissabonner Vertrag doch noch in Kraft treten kann, wodurch der Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen vergemeinschaftet würde.

1-064

Renate Weber, rapporteur. – Madam President, conceiving of the European Union as an area of freedom, security and justice would be nothing but a remarkable goal without the involvement of the already-established European agencies, whose capacities to act and react to combat organised cross-border crime should become stronger.

I should like to thank the shadow rapporteurs, with whom I have worked very well on nearly all aspects of this report, and also the President of Eurojust and his team for their openness during this process.

While drawing up this report, I heard many colleagues call for a European prosecutor. In this respect, I am much more in favour of harmonisation and the setting-up of a European justice system than of reinforcing cooperation. However, for a number of reasons we are, for the time being, still pretty far from such a goal: firstly, because there is no European legislation addressing the issue of jurisdiction in cases that are the competence of Eurojust; secondly, because of the reluctance shown by Member States even to transfer some of their investigative powers to a European agency. The text on the possibility of Eurojust's national members being part of a joint investigation teams provides a good example.

It is a paradox that while the Members of the European Parliament are ready to truly address serious cross-border crime – including by granting more powers to Eurojust, with our major concern being respect for human rights – the Member

States are preaching one thing but legislating in another. It is difficult to explain to European citizens how we can establish an area of freedom, security and justice if Member States do not sufficiently trust our own European agencies.

We as a Parliament understand and agree with the fact that Eurojust must work 24 hours a day, seven days a week. The Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs has also agreed that in order for Eurojust to be efficient it is essential for its national members to have the same judicial powers they enjoy in their own countries. It also voted in favour of strengthening relations with Europol and the European judicial network, and of creating links with other European and international agencies, such as Frontex, Interpol and the World Customs Organisation.

What we as Members of this Parliament require – and the report is a reflection of this approach – is a proper balance between the powers of Eurojust and those of its national members, on the one hand, and the rights of the defendant, on the other. That is why several of the amendments I have tabled aim to increase the level of protection of procedural rights, such as the right to defence, the right to a fair trial, the right to be informed and the right to judicial redress. At the same time, although we are aware of the strong data-protection system established by the agency, several amendments represent additional safeguards.

However, a major concern still exists about data transmitted to third countries and international organisations, because the truth is that we do not know, in reality, what will happen to this data. Therefore, in order to make sure that our own European standards are observed, I propose setting up an evaluation mechanism. I should like to thank Commissioner Barrot for mentioning this.

Last but not least, I am concerned about the role that the European Parliament should play in relation to Eurojust. Not knowing what the fate of the Lisbon Treaty will be makes things even more worrisome. However, there is nothing in current Community law to prevent Parliament from playing an active role in supervising the activities of Eurojust. It is entirely a matter of political will, and I truly hope that this House will be allowed to do its job.

1-065

Armando França, relator. – Senhora Presidente, Senhora Ministra, Senhor Comissário, caros Colegas, o processo de construção europeia foi inicialmente marcado pela comunitarização da área económica. Porém, passo a passo, o método idealizado por Jean Monnet e pelos seus fundadores, a Comunidade foi avançando para outras áreas com a preocupação de pôr em comum problemas comuns e de para eles encontrar soluções comuns.

Um longo e difícil percurso que ainda não está cumprido, mas que importa percorrer com passos firmes e decisivos. Uma das áreas que a todos nos coloca complexos e difíceis problemas no espaço da União Europeia, hoje alargada a 27 Estados-Membros e ocupado por cerca 500 milhões de pessoas, é a da Justiça. A Justiça é um dos pilares da Democracia e um dos instrumentos ao serviço da liberdade. A democracia e a liberdade são dois valores fundamentais da União. Por isso, e pelos desafios que resultam do próprio processo de construção europeia e pelos novos problemas da vida moderna, a Justiça assume hoje, a meu ver, uma importância vital e a exigir uma especial atenção dos órgãos institucionais da União, com competência para legislar ou para emitir resoluções e orientações políticas sobre a matéria. O julgamento e as sentenças proferidas na ausência dos arguidos em processo penal, julgamentos *in absentia*, têm soluções processuais diferentes que variam muito de Estado-Membro para Estado-Membro.

A situação, aliás, é grave na medida em que as diferentes soluções processuais são um obstáculo permanente à execução de sentenças penais num Estado-Membro proferidas noutro Estado-Membro. Esta situação dificulta, ou impede mesmo, a aplicação do princípio do reconhecimento mútuo e potencia o aumento da criminalidade e da insegurança no espaço da União.

Por isso, saudamos a iniciativa legislativa da Eslovénia, da França, da República Checa, da Suécia, da Eslováquia, do Reino Unido e da Alemanha, recebida e acolhida pelo Conselho, e que tem por objectivo, principalmente, estabelecer regras processuais em matéria de notificações, de segundo julgamento ou de recurso adequado e de representação judiciária que tornem mais célere e eficaz a acção da justiça penal e efective o princípio do reconhecimento mútuo nomeadamente no mandato de detenção europeu e nos processos de entrega entre Estados-Membros, na aplicação do princípio do reconhecimento mútuo às sanções pecuniárias, às decisões de perda e às sentenças em matéria penal que imponham penas e outras medidas privativas da liberdade para efeitos da execução dessas sentenças pela União, devendo ainda ser incluídos os casos de reconhecimento e vigilância de penas suspensas, sanções alternativas e condenações condicionais.

O relatório que hoje apresento a este plenário foi muito participado pelos deputados da LIBE. Várias propostas de alterações foram apresentadas por mim próprio, e por outros colegas, conseguindo-se várias alterações de compromisso e um forte consenso dos deputados do grupos PSE, PPE, ALDE, Verts/ALE e UEN, de tal modo que a votação apenas teve dois votos contra.

Senhora Presidente, caros Colegas, este relatório apresenta, assim, alterações à proposta da decisão-quadro do Conselho que, a nosso ver, a enriquece tecnicamente e lhe dá robustez política, nomeadamente no que respeita aos procedimentos de notificação dos arguidos e à garantia dos seus direitos de defesa, à possibilidade de o arguido se fazer representar na sua ausência e de ser representado por mandatário forense nomeado e pago pelo Estado e ainda à possibilidade de um novo julgamento ou de um recurso adequado conforme com as leis nacionais vir a ser desencadeado pelo acusado já julgado à revelia.

Finalmente, devo realçar e agradecer o esforço de entendimento e de consenso que os grupos políticos fizeram e esperar, e desejar, que a votação seja, pelo menos, equivalente ao grande consenso obtido.

1-066

Neena Gill, *rapporteur for the opinion of the Committee on Legal Affairs*. – Madam President, I welcome these reports, especially the one on *in absentia*, because it will make it easier and simpler for those who have to defend or take legal action where one or the other party is not able to be present. Differences in approach across the Union have created a degree of uncertainty and have undermined confidence in each other's judicial systems.

I therefore welcome the statement made by the Minister that the Council will try and ensure that this process is harmonised across all Member States, because to date some Member States have not made every effort to contact the defendants. I believe that the onus has to be on the judicial system, wherever it is, to ensure that the defendants understand the implications of any judgments made in their absence, and that their fundamental rights are protected in this respect.

I would also call upon the Council to ensure that all Member States have a system where defendants are able to have legal representation regardless of the country they may reside in.

Finally, my congratulations to all the rapporteurs in their work to simplify a complex set of legal processes and proposals that I believe will give substance to the European arrest warrant.

1-067

Nicolae Vlad Popa, *în numele grupului PPE-DE*. – Libertatea de circulație a cetățenilor europeni dă posibilitatea, din păcate, și infractorilor de a se deplasa mult mai ușor și mai rapid. Astfel, infracțiunile transfrontaliere s-au înmulțit, iar sistemul juridic trebuie și va trebui în continuare să se adapteze noii situații.

Am sesizat, astfel, necesitatea armonizării legislațiilor din țările membre și, mai ales, în această perioadă, nevoia informării rapide și eficiente a autorităților competente din țările membre.

Prezentul raport este evident un pas înainte pentru rezolvarea acestor provocări cu care se confruntă cetățenii și instituțiile europene. Modernizarea rețelei juridice europene va face să existe un răspuns adecvat la fenomenul infracțional transfrontalier. Raportul, care a fost votat în unanimitate în comisia LIBE, eficientizează rețeaua juridică europeană, făcând-o capabilă să dea permanent și de oriunde din statele membre informații necesare.

Beneficiarii acestei modernizări vor fi cetățenii europeni, care vor sesiza că instituțiile juridice naționale au mijloacele necesare unei reacții rapide, printr-o rețea de telecomunicații modernă și sigură.

Atât Eurojust, cât și justiția din țările membre, se vor putea baza pe structura rețelei juridice europene, nimeni nemaiputând să găsească scuze pentru lipsa de informații necesare. În calitate de *shadow* - raportor din partea grupului popular, îi mulțumesc doamnei raportoare Silvia-Yvonne Kaufmann pentru munca depusă și pentru modul în care am reușit să găsim soluții de compromis.

1-068

Evelyn Gebhardt, *im Namen der PSE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Ministerin, Herr Kommissar! Ich freue mich sehr, dass wir heute ein so wichtiges Paket miteinander diskutieren können und dass wir morgen wohl mit sehr großer Mehrheit Entscheidungen treffen werden. Ich möchte mich da insbesondere bei meinen zwei Berichterstatterinnen, zu denen ich Schattenberichterstatterin war, nämlich Frau Kaufmann und Frau Weber, für die sehr gute Zusammenarbeit bedanken, denn das ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass wir gute Arbeit machen können.

Diese gute Arbeit ist in diesem Bereich sehr wichtig, und ich freue mich auch, dass es gelungen ist, beim Europäischen Justiziellen Netz dafür zu sorgen, dass die Arbeiten, die da gemacht werden, auch wirklich weitergeschrieben werden. Denn eine gute Zusammenarbeit zwischen den Juristen, zwischen den Magistraten und zwischen den Stellen in den Mitgliedstaaten ist das A und O dafür, dass wir auch wirklich Recht und Gerechtigkeit für die Bürger und Bürgerinnen schaffen können. Und das ist ja das, was wir wollen.

Was in diesem Zusammenhang sehr schön und gut ist, ist, dass wir die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Justiziellen Netz und Eurojust endlich auch mal festschreiben und dafür sorgen, dass da ein Zusammenhang hergestellt wird, der nur produktiv sein kann und den wir nur begrüßen können. Allerdings, wenn immer mehr Daten ausgetauscht

werden, wird natürlich der Datenschutz immer wichtiger, wird auch die Sicherheit der Telekommunikation und des Austausches dieser Daten umso wichtiger. Deswegen freut es mich auch sehr, dass offensichtlich sowohl das Parlament als auch Kommission und Rat da eine Einigung finden, die durchaus sehr wichtig ist und die ich nur begrüßen kann.

Ich freue mich auch sehr, dass es gelingen wird, morgen bei allen Berichten eine sehr große Mehrheit zu haben. Denn diese Ausweitung, die wir vorgeschlagen haben, von der ich auch hoffe, dass der Rat und die Kommission ihr zustimmen werden, diese Hinzufügung des Parlaments, die wir ja Frau Weber zu verdanken haben, nämlich dass die sexuelle Ausbeutung von Kindern oder Pädopornographie auch mit zu den Tatsachen hinzugefügt werden, die bisher nicht dabei waren, ist meiner Ansicht nach eine ganz wichtige Frage in unserer Gesellschaft, die ich auch noch einmal hervorheben möchte.

Was uns Sozialdemokraten in diesem Zusammenhang auch ganz besonders wichtig ist – aber da, denke ich, ist, auch eine Lösung gefunden worden –, ist, dass wir dafür sorgen, dass es in dem Bereich nicht nur um organisierte Kriminalität geht, sondern um die schwere Kriminalität. Denn es ist wichtig, dass wir nicht zuerst beweisen müssen, dass es um organisierte Kriminalität geht, sondern dass wir, auch durch den Austausch der Informationen, nachweisen können, dass es vielleicht irgendwo organisierte Kriminalität ist. Das kann keine Grundvoraussetzung sein. Das war, glaube ich, ein kleines Missverständnis, das es zwischen den Fraktionen gab und das ich hier noch einmal aufklären wollte. Ich hoffe, und ich bin sicher, dass wir da einen guten, positiven Weg vorwärts gehen können, den ich sehr begrüße.

1-069

Sarah Ludford, on behalf of the ALDE Group. – Madam President, when our Prime Ministers' meeting almost a decade ago in Tampere set out the main guidelines for EU criminal justice policy, they rightly stressed that European citizens had the right to expect the Union to ensure there was no hiding place for criminals. That is why European Liberal Democrats have consistently supported measures like the European arrest warrant, unlike British Conservatives who spout hot air on law and order but oppose EU cooperation instruments.

Those measures also explain the justification for strengthening the ability of national prosecutors to work together in Eurojust and bring major criminals to justice. It is legitimate to ensure that they are available around the clock and to give them more powers to get their decisions implemented, like issuing search and seizure warrants in their own Member States and accessing their own national criminal databases.

There is also certainly scope for clarifying and streamlining the rules on when judgments delivered *in absentia* without the presence of the accused will be recognised, but this must not shade into lazy habits of not trying hard enough to inform the defendant. I would not want every Member State to copy the worrying Italian volume of *in absentia* trials.

When I questioned the Commission a few months ago, it stressed that the initiative was balanced, increasing the fundamental rights of citizens while also enhancing the principle of mutual recognition. But bodies like the European Criminal Bar Association, the Council of Bars and Law Societies, and Fair Trials International have all expressed fears at weak safeguards for defendants.

The presidency minister stressed and promised that the Council would consider Parliament's amendments with attention. I am sure she means well, but my response is: big deal. Directly-elected MEPs are marginalised in decisions on EU law as regards cross-border justice. Until we get the Treaty of Lisbon into force those laws are largely decided by national civil servants and that is a big part of the reason why the second part of the 10-year-old deal, which promised to raise justice standards in Member States like good data protection rules and to strengthen defendants' rights like legal aid, translation and bail, have not been kept. Until we get a democratic instead of a technocratic EU justice policy, one truly balanced between catching criminals and guaranteeing fair trials, support for the measures discussed now must be qualified.

1-070

Kathalijne Maria Buitenweg, namens de Verts/ALE-Fractie. – Voorzitter, ik weet dat ik er nooit van beschuldigd kan worden dat ik een *Tory* ben, maar ook ik heb tegen het Europees arrestatiebevel gestemd. De reden daarvoor is niet dat ik ertegen ben dat er uitgeleverd wordt, dat verdachten worden overdragen van het ene land naar het andere. Eigenlijk ben ik daar zeer vóór. Mijn probleem toen was dat ik vond dat we de rechten van die verdachten onvoldoende hadden geregeld en dat we dat tegelijkertijd hadden moeten doen. De procedurele rechten van verdachten waren niet geregeld. Ondanks de daadkracht en de prachtige voorstellen die we vandaag hier gaan bespreken en waar ik ook vóór ben, blijft het zo dat we dat voorstel er nog steeds niet door hebben, dat al jaren op de plank ligt en dat een cruciaal onderdeel is voor creëren van vertrouwen tussen lidstaten en dus ook het vergemakkelijken van de uitlevering.

Ik zou graag van minister Dati willen horen of zij dat voorstel ook zo cruciaal vindt voor onze Europese samenwerking, op welke punten het nu nog vastzit in de Raad en of er ook in dit daadkrachtige Franse voorzitterschap een mogelijkheid is dat er enig schot komt in dit dossier over de rechten van verdachten. Dit is namelijk echt nodig om de overlevering te vergemakkelijken.

Wat de in-absentia-vonnissen betreft is het goed dat er aan de overlevering eisen worden gesteld zoals nu is geformuleerd. De vraag is: zijn ze voldoende? Uit het politiek akkoord van de Raad zou je kunnen opmaken dat je een nieuw proces moet krijgen maar dat een beroepsmogelijkheid ook voldoende is. Kan minister Dati mij bevestigen dat iedereen echt het recht heeft op een nieuw proces? Bij een beroep zitten immers uiteraard niet alle kansen en alle mogelijkheden die je bij een heel nieuw proces hebt. Graag vernam ik dus of mensen inderdaad het recht hebben op een volledig nieuw proces en niet alleen op een beroep.

Laatste puntje, ik houd het kort: we horen veel over de zaken die nodig zijn om de werking van de opsporingsautoriteiten te vergemakkelijken. We horen te weinig - of het is ongeorganiseerd - hoe het zitten met de lacunes op het gebied van verweer, juist door de Europese samenwerking. Ik hoop dat we komen tot een *Eurorights panel*, een ombudspanel, om te kunnen zien welke lacunes er zijn op het gebied van verweer, zodat we die ook gezamenlijk kunnen oplossen.

1-071

Gerard Batten, on behalf of the IND/DEM Group. – Madam President, here is a concrete example of what a one-size-fits-all integrated European judicial system leads to.

A 19-year-old man in London, Andrew Symeou, faces extradition to Greece on a manslaughter charge. Mr Symeou maintains that he has nothing whatsoever to do with the crime in question. The evidence against him is suspect, depending on dubious identification and statements allegedly beaten out of his friends by the Greek police.

That evidence should be scrutinised by a British court before it agrees to his extradition. However, under a European arrest warrant, a British court now has no right to examine *prima facie* evidence in order to satisfy itself that extradition is justified, and no power to prevent it.

The European arrest warrant means that British citizens now effectively no longer enjoy the basic protection of the law against arbitrary arrest and detention as established by Magna Carta. That does not serve the interests of justice for the victim or the accused, both of whom deserve it.

1-072

Παναγιώτης Δημητρίου (PPE-DE). – Κυρία Πρόεδρε, πρώτα απ' όλα θέλω να συγχαρώ τη Σλοβενική Προεδρία και τις άλλες δεκατρείς χώρες που έχουν προσυπογράψει αυτήν την πρόταση και την έχουν φέρει σήμερα ενώπιόν μας. Είναι μία μεγάλη συμβολή στην υπόθεση της δικαιοσύνης στην Ευρωπαϊκή Ένωση.

Θέλω επίσης να συγχαρώ τις δύο εισηγήτριες, την κυρία Kaufmann και την κυρία Weber, καθώς και τον εισηγητή, κύριο França, για την καλή και μεθοδική δουλειά που έχουν κάνει. Έχουν ουσιαστικά εγκρίνει την πρόταση με τις τροπολογίες, τις οποίες – με χαρά μου έχω ακούσει, και χαιρετίζω αυτό το γεγονός – σχεδόν υιοθετούν το Συμβούλιο και η Επιτροπή.

Εκείνο που θα με έκανε περισσότερο ευτυχής είναι εάν σήμερα είχαμε για έγκριση και την πρόταση για την υιοθέτηση των ελαχίστων διαδικαστικών δικαιωμάτων των υπόπτων και των κατηγορουμένων. Θα ήταν ολοκληρωμένη η προσπάθεια. Κάνω έκκληση λοιπόν προς την Επιτροπή και προς το Συμβούλιο να προωθήσουν αυτήν την πρόταση το συντομότερο δυνατόν.

Ως σκιώδης εισηγητής στην πρόταση για την Eurojust, θέλω να πω ότι αισθάνομαι ικανοποιημένος γιατί ενισχύεται αυτός ο θεσμός, ο οποίος, όταν ιδρύθηκε, φαινόταν ότι ήταν απλώς ένας τυπικός θεσμός με πολύ μικρή προοπτική και ελάχιστη χρησιμότητα. Τα στοιχεία διέψευσαν και παρουσιάζουν τη χρησιμότητα και την ανάγκη να ενισχυθεί περισσότερο.

Δεν θα αναφερθώ σε όσα έχουν πει οι προηγούμενοι ομιλητές και οι εισηγητές για το τι προστίθεται σε αυτόν τον οργανισμό, απλώς λέω ότι χαιρετίζω την ενίσχυσή του.

Αυτές οι προτάσεις είναι οπωσδήποτε καλά βήματα προς την κατεύθυνση της ανάπτυξης του χώρου δικαιοσύνης, ελευθερίας και ασφάλειας. Όμως πρέπει να γίνουν δραστηρότερα βήματα και πρέπει να ξεπεράσουμε τα εμπόδια της εθνικιστικής προσέγγισης των θεμάτων και να εφαρμόσουμε μια ευρύτερη δικαιοσύνη στον ευρωπαϊκό χώρο, ώστε να λέμε ότι πράγματι η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει μία ενιαία δικαιοσύνη.

Και αυτό ελπίζω να γίνει με την έγκριση της Συνθήκης της Λισσαβώνας.

1-073

Daciana Octavia Sârbu (PSE). – În primul rând aş vrea să transmit felicitări raportorilor.

În ultimii ani, activitatea Rețelei Judiciare Europene și a Eurojust s-a dovedit a fi extrem de importantă și de utilă în domeniul cooperării judiciare în materie penală.

Adoptarea deciziei Consiliului privind Rețeaua Judiciară Europeană, cât și cea privind consolidarea Eurojust, sunt necesare pentru ca cele două structuri să devină din ce în ce mai prompte, în condițiile în care mobilitatea persoanelor și infracțiunile transfrontaliere au crescut foarte mult în ultimii ani.

Cele două structuri trebuie să coopereze și să se completeze.

Crearea unui punct de contact drept corespondent național pentru coordonarea activității Rețelei Judiciare Europene, precum și crearea unui sistem național de coordonare a Eurojust, sunt importante pentru o informare reciprocă permanentă, cât și pentru a orienta autoritățile naționale fie către Rețeaua Judiciară, fie către Eurojust, în funcție de caracteristicile cazurilor tratate.

Informațiile structurate și furnizate la timp sunt esențiale pentru eficiența activității Eurojust. Trebuie să se acorde o atenție sporită creării rețelei de comunicații speciale pentru transmiterea datelor cu caracter personal. Asigurarea unui nivel adecvat de protecție a datelor în activitatea celor două structuri este de maximă importanță.

1-074

Mihael Brejc (PPE-DE). – Poročilo gospoda França je sprva zgledalo bolj kot pravno-tehnična in ne vsebinska zadeva. Toda pokazalo se je, da obstajajo med članicami Skupnosti države, ki tega pravnega instituta sploh ne poznajo. Tudi pri tem poročilu so prišle do izraza razlike med anglosaškim in kontinentalnim kazenskim pravom. Zato je logično, da bodo temu poročilu nekateri kolegi nasprotovali. To seveda ne pomeni, da tematika ni pomembna.

V skupini Evropske ljudske stranke/Evropskih demokratov menimo, da je pravica do sojenja temeljna pravica, torej tudi temeljna politična pravica. Vendar obstajajo primeri, ko obtoženec ni bil prisoten na sojenju, sodišče pa kljub temu izreče sodbo. Sodbe, izdane v nenavzočnosti obtoženega v eni državi, se doslej niso upoštevale v drugi državi članici. S tem okvirnim sklepom pa se zagotavlja izvršljivost teh sodb tudi v drugih državah Evropske unije, pod določenimi pogoji, seveda, med katerimi pa je po našem mnenju ključnega pomena zagotovilo, da je bil obtoženec pozvan na sodišče na ustrezen način in da se kljub pozivom sodnih oblasti ni pojavil na sodišču. Izmikanje roki pravice je pogosto in v Evropski uniji ne bi smeli dopustiti, da se pravnomočno obsojena oseba iz ene države mirno spreha v drugih državah članicah.

Po mnenju EPP/DE je poročevalec uspel uskladiti amandmaje in pripravil uravnoteženo poročilo, za kar se mu tudi zahvaljujem.

Še pripomba: prav je, da zagotavljamo pogoje za pravično sojenje, ampak poskrbimo tudi za žrtve kriminalnih dejanj.

1-075

Philip Bradbourn (PPE-DE). – Madam President, I rise to speak solely on the França report on mutual recognition of judgements *in absentia*. The very concept of this proposal is alien to many judicial systems within Member States, especially those who have a legal system based on common law.

In the UK we have over centuries built up our legal system based on the idea of habeas corpus and the right of the defendant not to be judged unless he has the opportunity to defend himself. This principle is enshrined in the well-known document I have here – Magna Carta of 1215 – which has guaranteed this right in my country for 800 years. Recognition of trials *in absentia* goes wholly against the basic ideals of this historic document.

For a judgment to be made in one Member State and subsequently recognised in another, once a European arrest warrant has been issued, certainly raises the question of whether a fair trial has taken place. The organisation Fair Trials International, in their paper on this proposal, mirrors my concerns and highlights – and I quote – ‘significant concerns on the issue of extradition procedure to be followed’. Colleagues, I urge you to look seriously at what is proposed and think how this will affect your constituents and their right to a fair trial.

1-076

Jim Allister (NI). – Madam President, no sensible person wants to make life easy for criminals, but we do have to guard against justice in Europe being reduced to the lowest common denominator. And with such a wide range of judicial procedures, safeguards and processes across the EU, talk of obtaining judicial equivalence often involves exactly that.

In the United Kingdom, our common-law-based legal system is quite different in practice, precedent and processes to the system in our continental neighbours. So when I see reports that are predicated on the fusion of practice for fusion's sake, I must be concerned.

I take the report on mutual recognition of judgments *in absentia*. I frankly say that there is not equivalence between the painstaking judicial precautions taken before someone is convicted *in absentia* in the United Kingdom and what seems to me the far more casual approach in, for example, Greece or Bulgaria. Therefore, I do not agree that my British constituent convicted there in his absence should have that conviction automatically recognised in the UK.

1-077

Jean-Paul Gauzès (PPE-DE). – Madame le Président, Monsieur le Commissaire, quelques mots seulement pour féliciter les rapporteurs, mais également la présidence du Conseil, pour les résultats obtenus à ce stade de la discussion et de l'élaboration des textes. Beaucoup de nos concitoyens s'interrogent sur la plus-value de l'Europe au quotidien. En matière de justice, toute mesure d'amélioration de ce service public essentiel est de nature à mieux faire percevoir l'utilité de la démarche européenne pour la sécurité des citoyens. À cet égard, il est particulièrement important de garantir le caractère exécutoire des jugements à l'échelle européenne et de lever les barrières à leur exécution sur le territoire de l'Union. C'est le sens des textes qui nous sont proposés. Ces mesures renforceront, dans le respect des libertés publiques, l'efficacité des sanctions prononcées par les juridictions nationales.

1-078

Kathalijne Maria Buitenweg (Verts/ALE). – Madam President, this is just to react to the British sceptics because I agree with them that we should not make legislation on the basis of the lowest common denominator. The thing is, however, that you then have to think about how you want to make legislation, because if we also agree that we want to have a common approach in catching criminals, then you cannot make legislation through unanimity. That is why everything is now stuck in Council.

But I also expect their help in coming up with a decision-making process with Qualified Majority Voting (QMV), because otherwise we are stuck. Either you isolate yourself and do not want to cooperate in the field of justice, or we go over to QMV, because that is the only way we can make really substantial, meaningful legislation.

1-079

Jacques Toubon (PPE-DE). – Madame la Présidente, je rebondis sur ce que vient de dire Mme Buitenweg. La question qui est posée par ces textes, comme par tous les progrès qui ont été faits depuis vingt ans dans ce domaine, est très simple: dans l'Union européenne, comme l'a dit mon collègue Jean-Paul Gauzès, prend-on en considération d'abord l'intérêt des citoyens, et en particulier des citoyens honnêtes, ou prend-on d'abord en considération les intérêts des États et des appareils d'État? Il est clair que la construction européenne – on peut le regretter mais c'est une réalité et c'est une réalité positive dans le monde d'aujourd'hui – consiste à faire en sorte que les appareils d'État des vingt-sept États membres ne puissent pas, comme ils l'ont trop longtemps fait, s'opposer à l'intérêt des citoyens et en particulier celui de la sécurité. C'est tout le sens du projet européen sinon il n'y a pas de projet européen. Il faut donc soutenir le Conseil et ces trois propositions.

1-080

Rachida Dati, Présidente en exercice du Conseil. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les parlementaires, les propos que vous avez tenus cet après-midi témoignent de tout l'intérêt que vous portez à ces trois textes. Ils montrent aussi votre engagement pour que les progrès de la coopération judiciaire, notamment en matière pénale, se conjuguent de façon exigeante et, comme vous l'avez rappelé, dans le respect des droits fondamentaux. Cette double exigence est essentielle, car elle est la condition même de la construction de l'espace judiciaire européen, parce que nous avons tous des systèmes juridiques différents, voire des organisations judiciaires différentes. Les garanties qui ont été apportées dans le cas du fonctionnement d'Eurojust et du réseau judiciaire, comme celles qui seront offertes dans le cadre de l'exécution des jugements par défaut, obéissent évidemment à une logique identique. Dès lors, je souhaiterais remercier la Commission européenne, et Jacques Barrot en particulier, pour son soutien à la présidence. Comme vous l'avez indiqué, de nombreux éléments des rapports ont été repris par le Conseil d'une manière, finalement, quasi unanime. Comme vous l'avez dit, nous avons beaucoup à faire et nous devons faire ce travail en commun.

Je souhaite également remercier Sylvia Kaufmann pour son rapport et son intervention aujourd'hui, parce que la remise à plat du réseau judiciaire européen est en effet une étape importante pour améliorer la coopération judiciaire pénale et il convient de rappeler que ce réseau a été important et efficace. Alors, Madame le député, vous avez encore aujourd'hui insisté, à juste titre, sur les liens entre Eurojust et le réseau judiciaire européen. Leur développement va de pair et ce point a d'ailleurs été soulevé à de nombreuses reprises lors du dernier Conseil européen.

Je souhaite également remercier Renate Weber pour son rapport et l'importante contribution qu'elle a apportée. D'ailleurs, l'intervention qu'elle a faite à Toulouse sur ce sujet fut brillante. Madame le député, je vous remercie également pour votre accueil, je sais aussi que vous avez effectué un travail remarquable avec tous les autres acteurs concernés par Eurojust. Vous avez aussi mentionné le traité de Lisbonne, je comprends que vous auriez préféré pouvoir travailler dans un autre cadre institutionnel mais nous devons néanmoins progresser à droit constant car cela concerne toutes les institutions européennes.

Vos propos, Monsieur França, font état de la nécessité d'adopter un cadre unique pour exécuter les jugements par défaut. Vous avez raison de le rappeler et c'est une façon pour nos justices de montrer leur efficacité.

Madame Gebhardt, la nécessité de coopérer entre tous les acteurs politiques et juridiques est importante, puisque l'enjeu de la coopération pénale en Europe est d'apprendre à travailler ensemble pour lutter efficacement contre toutes les formes de criminalité. Je sais que vous êtes un acteur exigeant de cette coopération.

Je voudrais maintenant répondre à ceux d'entre vous qui doutent de l'Europe de la justice et qui craignent que nous mettions en cause les droits fondamentaux. Il est vrai que, sous la présidence allemande, nous n'avons pas trouvé d'accord sur les garanties minimales de procédure. Alors pour vous répondre, Madame la députée, la décision-cadre sur les jugements par défaut prévoit le droit à un nouveau procès et c'est une garantie fondamentale. Nous sommes attendus par les juges, par les procureurs et par les professionnels du droit et de la justice qui agissent au quotidien dans le cadre de la coopération ainsi que par les victimes qui subissent des formes de criminalité qui s'adaptent et se modifient sans cesse. Nous devons nous montrer à la hauteur de ces demandes et mettre en place des outils efficaces et utiles. C'est une Europe qui protège les citoyens européens et qui inscrit l'espace judiciaire dans ce contexte.

La présidence sait pouvoir compter sur votre soutien entier sur ces trois textes, elle vous exprime toute sa reconnaissance et remercie tous ceux qui ont aujourd'hui fait part de leur intérêt pour ces questions.

1-081

Jacques Barrot, Vice-président de la Commission. – Madame la Présidente, je veux m'associer aux éloges et aux remerciements de Mme la ministre, qui préside ce Conseil justice pendant cette présidence française, et je voudrais dire à Mme Kaufmann qu'elle a raison d'insister sur la protection des données, ainsi que lui rappeler que le projet de décision-cadre relative à la protection des données prévoit quand même des règles détaillées qui seront également applicables aux échanges d'informations entre les points de contact du réseau judiciaire européen, mais à moins il vaut mieux s'en assurer.

Je voudrais dire aussi à Mme Weber, qu'en effet ce qui est très important pour sous-tendre la réussite de ces textes, c'est évidemment la confiance des États membres entre eux et avec les agences de l'Union. Madame Weber, vous avez, je crois, dit des choses très fortes sur ce sujet.

Monsieur França a bien montré, je crois, l'intérêt du texte qu'il a rapporté pour une exécution plus rapide des jugements. Il l'a fait dans un équilibre que je souligne, en montrant qu'il y avait aussi, comme vient de le dire Mme Rachida Dati, la possibilité d'un nouveau jugement et qu'il y avait évidemment un maintien des droits de la défense assuré. Je voudrais répondre à Mme Buitenweg et M. Dimitriou sur les droits procéduraux. Je considère, en effet, les droits procéduraux comme très importants pour le développement de l'espace commun de liberté, de sécurité et de justice. La Commission a été déçue qu'aucun accord n'ait pu être trouvé l'année dernière sur notre proposition de décision-cadre relative aux droits procéduraux. Je réfléchis maintenant aux initiatives qui pourraient être prises dans un proche avenir dans ce domaine. Je suis bien décidé à faire avancer ce dossier, peut-être faudra-t-il présenter une nouvelle proposition sur les droits procéduraux. En tous cas, sachez que cette affaire recueille toute mon attention.

Je voudrais dire aussi à Mme Gebhardt, mais je crois que Mme Dati a déjà répondu, qu'il s'agit bien, en effet, de la criminalité lourde, sous des formes nouvelles, qui ne correspondaient peut-être pas à la définition trop stricte du crime organisé. La criminalité lourde doit également être un champ de cette coopération judiciaire que nous appelons de nos vœux.

Je n'ajouterai pas grand chose si ce n'est de reprendre en effet ce qu'a dit Jacques Toubon, à savoir qu'il faut penser à l'intérêt des justiciables européens, à l'intérêt de chacun d'entre nous et de nos compatriotes, pour permettre que cette coopération judiciaire s'avère de plus en plus efficace, dans le respect bien entendu des droits de la personne.

En tous cas, moi-aussi, je voudrais remercier le Parlement de la qualité de sa contribution à ce grand débat qui va marquer une étape très positive dans l'élaboration de cet espace judiciaire européen.

Madame la Présidente, Rachida Dati, merci d'avoir animé ce Conseil européen, ce Conseil des ministres, qui a été, dans ce domaine aussi, consensuel au point d'arriver à ces accords politiques.

1-082

Renate Weber, rapporteur. – Madam President, I should like to say a few words in my capacity as a shadow rapporteur on the other two reports and to thank Mrs Kaufmann for the way we worked together, and Mr França for his work. There were 57 compromise amendments in his report, which says something about the level of work we put in.

Concerning the report on decisions rendered *in absentia*, probably the most sensitive aspect relates to the fact that, in some Member States, when judgments are rendered in the absence of the defendant, the solution is to have a retrial, thus fully respecting the European Convention on Human Rights (Protocol No 7, Article 2) and the International Covenant on Civil and Political Rights, whereas other countries recognise only the right to an appeal.

Unfortunately, the proposal in this report is not about harmonising current legislation in the 27 Member States. Although we should aim at having a European legislation in the future, for the time being we have done our best, at least by ensuring that even in the appeal the defendant enjoys the procedural guarantees as provided for by Articles 5 and 6 of the European Convention on Human Rights.

I should like to conclude by saying that the good functioning of the principle of mutual recognition of judicial decisions requires a high level of mutual confidence between the Member States, and this confidence must be based on a common observance of human rights and fundamental principles.

1-083

Armando França, relator. – Tenho de agradecer as palavras da Senhora Ministra e também do Senhor Comissário, assim como dos Colegas, daqueles que concordaram e dos que não concordaram, porque os que não concordaram dão-me oportunidade, aqui e agora, de prestar um ou outro esclarecimento.

Mas antes disso quero dizer o seguinte: quer como deputado, quer como jurista e cidadão, hoje sinto-me particularmente satisfeito de poder subscrever a proposta do Conselho e as nossas alterações e espero e desejo que a decisão-quadro venha a ser aprovada e aplicada, porquê? Porque a situação é grave na Europa e temos de dar uma resposta sem mais delongas. Há muitos acusados já julgados que circulam pelo espaço da União sem que os tribunais possam executar as sentenças proferidas noutros países. Ora, isto é grave para o desenvolvimento da própria criminalidade e da segurança na Europa e é importante que as Instituições Europeias tenham uma resposta.

A decisão-quadro promove sobretudo o princípio do reconhecimento mútuo e as nossas alterações, as alterações propostas pelo Parlamento, devem ser lidas articuladamente, quer as soluções propostas para as notificações, quer as soluções propostas para as regras de representação dos acusados, quer as soluções propostas para o julgamento de recurso ou de apelação. É que em qualquer uma destas soluções, soluções técnicas, elas estão articuladas e, a nosso ver, estão garantidos os direitos de defesa sempre e em qualquer circunstância dos acusados.

Bem sabemos, e é preciso que se diga, que o óptimo é inimigo do bom. Nestas circunstâncias, a solução que foi encontrada, a meu ver, é uma solução que devemos adoptar, que é já um passo importante e grande e em frente e é mais um pequeno passo. Seguindo a velha regra, assim se constrói a União Europeia, assim se constrói a Europa.

1-084

PRESIDÊNCIA: MANUEL ANTÓNIO DOS SANTOS

Vice-Presidente

1-085

Presidente. – O debate está encerrado.

A votação terá lugar na terça-feira, 2 de Setembro de 2008.

Declarações escritas (artigo 142º)

1-086

Carlo Casini (PPE-DE), per iscritto. – La proposta legislativa relativa alle esecuzioni pronunciate in contumacia è di necessaria approvazione per colmare una grave disparità di trattamento e la forte discrezionalità lasciata alle autorità di esecuzione nei 27 Paesi dell'Unione.

Sono questi gli obbiettivi che la commissione giuridica si è prefissata di raggiungere presentando il proprio parere alla commissione per le libertà pubbliche. I quattro emendamenti, approvati all'unanimità nel maggio scorso e sostanzialmente fatti propri dalla commissione competente, tendono a garantire un giusto equilibrio tra i diritti e le libertà fondamentali dei cittadini e il bisogno di un reciproco riconoscimento delle sentenze.

È divenuta quindi essenziale l'opera di armonizzazione della nostra giustizia penale, orientata ad introdurre nella proposta dei criteri omogenei riconosciuti dal maggior numero di Stati dell'Unione, nel segno di una chiarezza giuridica. Si tratta di standard minimi volti a coniugare la salvaguardia delle garanzie a tutela dell'imputato con la necessità di preservare un'efficace cooperazione giudiziaria transfrontaliera. In alcuni casi viene tuttavia lasciata allo Stato membro la discrezionalità necessaria per tener conto della specificità del proprio ordinamento giuridico.

1-086-500

Αθανάσιος Παφίλης (GUE/NGL), γραπτώς. – "Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο υπερψήφισε την πρόταση για αμοιβαία αναγνώριση από τις δικαστικές αρχές των κρατών μελών της ΕΕ των ερήμην ποινικών καταδικαστικών αποφάσεων, δηλαδή των αποφάσεων που έχουν εκδοθεί χωρίς την παρουσία του κατηγορούμενου σε ένα άλλο κράτος μέλος.

Σε συνδυασμό με το Ευρωπαϊκό Ένταλμα Σύλληψης ο καθένας κινδυνεύει να συλληφθεί και να εκδοθεί σε κάποιο κράτος μέλος της ΕΕ στο οποίο δικάστηκε και καταδικάστηκε ερήμην, χωρίς καν να έχει ποτέ ειδοποιηθεί και να γνωρίζει τη διεξαγωγή δίκης εναντίον του. Το πρόβλημα αποκτά ακόμη σοβαρότερες διαστάσεις για κράτη μέλη, όπως η Ελλάδα, το νομικό σύστημα των οποίων δεν αναγνωρίζει τη δυνατότητα -τουλάχιστον για τα σοβαρότερα αδικήματα- να δικάστεί ο κατηγορούμενος χωρίς την παρουσία του. Ο Κανονισμός αυτός υπονομεύει καίρια το δικαίωμα του κατηγορουμένου για δίκαιη δίκη. Πρόκειται για μία βόμβα στο δικαίωμα της πραγματικής υπεράσπισης του κατηγορουμένου, γεγονός το οποίο έχει ήδη προκαλέσει τις σφοδρές αντιδράσεις των νομικών οργανώσεων και ενώσεων σε ολόκληρη την ΕΕ.

Αποδεικνύεται ότι η προωθούμενη από την ΕΕ εναρμόνιση των ποινικών συστημάτων των κρατών μελών και η λεγόμενη "κοινοτικοποίηση" του ποινικού δικαίου οδηγεί στον περιορισμό των θεμελιωδών δικαιωμάτων και των κυριαρχικών δικαιωμάτων των κρατών μελών να καθορίζουν τις εγγυήσεις προστασίας τους σε κρίσιμους τομείς, όπως είναι οι ποινικές διαδικασίες.

1-087

18 - Sistema de Informação sobre Vistos (VIS) (debate)

1-088

Presidente. – Segue-se o relatório do Deputado Mihael Brejc, em nome da Comissão das Liberdades Cívicas, da Justiça e dos Assuntos Internos, sobre uma proposta de regulamento do Parlamento Europeu e do Conselho que altera o Regulamento (CE) n.º 562/2006 no que respeita à utilização do Sistema de Informação sobre Vistos (VIS) no âmbito do Código das Fronteiras Schengen (COM(2008)0101 - C6-0086/2008 - 2008/0041(COD)) (A6-0208/2008).

1-089

Jacques Barrot, Vice-président de la Commission. – Monsieur le Président, je voudrais d'abord remercier le rapporteur, M. Brejc, pour le travail accompli sur ce dossier. Une étape importante ainsi s'achève, qui permettra de bénéficier pleinement des outils techniques disponibles pour sécuriser nos frontières extérieures.

L'utilisation du système d'information sur les visas (VIS) revêt beaucoup d'importance pour l'efficacité des contrôles aux frontières extérieures. Le VIS établit en effet un lien fiable entre le détenteur de visa, le visa et le passeport, afin d'éviter l'utilisation des fausses identités.

Ces avantages ne seront entièrement réalisés qu'avec l'utilisation de la biométrie. L'instrument législatif qui est à l'ordre du jour établira, une fois formellement adopté, les règles communes pour garantir l'utilisation efficace et harmonisée du VIS à nos frontières extérieures.

Sans un régime commun, ces points de passage des frontières où le VIS n'est pas systématiquement utilisé pourraient bien être exploités par des immigrés illégaux et des criminels. En modifiant le code frontières Schengen, ce régime commun est établi.

Je peux donc soutenir entièrement le compromis atteint et féliciter le Parlement européen et le Conseil pour l'accord en première lecture.

1-090

Mihael Brejc, poročevalec. – Gospod komisar, jaz se zahvaljujem za prijazne besede. Evropski parlament je vključen v postopek soočločanja o spremembi uredbe glede uporabe vizumskega informacijskega sistema. Predlog sprememb glede tega vizumskega sistema, ki ga je predlagala Komisija, je predvidel na začetku precej temeljito kontrolo pri vstopu državljanov tretjih držav, ki potrebujejo vizo. Šlo naj bi torej ne samo za običajen postopek preverjanja istovetnosti osebe in dokumentov, ampak tudi za odvzem prstnih odtisov. Uredba sicer vsebuje vsa iskalna merila in pogoje za dostop pristojnih organov pri opravljanju kontrol na zunanjih mejnih prehodih do podatkov za preverjanje istovetnosti in tako naprej, da ne ponavljam vseh teh zadev.

V skladu s to uredbo ima mejni policist dostop do viznega informacijskega sistema, kjer seveda lahko preveri vse podatke o potniku na meji, vključno s prstnimi odtisi. Predlagana ureditev, torej sistematična kontrola z odvzemanjem prstnih odtisov državljanom tretjih držav pri vsakokratnem, poudarjam, vsakokratnem vstopu v schengensko območje, bi zagotovo povzročila podaljšanje čakalnih dob na mejnih prehodih, zlasti v turistični sezoni ter ob začetku in koncu praznikov.

Ker je Evropa globalna gospodarska sila, hkrati pa tudi zanimiva turistična destinacija za državljane tretjih držav, ki za vstop seveda potrebujejo vizo, je treba, po mojem mnenju, ali pa je bilo treba, uredbo ustrezno ublažiti. Zato sem predlagal naključno preverjanje in odvzemanje prstnih odtisov na mejnem prehodu. S tem sem želel opozoriti, da imetniku vize v postopku pridobivanja vize prvič vzamejo prstne odtise, pri vstopu v schengensko območje pa še enkrat, zato da bi potem lahko primerjali ali gre za isto osebo.

Meni se zdi takšno delovanje ali pa tako trda določba pretirana, ker pravzaprav nimamo na voljo nobenih podatkov niti ocen o tem, koliko je sploh ponarejanja viz. Razen tega je odvzemanje prstnih odtisov pri povsem nespornih osebah nesmiselno in zamudno. Kljub posebnim vstopnim kolonom za državljane Evropske unije bi se namreč na zunanjih mejah ob praznikih in počitnicah nabrale zelo dolge kolone, v katerih pa bi čakali vsi, državljani Evropske unije pa tudi seveda imetniki viz.

V tem Parlamentu smo razmeroma hitro dosegli soglasje o določenih odstopanjih od tako trdih določb, po dveh trialogih pa je bil dosežen tudi kompromis s Svetom in Komisijo. Na odboru LIBE je bil kompromisni predlog sprejet z veliko večino, brez glasu proti in le dva sta se vzdržala.

Skratka, sedanja uredba je, jaz mislim, dobra, ker zagotavlja tekoč prehod meje, tudi takrat, ko bo veliko ljudi na meji čakalo v vrsti, se bo policist po svoji presoji v skladu z uredbo in če bodo izpolnjeni vsi pogoji, odločil za naključno preverjanje. Odločitev za naključno preverjanje ni stvar samo policista, ampak predvsem nadrejenih na meji. Jaz mislim, da smo zagotovili ustrezne standarde varnosti in hkrati omogočili potnikom, da mejo prečkajo v čim krajšem času.

Dovolite mi, da se ob tej priliki zahvalim za odlično sodelovanje predstavnikom Sveta in Komisije, posebej pa poročevalcem v senci, med katerimi gre posebna zahvala gospodu Cashmanu za vrsto dobrih idej in za aktivno iskanje kompromisa.

1-091

Urszula Gacek, on behalf of the PPE-DE Group. – Mr President, the extension of the Schengen area has removed border controls in most of the EU and made day-to-day travel within those borders quicker and easier for our citizens. It also means, however, that non-EU citizens entering the Schengen area are effectively only checked once, at the external border.

While our citizens often equate illegal immigration with dramatic scenes of unseaworthy and overcrowded vessels breaching our maritime borders, or container-loads of unfortunates – victims of human trafficking – crossing land borders, the reality is much more complex. About 50% of illegal immigrants enter the EU legally, but fail to leave our territory on expiry of their visas. Secondly, incidents of falsified documents are widespread, especially at airports.

In order to reduce the number of overstayers, as well as to decrease the risk of granting access to persons with falsified documents, a harmonised and secure system for checking visa validity and taking fingerprints will apply in the Schengen area. However, as all our citizens who travel are well aware, increased security leads to increased inconvenience and waiting times at borders for bona fide travellers. Therefore a degree of pragmatism is also necessary. If there is deemed to be no risk related to internal security and illegal immigration, and traffic at a border is of such intensity that waiting times become excessive, then the need to take fingerprints may be waived.

This more flexible system may operate for a maximum of three years, after which an evaluation of its effectiveness will take place. While we aim to make Europe secure, we need at the same time to be welcoming to business travellers and tourists alike. I believe that the proposed visa information system has struck the right balance between those two objectives.

1-092

Michael Cashman, on behalf of the PSE Group. – Mr President, I wish to thank the rapporteur for the excellent work he has done. The compromises we have achieved with the Council are sensible and effective, and I say this as the original rapporteur on the Schengen border code.

Brevity is the source of wit, so I will detain the House no more, other than thanking – as every MEP should – the two wonderful assistants, Renaud and Maris, who work with me and who make my work not only enjoyable but also productive.

1-093

Sarah Ludford, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, as the rapporteur on the visa information system (VIS), and still working on the amendment of the common consular instructions to govern the actual collection of the biometrics, I take a great interest in anything that concerns the visa information system.

When we decided on the VIS, we allowed for this three-year period when the search could be done using just the visa sticker, without the fingerprints in the VIS. But I have slightly mixed feelings about the compromise. I support it because that is what has been able to be agreed. But on the other hand the Commission has rightly said that only a biometric check can confirm with certainty that the person wishing to enter is the one to whom the visa has been issued, and therefore a systematic consultation of the VIS, including a biometric check by border guards, should be performed for each visa holder. I am therefore a little bit worried about the derogation and the ability to have random checks.

I shall look forward to this report after three years, and ensure that flexibility has not become a loophole, because of course if we are going to have the VIS we had better apply it properly.

1-094

Tatjana Ždanoka, on behalf of the Verts/ALE Group. – Mr President, I would like to thank Mr Brejc for his excellent report. We appreciate his point that consulting the VIS using the visa sticker number in combination with the verification of fingerprints will create a lot of problems. Therefore we welcome the introduction of a derogation in exceptional cases to consult the VIS without verification of fingerprints.

Nevertheless, in our opinion, the report is not as ambitious as it should be. The derogation should instead be a general rule. We suggest that the VIS should be consulted in exceptional cases when there are doubts regarding identity. It is well known that the Verts/ALE Group strongly opposes the extensive introduction of biometrics until its necessity is proved

beyond reasonable doubt. We believe that it has crucial implications for personal data security and for fundamental rights. Therefore we cannot vote in favour of the regulation at this time.

1-095

Philip Claeys (NI). – Voorzitter, de verordening stelt terecht dat voor iedereen die in het bezit is van een visum, het VIS systematisch zou moeten geraadpleegd worden voor een biometrische controle. Het is de beste en veiligste manier om de authenticiteit van een visum te controleren. Het valt dan ook te betreuren dat het Parlement zich geroepen voelt om het principe in feite te ondermijnen door hier een lijst in te voeren van situaties waarbij het zal volstaan om de identificatiesticker te controleren, en niet over te gaan tot een controle van de biometrische gegevens. Het valt dan ook te vrezen dat door de invoering van die lijsten biometrische controle een uitzondering in plaats van de regel wordt. Ik weet natuurlijk ook dat het onmogelijk is om in alle omstandigheden de biometrische controle systematisch uit te voeren, maar het zou in elk geval de regel moeten zijn. We kunnen ons niet veroorloven in het kader van de strijd tegen illegale immigratie en de strijd tegen het terrorisme en grensoverschrijdende criminaliteit om hier op een lakse en vrijblijvende manier te werk te gaan.

1-096

Gyula Hegyi (PSE). – Tisztelt elnök úr! A schengeni csatlakozás természetesen nagy öröm volt Magyarország számára is. Engedjék meg, hogy néhány mondatot ennek a témának a kapcsán mégis elmondjak arról a szerencsétlen helyzetről, amely a magyar-osztrák határon kialakult. Az osztrák hatóságok sok tekintetben nem veszik figyelembe a schengeni rendszert: noha Magyarország közel egy éve része már Schengennek, útlevelet kérnek az átérkező magyaroktól, büntetést szabnak ki, amennyiben útlevéllal nem rendelkeznek. Természetesen ez nem gyakori eset, de amikor megtörténik, akkor a magyar közvéleményben érthetően és jogosan nagy ellenérzést vált ki. Azonkívül sajnos az is gyakorlat, hogy eddig létezett utakat lezárnak a határon, azért, hogy a magyarok útlevél nélkül, a schengeni egyezményt kihasználva átkelhessenek rajta. Remélem, hogy mód nyílik arra is, hogy ezeket az osztrák részről történő visszaéléseket megszüntessük. Köszönöm.

1-097

Manfred Weber (PPE-DE). – Herr Präsident! Ich glaube auch, dass wir ein hervorragendes Ergebnis von unserem Berichtersteller vorgelegt bekommen haben, das einerseits Sicherheit und andererseits Praktikabilität gewährleistet. Wir haben aber heute auch gehört, dass, wenn wir jetzt einen Blick in die Zukunft werfen, eine der großen Fragen die *Overstayers* sind, also Menschen, die mit legalem Visum einreisen und dann eben hier bleiben und untertauchen.

Deswegen möchte ich hier nur Folgendes in die Debatte einbringen: Wenn das Ein- und Ausreisensystem langfristig funktionieren soll, dann werden wir an systematischen Checks nicht vorbeikommen. Deshalb müssen wir uns an der Außengrenze Europas um diese Frage kümmern.

1-098

Jacques Barrot, Vice-président de la Commission. – Monsieur le Président, je renouvelle mes remerciements à votre rapporteur, M. Brejc, je le remercie d'avoir, en effet, bien tenu l'objectif principal qui est de sécuriser les frontières, sans pour autant oublier qu'il faut que ces frontières soient suffisamment fluides. Je crois qu'on peut concilier les deux, et vous le faites, dans ce texte qui est le fruit d'un compromis excellent. J'ajoute, en écho à ce que vient de dire M. Weber, qu'en effet nous avons un problème, celui à la fois d'ouvrir l'Europe à tous ceux qui y entrent et en sortent régulièrement, tout en étant relativement attentifs à tous ceux qui tentent – il faut bien le dire – de tricher et veulent abuser des règles. Donc, il faut tenir compte de cette double exigence d'ouverture et en même temps de régularité, de respect de la loi.

Merci au Parlement qui nous permet d'avancer dans cette sécurisation des frontières tout en apportant les souplesses nécessaires.

1-099

Mihael Brejc, poročevalec. – Jaz bi samo komentiral dve nasprotujoči si mnenji: odstopanje, kot splošno pravilo, in dosledno upoštevanje pravil, ki so zapisana v schengenskem zakoniku.

Ravno ta kompromis, ki smo ga dosegli, omogoča razumno prehajanje meje tudi takrat, ko je gneča res velika. Predstavljajte si, da na enem mejnem prehodu s Hrvaško, recimo, in Slovenijo v času praznikov na mejo pride petdeset, šestdeset tisoč ljudi, od tega jih ima deset tisoč vizo. Če bi desetim tisočim moral odvzeti prstne odtise, potem bi tudi tisti, ki lahko mejo preidejo brez formalnosti, državljani EU, čakali dan ali dva. Torej, bodimo realni, ustvarimo čvrst sistem kontrole, hkrati pa razumne ukrepe za tekoče prehajanje meje.

Ne pozabimo, da je v uredbi zelo jasno napisano, citiram: "*... da ima policist ... Torej, v vseh primerih, ko obstaja dvom glede istovetnosti imetnika vizuma in verodostojnosti vizuma, pa mejni policist potniku pobere prstne odtise in v VIS preveri številke vizumske nalepke in prstne odtise potnika.*" Torej, v vseh primerih, ko obstaja najmanjši dvom, bo policist to naredil, v vseh ostalih primerih bo pa takrat, kadar je res velika, velika množica na meji, ravnal v skladu z uredbo, ki dopušča neka odstopanja.

Mi ne smemo graditi novega, ne vem kako naj rečem, informacijskega policijskega Berlinskega zidu. Evropska unija je in naj bo še naprej globalna sila in naj bo še naprej prijazna svojim državljanom pa tudi tistim drugim, ki prihajajo.

Še zahvala, še enkrat, gospodu Cashmanu in vsem ostalim in seveda komisarju za res potrpljenje, ko smo oblikovali ta kompromis.

1-100

Presidente. – O debate está encerrado.

A votação terá lugar na terça-feira, 2 de Setembro de 2008.

Declarações escritas (artigo 142º)

1-101

Kinga Gál (PPE-DE), írásban. – Tisztelt Elnök Úr, Képviselőtársak! Mindannyian egyetértünk a Schengeni Határkódex módosításának szükségességével, hogy rendelkezései összhangban legyenek a Vízum Információs Rendszer előírásaival.

A Bizottság eredeti javaslata azonban problematikus, hiszen azt írja elő, hogy a harmadik országok állampolgárainak határátlépésekor ne csak a vízumok érvényességét ellenőrizzék, hanem ujjenyomatot is vegyenek tőlük. Ez azonban hatalmas fennakadásokat okozhat az EU külső határain, főként a szárazföldi határátkelőhelyeken a szabadságolások időszakában vagy éppen a nemzeti ünnepeken.

Ezért üdvözlöm a jelentéstevő módosító indítványait, amelyek azt irányozzák elő, hogy ezeket az ellenőrzéseket ne rendszeresen, hanem csak szűrőpróbaszerűen végezzék el, jól meghatározott feltételeknek és időkorlátoknak megfelelően. Kérem Önöket, hogy a holnapi szavazáson támogassák ezt a szakbizottsági álláspontot, hogy a határátlépés ne csak elvileg, de gyakorlatilag is lehetővé váljon hosszú várakozási idő nélkül, a külső határainkon.

1-102

Ramona Nicole Mănescu (ALDE), în scris. – Prezentul regulament vine ca un răspuns la nevoia de a securiza și întări granițele Uniunii Europene prin eficientizarea controalelor la punctele de trecere a frontierelor externe. Însă, aspectul cel mai important privește stabilirea unor norme comune pentru armonizarea Sistemului de Informații privind Vizele.

Deși unele State Membre au apreciat că utilizarea obligatorie a SIV nu ar fi realizabilă decât atunci când dezvoltarea tehnologică ar permite utilizarea în mod fiabil a dispozitivelor portabile, cu un transfer rapid și o verificare sigură, sunt de părere că propunerea raportorului de a lăsa la latitudinea poliștilor de frontieră consultarea Sistemului de Informații privind Vizele reprezintă o soluție până în momentul în care sistemul tehnologic va permite un transfer rapid al datelor și o utilizare sistematică a acestuia.

De asemenea, nu trebuie neglijat faptul că un control adecvat la granițele UE ar spori securitatea internă a statelor membre și, prin urmare, ar combate fraude precum crima organizată și chiar acte de terorism. Mai mult, pe lângă creșterea semnificativă a eficienței controalelor la frontiere, o consultare sistematică a Sistemului de Informații privind Vizele ar constitui și o condiție preliminară pentru o mai mare flexibilitate în momentul înaintării cererii de viză.

1-103

19 - Avaliação do sistema de Dublin (debate)

1-104

Presidente. – Segue-se o relatório da Deputada Jean Lambert, em nome da Comissão das Liberdades Cívicas, da Justiça e dos Assuntos Internos, sobre a avaliação do sistema de Dublin (2007/2262(INI)) (A6-0287/2008).

1-105

Jean Lambert, rapporteur. – Mr President, I should also like to thank the shadow rapporteurs for their serious interest and commitment, and all those who have contributed to this report.

The Dublin II Regulation, as you will know, is part of the European common asylum system and it determines which Member State is responsible for the examination and determination of an asylum claim. Its effect is also linked very much to the sound implementation of other directives, such as the Reception and the Procedures Directives.

Our committee report makes clear that the Dublin Regulation, and indeed the system as a whole, is a system based on mutual trust and reliability, so that all Member States have to fulfil their responsibilities.

We have a number of concerns which we address in this report – although I obviously will not address them all here – about the quality of delivery in terms of the asylum system, the impact on the individuals concerned and whether Dublin II is effective overall. What problems does it create for some Member States? Are we almost looking at something and making it too simple for the complexity of the issue?

On the quality of delivery, we know that there are enormous variations between Member States in delivering a fair and thorough examination of claims for protection. This is unjust for the individual and unfair to other Member States. In fact,

looking at one or two Member States within the European Union, if you were an asylum-seeker really fearing for your life you would have to be almost suicidal to claim asylum in one or two of them, because your chances of having your claim recognised would be so low and, therefore, your risk of return would be very high.

So we agree as a committee that we wish to see systematic measures taken against those Member States which fail in this respect. A majority in the committee also wants to see the Dublin transfers to such Member States stopped until failures are rectified – although there is an amendment on this issue which we will vote on tomorrow.

For the individuals concerned, we want to see a clear improvement in the quality and consistency of decision-making. We want to see cases fully examined on transfer and not closed due to technicalities (our paragraph 11). We want clear information provided to those coming under the Dublin Regulation; we also want to increase the possibility of family reunion and a wider definition of family for this purpose – although, again, I know there is an amendment on this – so that, for example, a minor can be transferred to live with their sole family member in the European Union, even if that person is a cousin rather than a sibling.

We also want clear procedures in relation to minors, who should only be transferred for the purpose of family reunion; these procedures should include their representation and accompaniment throughout, so that no child is lost in transit, as has unfortunately happened on a number of occasions. We are also asking for greater use of the humanitarian clause, for example, for those who are particularly vulnerable.

We have concerns about the potential extension of Eurodac for purposes other than identification. The Council and the Commission will be aware that Parliament takes such issues very seriously.

As regards the problems – and I know that other colleagues will talk more on this – one of the issues which also concerns us is that Dublin II can create pressure on certain Member States which find themselves as primary points of entry to the European Union for asylum-seekers. We are, therefore, asking the Commission to bring forward proposals on so-called ‘burden sharing’ which are not just financial but actually provide a solution for the Member States and the individuals affected.

1-106

Jacques Barrot, *Vice-président de la Commission*. – Monsieur le Président, l'application du système de Dublin a fait l'objet d'une évaluation technique et d'une évaluation politique dans le cadre du débat lancé en 2007 à la suite du Livre vert sur un futur régime européen d'asile commun.

Tirant les conclusions de cette double évaluation, la Commission entend proposer, avant la fin de l'année, des modifications des règlements Dublin et Eurodac tout en gardant les principes de base du système Dublin. Il s'agit de renforcer tant l'efficacité du système que la protection des personnes concernées.

Merci au Parlement, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, d'ouvrir ce débat sur ces futures modifications, un débat qui s'annonce constructif et sans doute intense. La Commission partage les préoccupations exprimées dans votre rapport, Madame le rapporteur, concernant les carences. Elle partage la conclusion selon laquelle le succès du système de Dublin exige une harmonisation plus poussée des standards de protection au niveau de l'Union européenne. C'est le moyen de garantir un accès égal à la protection pour tous les demandeurs d'asile transférés vers d'autres États membres.

Il faut donc à la fois cette harmonisation plus poussée des législations des États membres en matière d'asile et l'approfondissement de la coopération pratique telle qu'elle est envisagée dans la seconde phase du régime d'asile européen commun.

La Commission envisage de mieux définir les procédures et les délais à respecter ainsi que d'améliorer la qualité et la fiabilité des données contenues dans la base des données Eurodac.

Je ne veux pas m'étendre, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, mais il est vrai que nous pensons à une série de modifications – je donne quelques exemples: améliorer l'information fournie aux demandeurs d'asile, rendre le droit d'appel plus effectif, s'assurer que la détention des demandeurs d'asile n'est pas arbitraire, clarifier les conditions et les procédures à respecter pour l'application de la clause humanitaire, prévoir plus de garanties pour les mineurs non accompagnés, élargir le droit au regroupement familial pour les demandeurs et les bénéficiaires de la protection subsidiaire.

Ce qui est vrai, c'est que si le régime de Dublin a malgré tout fait l'objet d'une évaluation positive, il est vrai que ce régime induit de facto des charges supplémentaires pour certains États membres ayant des capacités d'accueil et d'absorption limitées et en même temps soumis à une pression migratoire particulière en raison de leur situation géographique.

La Commission réfléchit à la perspective d'instaurer une suspension temporaire de l'application des dispositions de Dublin vis-à-vis d'un État membre surchargé, de créer des équipes d'experts en matière d'asile, qui pourront être sollicités par ces États membres quelque peu surchargés.

La Commission prend note des recommandations substantielles et constructives contenues dans le rapport du Parlement et nous ne ménagerons pas nos efforts pour prendre toutes les mesures nécessaires afin de répondre aux préoccupations que le Parlement exprime dans son rapport au sujet du fonctionnement et de l'impact du système Dublin.

Merci Madame Lambert, merci Mesdames et Messieurs les parlementaires, je vais écouter avec attention, convaincu en effet que ce perfectionnement du droit d'asile est un élément majeur pour l'avenir et pour, je dirais, la conception que nous nous faisons d'une Europe qui reste fidèle à ses grandes traditions d'accueil.

1-107

Simon Busuttil, f'isem il-grupp PPE. – Hemm bżonn revizżoni ta' din il-ligi. Ha niprova nispjega għaliex. Meta saret din il-ligi, it-tir kien li persuna li qieghda titlob l-ażil, li qieghda titlob protezzjoni, tkun tista' tagħmel dan fil-pajjiż fejn waslet għall-ewwel darba. Tidher raġunata, biss meta saret din il-ligi qatt ma kien hemm il-ħsieb illi hafna min-nies speċjalment fil-ġurnata tal-lum kienu se jispicċaw jidhlu u jaslu lejn l-Unjoni Ewropea jew f'xi pajjiż membru billi jaqbdu dghajsa, jaqsmu l-baħar Atlantiku jew Mediterran sabiex jidhlu fl-Unjoni Ewropea. Dan qatt ma kien il-ħsieb ta' dan ir-regolament u issa dan ir-regolament qed ipogġi lil dawn il-pajjiżi li jinsabu f'din is-sitwazzjoni li jilqgħu lil dawn in-nies li jigu bid-dghajsa, f'sitwazzjoni sproporzjonata, diffiċli u gravi. Jiena niehu gost nisma', illi meta jitkellem dwar ir-reviżjoni, il-Kummissarju Barrot, jgħid illi wahda mill-possibilitajiet fir-reviżjoni ta' dan ir-regolament hija appuntu s-sospensjoni temporanja ta' dan ir-regolament minn dawk il-pajjiżi li qeghdin isofru minn ċertu piż sproporzjonat. Huwa dan li għandna bżonn. Jew hekk, jew inkella għandna bżonn mekkanizmu sura ta' nies ta' solidarjetà li jippermetti li immigranti illi jaslu f'pajjiż li għandu dan il-piż, ikunu jistgħu jimxu għal pajjiż iehor tal-Unjoni Ewropea. Huwa importanti li ssir din ir-reviżjoni, u issir illum qabel għada.

1-108

Martine Roure, au nom du groupe PSE. – Monsieur le Président, le système de Dublin doit permettre, en effet, de déterminer l'État membre responsable d'une demande d'asile, mais ce système est profondément injuste. Les demandeurs d'asile peuvent ainsi parfois être renvoyés vers un État membre qui, on le sait, rejettera leur demande d'asile alors que l'État membre dans lequel ils se trouvent aurait accordé ce statut de réfugié. Là est l'injustice première.

Par ailleurs, ce système pose un problème de solidarité entre les États membres. Les États situés aux frontières extérieures de l'Europe portent une charge plus importante, on le sait bien. En revenant de Malte, nous avons demandé la remise en cause du principe même du système de Dublin. Nous pensons que l'État membre responsable du traitement d'une demande d'asile ne doit pas être obligatoirement le premier pays d'accès. Il doit y avoir une solidarité entre le traitement des demandes.

Nous avons pu observer de graves insuffisances, notamment en ce qui concerne la protection des mineurs non accompagnés. Nous avons constaté que les États membres n'utilisent pas assez les instruments qui permettent d'assurer la réunification des mineurs avec les membres de leurs familles présents dans un autre État membre. Nous souhaitons aussi que les mineurs puissent rejoindre, par exemple, des oncles et tantes dans un autre État membre, plutôt que d'être livrés à leur propre sort. Il faut donc élargir l'idée de la famille.

Nous déplorons enfin l'usage quasi systématique par certains États membres de la détention des personnes en attente d'un transfert Dublin. Rappelons que ces personnes demandent une protection internationale et que leur demande n'a pas encore fait l'objet d'un examen approfondi. Et l'évaluation du règlement Dublin II doit donc nous permettre de corriger les graves insuffisances que nous avons pu observer lors de nos visites dans les camps de rétention. En effet, nous avons visité de nombreux camps de rétention et nous sommes revenus, je dois le dire, assez écœurés de certaines visites.

Je tiens à rappeler que l'objet du règlement de Dublin est de déterminer l'État membre responsable de la demande d'asile. Le règlement doit permettre l'accès au système d'asile et doit garantir qu'un État membre effectue un examen approfondi de toute demande d'asile.

L'Union européenne ne doit pas rejeter sa responsabilité vers des pays tiers. Elle doit garantir la protection du droit d'asile.

1-109

Janine Hennis-Plasschaert, namens de ALDE-Fractie. – Voorzitter, dank allereerst aan de rapporteur voor haar over het algemeen evenwichtig werk. Muggenzifterij over enkele details wil ik dan ook laten voor wat het is. Daarbij, als we heel eerlijk zijn, is de evaluatie alweer behoorlijk gedateerd.

Prioriteit nr. 1 is, althans wat ALDE betreft, het gelijktrekken van de beschikbare gegevens vanuit de lidstaten. Alleen dan zal er sprake kunnen zijn van een daadwerkelijk goede evaluatie en dus een effectieve beoordeling. De lidstaten moeten hier echt, en natuurlijk met de nodige begeleiding van de Europese Commissie, werk van maken.

Van belang om te benadrukken - daar leg ik dus duidelijk een andere nuance dan Martine Roure - is het feit dat op basis van de verkregen transfergegevens niet geconcludeerd kan worden dat het Dublin-systeem als zodanig leidt tot een onevenredige transferlast voor de lidstaten aan de Europese buitengrenzen. Natuurlijk - en dat is wat de rapporteur en ook wat de commissaris zei - brengt de geografische positie van deze lidstaten met zich mee dat zij zich geconfronteerd zien met een aanzienlijke belasting. Dat is ook precies de reden waarom ALDE naast het Dublin-systeem al die tijd heeft gepleit voor een verplichtend *burden sharing mechanism*, in financieel opzicht, materieel opzicht, maar ook als het gaat om de inzet van mankracht ter plekke. Alle 27 lidstaten zijn immers verantwoordelijk voor hetgeen zich aan de Europese buitengrenzen afspeelt.

Ik ben dan ook zeer benieuwd, commissaris, naar wat u nu precies bedoelt met die tijdelijke opschortingsmogelijkheid. Wat houdt het in? Houdt het in dat de asielzoeker de lidstaat naar keuze kan uitzoeken, dat hij vrij kan doorreizen? Daarmee zouden we wel de politieke boodschap van het Dublin-systeem behoorlijk ondermijnen. Kortom, zet nou gewoon in op het verplichte solidariteitsmechanisme waar we al die tijd voor gepleit hebben.

Ten slotte moet er, als de EU haar geloofwaardigheid wil behouden, echt sprake zijn van een toereikend en samenhangend beschermingsniveau in alle 27 lidstaten. Het belang van een werkelijk gemeenschappelijke asielprocedure en bijbehorende status kan niet genoeg benadrukt worden.

1-110

Johannes Blokland, namens de IND/DEM-Fractie. – Voorzitter, het verslag van collega Lambert moet ons tot ernstig beraad aanzetten. De feiten die het verslag beschrijft, zijn verontrustend. Terwijl de Europese Commissie doorgaat met nieuwe initiatieven op het terrein van asiel en legale immigratie, blijkt uitvoering niet te controleren. Een berekening van de kosten, gegevens over asielverzoeken en de behandeling van persoonsgegevens zijn niet adequaat. Ik vind dat een zorgwekkende conclusie. Als het Dublin-systeem al niet naar behoren werkt, hoe zal het dan gaan met de nieuwe initiatieven rond migratie? Kan dit Huis ervan op aan dat de Raad en de Commissie dan wel serieus werk maken van een kostenberekening? Wordt dan de bescherming van de persoonsgegevens wél serieus genomen?

Ik hoor graag welke conclusie de Raad trekt uit het verslag van collega Lambert. Mij is wel duidelijk dat het Dublin-systeem nog niet perfect is. Kan de Raad onderzoeken of bij de nieuwe initiatieven op het terrein van asiel en migratie de uitwisseling van gegevens wél naar behoren functioneert?

1-111

Σταύρος Λαμπρινίδης (PSE). – Κύριε Πρόεδρε, το σύστημα του Δουβλίνου II για τη χορήγηση ασύλου πρέπει επιτέλους να αναθεωρηθεί: πρώτον, διότι δεν είναι πραγματικά ευρωπαϊκό· δεν εγγυάται ουσιαστική αλληλεγγύη και συνδρομή προς εκείνα τα κράτη μέλη που, λόγω της γεωγραφικής τους θέσης, υποδέχονται δυσανάλογα μεγάλο αριθμό αιτούντων άσυλο.

Δεύτερον, και πιο σημαντικό, διότι, ως εκ τούτου, θέτει συχνά σε άμεσο κίνδυνο τις αρχές του ανθρωπισμού και την υποχρέωση της αξιοπρεπούς μεταχείρισης των ανθρώπων που φτάνουν στα σύνορά μας αναζητώντας προστασία.

Είναι γνωστό ότι, κατά καιρούς, πολλά κράτη μέλη είτε αδυνατούν για αντικειμενικούς λόγους να εκπληρώσουν τις υποχρεώσεις που απορρέουν από τον κανονισμό είτε – και αυτό είναι το χειρότερο – κρύβονται πίσω από την έλλειψη ευρωπαϊκής αλληλεγγύης, προκειμένου να δικαιολογήσουν ακόμη και ακραία φαινόμενα παραβίασης ανθρωπίνων δικαιωμάτων από τις αρχές τους.

Πρακτικές όπως η κράτηση υπό απαράδεκτες συνθήκες ακόμη και ανήλικων, αλλά και η μαζική απόρριψη αιτήσεων ασύλου βάσει πολιτικών επιδιώξεων δεν δικαιολογούνται από καμία έλλειψη αλληλεγγύης. Είναι όμως επίσης γνωστό ότι άλλα κράτη μέλη που δεν αντιμετωπίζουν παρόμοια προβλήματα θεωρούν ότι η ανθρωπιστική τους υποχρέωση εξαντλείται σε καταγγελίες κατά άλλων κρατών. Αλλά περί αλληλεγγύης ουδέν.

Έτσι, το Δουβλίνο II στην πράξη έχει καταλήξει σε ένα πιγκ-πονγκ ευθυνών και καταγγελιών μεταξύ των κρατών μελών με μόνον πραγματικό ηττημένο τους αιτούντες άσυλο. Είναι, επομένως, πρωτίστως επιτακτική η ανάγκη θέσπισης ενός πραγματικού κοινού ευρωπαϊκού συστήματος ασύλου.

1-112

VORSITZ: HANS-GERT PÖTTERING
Präsident

1-113

Der Präsident. – Diese Debatte wird nach der Debatte über Georgien weitergeführt.

1-114

20 - Lage in Georgien (Aussprache)

1-115

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgen die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Lage in Georgien.

1-116

Et je voudrais saluer le Ministre français des affaires étrangères, Président en exercice du Conseil, ancien collègue du Parlement européen, Monsieur Kouchner. Bienvenue. Je voudrais saluer aussi le Secrétaire d'État aux affaires européennes, Jean-Pierre Jouyet. Bienvenue. Et spécialement la Commissaire responsable, Benita Ferrero-Waldner. Je souhaite également la bienvenue à Jacques Barrot qui, malheureusement, nous quitte.

1-117

Der Europäische Rat ist ja gerade zu Ende gegangen, aber das wird uns sicher alles Herr Minister Bernard Kouchner selbst mitteilen.

1-118

Bernard Kouchner, président en exercice du Conseil. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les présidents, Mesdames et Messieurs les députés, vous avez bien voulu attendre que le Conseil européen extraordinaire soit terminé et je m'empresse de venir vous présenter ses résultats. Nous avons souhaité – la présidence française a souhaité – que vous soyez immédiatement informés des décisions prises, non seulement parce que nous souhaitons rendre compte de nos travaux en permanence, mais également parce que le Parlement européen s'était montré extrêmement actif depuis plusieurs mois sur la question de la Géorgie. Merci Madame la Commissaire.

Nous avons voulu vous remercier de cela et vous faire part de ce qui s'est passé, vous le savez, le Conseil du 13 août et la réunion de la commission des affaires étrangères du 20 août, où Jean-Pierre Jouyet est venu vous présenter nos conclusions temporaires, provisoires.

Je rappelle que le conflit a commencé il y a vingt ans, en 1991/1992, mais la dernière phase de ce conflit a débuté dans la nuit du 7 au 8 août. Il serait d'ailleurs bon de revenir sur ce commencement, très particulier, et il faudra que les journalistes et les historiens se penchent sur les faits, sur la manière dont ils se sont déroulés en Ossétie et plus particulièrement à Tskhinvali, la capitale de l'Ossétie du Sud.

Donc, la bataille a fait rage dans la nuit, puis le 9 et le 10 août, et nous avons décidé avec mon collègue Alexander Stubb, Ministre finlandais des affaires étrangères, qui est également le Président de l'OSCE, de nous retrouver à Tbilissi dès le dimanche 10 août. Nous avons proposé au Président Saakachvili un accord de cessez-le-feu, qu'il a accepté.

Bien sûr, je passe rapidement, mais c'était important, sur ce que nous avons trouvé là-bas, ce que nous avons vu à Gori, sur les routes, dans cet épisode douloureux de l'entrée et de la pénétration rapide des troupes russes. À moment, la première chose à dire est que nous craignons l'arrivée des troupes russes à Tbilissi. Les troupes étaient à Gori, c'est-à-dire à 45 ou 50 km de Tbilissi. La route était droite et il n'y avait pas beaucoup d'obstacles. Et donc nous pensions, et nous avons quelques raisons de penser, que le but des troupes russes était, comme ils le disaient, de répondre à la provocation et de libérer l'Ossétie du Sud, mais également de se rendre à Tbilissi et d'imposer un changement de gouvernement.

Donc il était tout à fait nécessaire, en tout cas c'est ce que nous pensions, que les troupes s'arrêtent et que le cessez-le-feu intervienne au plus vite. Le cessez-le-feu au plus vite, c'était notre but.

J'ai rejoint le Président Sarkozy à Moscou le lendemain mais, auparavant, après avoir parlé avec des réfugiés du côté géorgien et avec les victimes que j'ai rencontrées à l'hôpital de Gori, j'ai tenu, la présidence de l'Union européenne a tenu à aller écouter le récit des réfugiés de l'autre côté, en Ossétie du Nord, venus de l'Ossétie du Sud après le bombardement sur Tskhinvali dans la nuit du 7 au 8 août. Et j'ai entendu des récits qui, hélas, se ressemblaient en matière de souffrances mais qui, évidemment, présentaient des interprétations bien différentes.

Nous nous sommes rejoints avec le Président Sarkozy à Moscou, où ont eu lieu de longues conversations, durant 5 heures, entre le Président Medvedev, le Premier ministre M. Poutine, le Ministre des affaires étrangères, Serguei Lavrov, le Président Sarkozy et moi-même.

Au terme de ces discussions, assez rudes, il y a eu une conférence de presse, au cours de laquelle le Président Sarkozy et le Président Medvedev ont exposé les six points qui constituaient le protocole d'accord français, protocole qu'il convenait de rapporter à Tbilissi pour acceptation, puisque des modifications avaient eu lieu entre ce premier aller/retour et ce qui allait être notre dernier séjour à Tbilissi, le lendemain.

Deux modifications ont été acceptées par le Président Medvedev et en particulier, d'ailleurs, un point qui portait sur le statut final, dont on comprend qu'il ne souhaitait pas qu'il figure dans le texte.

L'accord de cessez-le-feu a été accepté par le Président Saakachvili et grâce à cette médiation, dont vous pouvez reconnaître au moins que, même si elle n'était pas parfaite – parce que rien n'est parfait dans une situation comme celle-là – elle a été rapide. Cette médiation a donc permis le cessez-le-feu effectif, à quelques tristes exceptions près. Sur le terrain les troupes russes – car c'était le deuxième des six points du document – ont commencé à se retirer le 21 août, c'est-à-dire en réalité presque huit jours après. Mais il y avait eu des mouvements qu'on interprétait différemment, comme c'est toujours le cas, parce que des tanks arrivaient dans un sens puis arrivaient également dans l'autre.

Aujourd'hui, ce retrait n'est pas terminé. Je ne sais pas s'il est terminé mais en tout cas il n'a pas été intégralement effectué. La guerre a pris fin assez vite, puisque le 10 et le 11 août les grandes opérations de guerre, enfin les opérations de guerre, étaient réellement terminées, aux dires d'ailleurs, d'un certain nombre d'observateurs, dont notre ambassadeur de France, Eric Fournier, qui est ici. Mais ce qui n'était pas terminé, et qui a fait des ravages, ce sont les agissements des miliciens d'Ossétie, d'Abkhazie qui, derrière les troupes, russes évidemment, pillaient et, parfois, tuaient, même si, je dois le dire avec beaucoup de précautions, les dégâts n'ont pas été considérables. Je veux dire les dégâts des bombardements n'ont pas été considérables. Ils sont toujours beaucoup trop graves, beaucoup trop grands, ils ont occasionné beaucoup trop de victimes, mais par rapport à ce qu'on nous avait décrit, les dégâts n'ont pas été aussi importants que ce que l'on redoutait, ce qui est une bonne chose.

Ce que nous n'avons pas vu, et ce qu'il conviendrait de voir, et les récits ont été très partiels, c'est ce qui s'était passé en Ossétie. Car s'il était possible de voir, assez vite, les choses en Géorgie, il n'était pas possible de pénétrer en Ossétie, en tout cas pas facilement, et seuls quelques-uns y sont parvenus. Ils ont d'ailleurs proposé des récits bien différents les uns des autres.

Donc le cessez-le-feu – et c'était le premier des six points – a été immédiat et effectif. Il y a eu un cessez-le-feu temporaire et un cessez-le-feu définitif. Le deuxième point concernait le retrait des troupes. Il était précisé que le retrait concernait, pour les troupes géorgiennes, le retrait dans leurs casernes et, pour les troupes russes, le retrait au-delà des lignes qui prévalaient avant la crise. Il y avait un certain nombre d'autres points – dont l'accès de l'aide humanitaire à toutes les victimes. Ensuite, les points précis qui posaient problème étaient le point 5 et le point 6. Une zone avait été consentie dans notre négociation autour de la frontière entre l'Ossétie du Sud et la Géorgie pour que, temporairement, en attendant les volontaires – *observers* – de l'OSCE ou de l'Union européenne, les patrouilles russes soient tolérées. Après il a fallu faire une lettre précise du Président Sarkozy, qui a été publiée, en accord avec le Président Saakachvili, pour préciser que c'était à proximité immédiate de la frontière. Cette frontière étant à certains endroits située à deux kilomètres de la route principale qui coupe la Géorgie, ce n'est pas simple. Donc, il y avait quelques points qui avaient été consentis en attendant – c'était bien précis dans le texte – l'arrivée des observateurs internationaux. On a mis "observateurs" pas "*Peace keepers*", tout cela devra évidemment être précisé. Et puis, le point 6, qui était, d'une certaine façon, le plus important, concernait le règlement politique et les discussions, les négociations internationales, qui devaient présider au règlement politique. Donc, ce protocole d'accord, qui avait été signé par le Président Saakachvili, par l'intermédiaire, d'ailleurs, de Mme Condoleezza Rice – parce que le premier document a été signé mais il a été modifié – puis document avec M. Medvedev, enfin, troisième et dernier document avec le Président Saakachvili, nous ne l'avons pas fait signer. Il était minuit ou une heure du matin, il y avait une grande manifestation. Enfin, nous ne l'avons pas fait signer, il fallait le faire signer ensuite, après quelques corrections, et c'est Mme Condoleezza Rice qui, de passage à Paris, est venue nous rencontrer et à qui nous avons confié le document pour que celui-ci – le document, si j'ose dire, final, en six points – soit signé par le Président Saakachvili. Le résultat immédiat, c'était le cessez-le-feu! Le résultat moins immédiat, mais quand même extrêmement rapide, c'était le retrait non complété des troupes russes. Et puis, les autres points vont maintenant faire l'objet de toute notre attention, de l'attention des vingt-sept pays qui composent l'Union européenne, et de ce Parlement en particulier, puisque le document vient d'être accepté. Je vous rappelle que les conclusions du premier Conseil extraordinaire, du premier Conseil des ministres des affaires étrangères, avaient déjà été acceptées par les vingt-sept pays et prévoyaient notre présence, la présence physique de l'Union européenne sur le terrain. Et depuis, nous avons confié à Javier Solana le soin d'animer cette partie de la PESC. Des observateurs, deux ou quatre Français, ont déjà été envoyés, je crois, dans le cadre de l'OSCE, qui était présente, ou dans un cadre plus large, qui va, je l'espère, être accepté puisqu'hier, dans une conversation entre le Président Sarkozy et le Président Medvedev, celui-ci a fait savoir qu'il accepterait ou même qu'il souhaitait qu'il y ait des observateurs de l'Union européenne, et nous travaillons en ce sens. Donc un résultat horriblement rapide: en trois jours un cessez-le-feu, des troupes arrêtées, qui menaçaient toujours Tbilissi, mais à partir de quelques jours, en gros huit jours, avec quelques mouvements avant la fin de ces huit jours, les troupes russes se sont retirées vers l'Ossétie et vers l'Abkhazie.

Maintenant –je suis tout à fait prêt à répondre à toutes vos questions, mais comme il y en a vingt-cinq mille, cela va nous retenir très longtemps, ce que je ne pensais pas faire, avec le vrai bonheur qui va être le mien – je voudrais vous dire un mot du document accepté maintenant. Évidemment, ce Conseil extraordinaire, je vous le rappelle, a un précédent, convoqué au mois d'août 2003, à savoir la situation en Iraq. Lors de ce Conseil extraordinaire, l'Unité de l'Union européenne avait été mise à mal, c'est le moins que l'on puisse dire. Là, en 2008, l'unité a prévalu et il n'a pas été aussi difficile que nous le pensions de proposer un texte et de le faire accepter, entre ceux qui voulaient absolument des sanctions – quelles sanctions? pour quoi faire? – et ceux qui voulaient absolument maintenir, et sans sanctions, le dialogue avec la Russie. Et vous verrez que ce texte est ferme sur les condamnations mais qu'il laisse la porte ouverte et que nous

n'avons pas souhaité faire un exercice de guerre froide, comme d'aucuns nous le proposent. Nous avons voulu maintenir les liens afin qu'une négociation politique puisse s'engager, ce qui était essentiel pour nous.

Alors, nous avons convoqué ce Conseil européen parce que le Président de la République française, Président de l'Union, a estimé que la crise géorgienne était grave et concernait les Européens au premier plan. Certes, la Géorgie n'est pas dans l'Union européenne, l'Ukraine non plus, je vous le rappelle. Mais, plusieurs États membres avaient aussi souhaité cette réunion et c'est aux portes de chez nous. Je crois que nous avons été bien inspirés car personne en dehors de l'Union européenne, de notre point de vue, n'aurait été capable de faire cela. C'est l'Union européenne qui devait prendre en charge l'ensemble du dossier. Cela ne veut pas dire que nous étions coupés des autres forces - car tel n'était pas le cas, bien-entendu - mais c'était à nous de faire preuve d'initiative, c'était à nous de montrer que l'Union européenne était réactive, surtout, d'ailleurs, dans une situation où les difficultés institutionnelles ne sont pas réglées. L'Union européenne a donc montré au plus haut niveau, qu'elle affichait son unité, et qu'elle souhaite assumer pleinement ses responsabilités. Je pense que par rapport au précédent de 2003, c'est un progrès.

Quels sont les principaux résultats de ce Conseil? Évidemment, et vous verrez le texte, la condamnation des actions militaires et du caractère disproportionné de la réaction de la Russie. Certains voulaient que la série de provocations, qui a probablement précédé le bombardement de Tskhinvali, soit dénoncée. C'est très facile de dénoncer les uns et les autres, mais ce qui compte, quand on veut faire une mission de paix, c'est surtout que l'un et l'autre soient d'accords pour arrêter les combats. Alors, la réaction disproportionnée russe a été soulignée et encore une fois, il faudra que ceux qui étaient sur place puissent nous dire comment ça c'est vraiment passé. Il est certain que ce n'est pas un succès de la part de la Géorgie, qui avait été prévenue très largement, et en particulier par les Américains, que d'avoir provoqué ce sursaut, même si c'était une provocation, que ce sursaut en lui-même est très préparé, ce que j'ignore profondément. Lorsque je suis allé voir les réfugiés russes de l'autre côté, en Ossétie du Nord, j'ai vu d'immenses convois, enfin de gros convois, avec des tanks et des voitures militaires, etc. qui se dirigeaient vers la frontière. Étaient-ils prédisposés, ne l'étaient-ils pas? Je vous laisse le soin d'enquêter vous-mêmes, il semble que, quand-même, ils n'étaient pas loin.

La condamnation, donc, des actions militaires et du caractère disproportionné, la condamnation unanime par les chefs d'État et de gouvernement des vingt-sept États membres de la reconnaissance de l'indépendance de l'Abkhazie et de l'Ossétie du Sud et le rappel de l'attachement de l'Union européenne à l'indépendance, à la souveraineté, à l'intégrité territoriale de la Géorgie, reconnues par le droit international et les résolutions du Conseil de sécurité des Nations unies. La réaffirmation, comme document central, et d'ailleurs il n'en existe pas d'autre, de l'accord en six points obtenu le douze août, dont le Conseil européen a demandé la mise en œuvre complète. Nous avons souscrit l'engagement ferme de mettre en œuvre cette feuille de route. La disponibilité de l'Union européenne à participer au mécanisme international de supervision prévu par le point 5 de cet accord, dont je vous ai parlé, à la fois dans le cadre d'une mission de l'OSCE et par le biais d'un engagement au titre de la politique européenne de sécurité et de défense, dont les modalités devront être définies, et qui sont d'ailleurs en bon chemin, non seulement d'être définies, mais, je crois que les choses avancent très vite.

Je ne vais pas vous détailler toutes les prises de position des uns et des autres, mais, encore une fois, elles n'étaient pas fondamentalement différentes. Les nuances: est-ce que le rappel de la loi internationale et de l'interdiction de modifier les frontières d'un pays voisin par la force constitue une sanction? Non, ce n'est pas une sanction, c'est élémentaire. Donc, il n'y a pas eu beaucoup de différences, il y a eu, ou non, et nous les avons acceptées à la fin, des demandes d'inclure - parce que vous savez que le 9, il y a une réunion entre l'Union européenne et l'Ukraine, or c'est le 8 que nous allons nous retrouver à Moscou avec M. Barroso, Javier Solana et le Président Sarkozy - donc nous avons inclus cette préoccupation. Nous avons donc un rendez-vous le 8 à Moscou et le 8 à Tbilissi, Moscou, puis Tbilissi, pour constater, et nous souhaitons que le constat soit positif, que les troupes russes se seront retirées derrière les lignes qui leur ont été attribuées, c'est-à-dire, au-delà de la frontière entre l'Ossétie et la Géorgie et que les points qui restent autour du port de Poti, des "check-points", des points qui restent autour de la frontière de l'Ossétie et de la Géorgie à l'intérieur du territoire géorgien, auront été remplacés ou seront en mesure d'être remplacés immédiatement, par des observateurs internationaux. C'est ce que nous attendons.

Tout le monde a accepté ce rendez-vous qui complèterait donc la mise en application des six points du protocole d'accord et c'est là-dessus que nous jugerons de la bonne volonté et du suivi politique, avec une conférence que nous proposerons à ce moment là, une conférence internationale, avec, pourquoi pas - puisque depuis près de vingt ans, les Nations unies sont impliquées dans cette affaire, plutôt en Abkhazie qu'en Ossétie d'ailleurs - l'implication d'un certain nombre de partenaires pour que les négociations politiques s'amorcent. M. Medvedev a également accepté, ce qui est un très bon point, que les réfugiés puissent rentrer. Et pas seulement les réfugiés qui sont partis depuis ces derniers événements, c'est-à-dire depuis moins d'un mois, mais les réfugiés qui sont partis depuis les années 1990. Vous me direz que c'est, après tout, extrêmement discutable, puisque, où sont-ils, est-ce qu'ils pourront rentrer, est-ce qu'ils ont besoin de rentrer, est-ce qu'ils en ont le désir de rentrer, etc. Mais, en tout cas, si on veut parler d'autodétermination des peuples, il était nécessaire de faire remarquer que tous ces réfugiés venaient soit d'Abkhazie soit d'Ossétie. Cela a été accepté, nous verrons bien dans quelle mesure cet accord pourra être mis en œuvre.

Je vous donne quelques points et puis je crois qu'on pourra simplement discuter. Je vais vous donner les points qui ont fait l'objet d'amendements ou de petits changements, parce que pour le reste, vous imaginez bien: "gravement préoccupé par le conflit..." etc. Il rappelle que le Conseil européen condamne fermement la décision unilatérale de la Russie de reconnaître l'indépendance de l'Abkhazie et de l'Ossétie du Sud, cette décision est inacceptable et le Conseil européen appelle les autres États à ne pas reconnaître cette indépendance proclamée et demande à la Commission d'examiner les conséquences concrètes à en tirer. Il rappelle qu'une solution pacifique et durable des conflits en Géorgie doit être fondée sur le plein respect des principes d'indépendance, de souveraineté et d'intégrité territoriale reconnus par le droit international, l'acte final de la Conférence d'Helsinki sur la sécurité et la coopération en Europe et les trois résolutions du Conseil de sécurité. Souligne que chaque État en Europe a le droit de déterminer librement sa politique étrangère et ses alliances, etc. Se félicite que l'accord en six points obtenu le 12 août, sur la base des efforts de médiation de l'Union européenne, ait débouché sur le cessez-le-feu, sur un meilleur acheminement de l'aide humanitaire et sur un retrait substantiel des forces militaires russes. La mise en oeuvre de ce plan doit être complète, etc. Ceci n'a pas été discuté.

Jean-Pierre, toi tu me disais quelque chose sur l'amendement anglais sur la Géorgie, moi j'ai: l'Union européenne a déjà apporté une aide urgente, elle est disposée à apporter une aide à la reconstruction en Géorgie, y compris dans les zones d'Ossétie du sud et d'Abkhazie; elle est prête à soutenir des mesures de confiance et de développement de la coopération régionale; elle décide également d'examiner le renforcement de sa relation avec la Géorgie, y compris à travers la facilitation des visas et la mise en place éventuelle d'une zone de libre-échange complète et approfondie dès que les conditions en seront réunies; elle prendra l'initiative de réunir à bref délai une conférence internationale en vue d'aider à la reconstruction de la Géorgie et demande au Conseil et à la Commission d'en engager la préparation. Un point supplémentaire: l'impact de la crise actuelle sur l'ensemble de la région, coopération régionale. Point 8: le Conseil européen décide la nomination d'un représentant spécial de l'Union européenne pour la crise en Géorgie et demande au Conseil de prendre les dispositions nécessaires à cette fin. Et on va ajouter: les événements récents illustrent la nécessité pour l'Europe d'intensifier ses efforts en matière de sécurité de l'approvisionnement en énergie; le Conseil européen invite le Conseil, en coopération avec la Commission, à examiner les initiatives à prendre à cet effet, en particulier en matière de diversification des sources d'énergie et des routes d'approvisionnement. Et enfin, à la demande des Allemands, des Polonais, enfin d'un certain nombre de pays, la fin est ainsi rédigée: "Nous appelons la Russie à faire avec nous ce choix fondamental de l'intérêt mutuel, de l'entente et de la coopération. Nous sommes convaincus qu'il est de son intérêt même de ne pas s'isoler de l'Europe. L'Union européenne, pour sa part, s'est montrée disposée au partenariat et à la coopération dans le respect des principes et des valeurs qui l'animent. Nous attendons de la Russie un comportement responsable, fidèle à l'ensemble de ses engagements. L'Union restera vigilante, le Conseil européen demande au Conseil, avec la Commission, d'examiner attentivement et en profondeur la situation et les différentes dimensions de la relation Union européenne/Russie. Cette évaluation doit être engagée dès maintenant et poursuivie. Le Conseil européen donne mandat à son Président de poursuivre les discussions en vue d'une application intégrale de l'accord en six points. Dans ce but, le Président du Conseil européen se rendra à Moscou le 8 septembre, accompagné du Président de la Commission et du Haut représentant. Tant que le retrait des troupes sur leurs positions antérieures au 7 août n'aura pas été réalisé, les réunions en vue de la négociation de l'accord de partenariat sont reportées." Et il y a un petit additif qui vient au point 3: "Le Conseil attend des résultats pour le sommet de l'Union et de l'Ukraine qui arrive. En attendant les résultats de ce sommet, notre coopération institutionnelle avec l'Ukraine sera intensifiée et accélérée."

(Applaudissements)

1-119

Benita Ferrero-Waldner, *membre de la Commission*. – Monsieur le Président du Conseil, Mesdames et Messieurs les membres de ce Parlement, je souhaite tout d'abord saluer l'engagement politique du Parlement européen envers la Géorgie et je voudrais aussi commencer par saluer les efforts de la présidence française et, surtout, la rapidité des actions entreprises au moment de la crise.

C'est vrai, l'Union européenne, avec la négociation d'un cessez-le-feu et la prompte mise en place de l'aide humanitaire, en particulier par la Commission, a fait preuve de son efficacité. Le Conseil européen aujourd'hui était, je crois, très important et devant la complexité des questions que soulève ce conflit, l'Union européenne doit, et devait, réagir collectivement et définir d'un commun accord les réponses à y apporter. Je vais être brève parce que beaucoup a déjà été dit.

Notre réunion d'aujourd'hui a, je pense, envoyé un message très clair sur la Géorgie, et à la Géorgie, ainsi qu'à la Russie, concernant notre capacité à répondre aux situations de crise et l'unité de l'Union européenne. C'est ce que nous avons toujours demandé.

Deuxièmement, notre unité s'est également exprimée dans la défense de nos valeurs. Dès le début de la crise, comme je l'ai déjà dit, la Commission a contribué aux efforts de l'Union européenne tendant à la stabilisation de la situation humanitaire et sécuritaire en Géorgie, de manière, je pense, assez significative.

L'aide humanitaire: nous avons tout de suite mis à disposition six millions d'euros, qui devraient permettre de faire face aux besoins immédiats de l'ensemble des populations civiles affectées par le conflit. On doit ajouter à cette somme presque

neuf millions d'euros mis à disposition entre-temps par les États membres. Nous avons ainsi réussi à couvrir l'ensemble des besoins humanitaires de première intervention.

En ce qui concerne l'aide à la reconstruction, nous avons envoyé la semaine passée une mission d'experts de la Commission pour effectuer une première évaluation des besoins et, d'après nos premières évaluations, Bernard Kouchner l'a d'ailleurs déjà dit, qui n'incluent pas les zones sous contrôle de la Russie, les dégâts matériels sont considérablement inférieurs aux prévisions. Environ 15 millions d'euros sont nécessaires à la reconstruction et à la réhabilitation. Mais le besoin le plus important concerne le sort des 22 000 personnes récemment déplacées par le conflit. Environ 110 millions d'euros seraient nécessaires pour faire face aux besoins.

Il est important que l'Union se montre prête à apporter un soutien réel à la Géorgie, qui témoigne de notre détermination politique à approfondir nos relations. Tout d'abord, le Conseil a décidé d'envisager un renforcement important de notre aide financière à la Géorgie, notamment pour la reconstruction, que je viens d'évoquer, et pour les réfugiés.

Nous sommes actuellement en train d'évaluer les réserves qui pourraient être mobilisées rapidement sur les dotations budgétaires 2008. Mais il est certain que sans une allocation budgétaire extraordinaire, nous ne serons pas en mesure de mobiliser les fonds nécessaires. Je me félicite déjà du soutien politique général que nous avons reçu aujourd'hui de la part du Président Pörringer à cet égard. Une conférence de donateurs internationaux sera également nécessaire pour donner un signal fort de confiance aux investisseurs.

Il me semble également plus important que jamais de renforcer les instruments de la politique de voisinage pour stabiliser la Géorgie. Et sur la base des conclusions du Conseil européen, nous allons accélérer nos efforts pour préparer, une fois que les conditions seront réunies, la création d'une zone de libre-échange et la facilitation de la délivrance des visas de courte durée

Ce dernier accord sera, bien entendu, lié aussi à un accord de réadmission et il reste essentiel d'encourager les engagements de la Géorgie en matière de démocratie, d'État de droit et de liberté d'expression, et il est crucial d'accélérer les réformes démocratiques et le pluralisme politique.

En ce qui concerne la stabilisation sécuritaire et la mise en œuvre de l'accord d'armistice, effectivement nous appuyons cette mission civile PESD d'observation dont il a déjà été question, qui doit être étroitement liée aux autres actions de l'Union, comme la reconstruction.

Maintenant, un mot sur les relations avec la Russie.

1-120

Russia's actions raise wider questions about the nature of our relations in both the short and long term. Its failure, to date, to honour the six-point plan brokered by the presidency and its decision to recognise Abkhazia and South Ossetia are against the basic principles that underpin international relations.

We have been seeking to rework our relations into a modern partnership to reflect our growing economic integration. I think fundamental mutual interests are at stake – economic interdependence, the need to find common approaches on non-proliferation or counterterrorism or many other international questions – so keeping channels of communication open with Russia was – and is – vital.

However, relations with Russia cannot remain 'business as usual' in the light of recent events. Therefore it was important to strike the right balance between maintaining channels of communication and sending a clear signal to Russia. I think the right approach is for our existing joint work and dialogues to continue but for new initiatives to be put on hold. Therefore the Commission will now review all new initiatives under way to deepen our relations, which then will allow the Council to draw conclusions ahead of the Nice Summit in November.

Regarding long-term implications, recent events will give new importance to some areas of policy. Our commitment in June to developing an Eastern Partnership and a European Neighbourhood Policy does indeed demonstrate the EU's legitimate interests in the region. These policies underline the fact that we will not accept new dividing lines in Europe and that partners like Georgia, Ukraine and Moldova can count on our support for their territorial integrity and sovereignty. We are ready to accelerate and also to submit as soon as possible new proposals for a new Eastern Partnership, certainly before the end of the year but maybe even in the late autumn.

Secondly – and this is my last point – energy is at the heart of our relations with Russia. What we do on energy inside Europe will directly shape our relations with Russia, so we must keep up the momentum to develop a coherent and strategic energy policy for Europe. In conclusion, recent events have posed a real challenge to the European Union. In the coming months, I think we will need to continue to show that we can rise together to the tasks ahead.

Today has been a very important marker. Only through coherent strategy, united positions and concerted action can we defend European interests and values. I applaud Parliament's commitment, and trust that we will all play our parts in ensuring that the Union maintains a strong and a united front.

1-121

Joseph Daul, *au nom du groupe PPE-DE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Président en exercice du Conseil, Madame Ferrero-Waldner, chers collègues, la situation qui prévaut depuis cet été en Géorgie est inacceptable, intolérable et mérite une réponse ferme et déterminée de la part de l'Union européenne.

La Russie a les mêmes droits et les mêmes devoirs que l'ensemble des États de la communauté internationale. L'un de ces devoirs c'est de respecter la souveraineté, l'intégrité territoriale et surtout de ne pas violer les frontières internationalement reconnues. Or, en envahissant et en occupant le territoire géorgien, et en reconnaissant l'indépendance des provinces géorgiennes sécessionnistes d'Ossétie du Sud et d'Abkhazie, les autorités russes ont bafoué, l'un après l'autre, chacun de ces trois principes fondamentaux du droit international.

L'Union européenne doit se montrer active dans la résolution de ce conflit et je félicite la présidence française pour son attitude proactive. Nous devons nous montrer à la hauteur de l'espérance des milliers de Géorgiens qui crient leur détresse dans les rues de Tbilissi.

Mon groupe invite la Commission, le Conseil et l'ensemble des États membres à faire preuve à la fois d'unité, mais aussi de fermeté vis-à-vis de notre voisin russe. L'Union européenne ne peut se contenter de condamner verbalement ces violations systématiques des règles internationales. Notre groupe considère que l'Europe doit utiliser les moyens dont elle dispose et, en particulier, ses outils politiques et économiques pour faire pression sur la Russie et la pousser à respecter les accords qu'elle a signés. Nous appelons la Russie à honorer tous les engagements qu'elle a pris lors de la signature de l'accord de cessez-le-feu, en commençant par le retrait immédiat et total des troupes russes du territoire géorgien et la réduction de la présence militaire russe en Ossétie du Sud et en Abkhazie. Nous condamnons aussi les pillages perpétrés par les forces d'invasion russes et les mercenaires qui les accompagnent, comme vous l'avez très bien dit, Monsieur le Ministre.

Nous sommes extrêmement préoccupés par le sort des populations géorgiennes d'Ossétie du Sud qui ont été déplacées de force, même après la signature de l'accord de cessez-le-feu, et nous appelons fermement les autorités russes et sud-abkhazes à garantir le retour de ces populations chez elles. Nous appelons le Conseil et la Commission à réviser leur politique à l'égard de la Russie, y compris les négociations sur l'accord de partenariat au cas où ce pays ne respecterait pas ses engagements au regard du cessez-le-feu. Nous appelons également le Conseil et la Commission à contribuer fortement aux mécanismes internationaux qui seront mis en place par le règlement du conflit, y compris par le biais d'une mission PESD sur le terrain.

Monsieur le Président, chers collègues, cette crise met en évidence les faiblesses de l'Union européenne dans plusieurs domaines sensibles: tout d'abord notre approvisionnement énergétique. Plus que jamais, il faut assurer la sécurité de l'approvisionnement énergétique de l'Europe. Nous devons développer et protéger les alternatives aux infrastructures russes de transport de l'énergie. Et d'autre part, il apparaît comme une évidence que le rôle de l'Union européenne pourrait être bien plus important dans la gestion de cette crise si la politique européenne de sécurité et de défense était renforcée. Le traité de Lisbonne permet ce renforcement. Nous appelons donc les États membres qui ne l'ont pas encore ratifié à le faire le plus rapidement possible. Notre groupe estime que le seul moyen d'assurer la stabilité et la sécurité des deux côtés de l'Atlantique est de développer la coopération sur une base égalitaire entre l'Union européenne et les États-Unis.

Nous rappelons enfin que la Géorgie a vocation à rentrer dans l'Alliance atlantique à terme. Mesdames et Messieurs, l'heure est grave et l'Union européenne ne doit pas manquer cette occasion de se montrer ferme et déterminée vis-à-vis de la Fédération de Russie, aussi grande et puissante soit-elle. Il y va de la crédibilité de l'Union européenne, de la stabilité de l'ensemble de la région, de la protection de nos voisins les plus proches et même des États membres de l'Union. Et je vous fais aussi un appel pour que les relations avec l'Ukraine soient également reprises très rapidement, Monsieur le Président du Conseil. Je vous remercie de votre attention et vous demande la plus grande fermeté.

1-122

Hannes Swoboda, *im Namen der PSE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Ratspräsident, Frau Kommissarin! Seit einigen Tagen gibt es Inserate mit dem Text „Lenin - Stalin – Putin“ und der Frage „give in?“. Nun ist das etwas einfach, denn es war doch zu Lenins Zeiten, als Südossetien zu Georgien kam, wobei es etwa 18.000 Tote und etwa 50.000 Vertriebene gab. Abchasien kam zu Georgien zu Stalins Zeit. Hier sollte man bei der Wahrheit bleiben und alle Seiten berücksichtigen. Der ehemalige erste Präsident Georgiens, Swiad Gamsachurdia, der jetzt wieder groß in Mode ist, hat gesagt: „Das ossetische Volk ist ein Unrat, den wir durch den Roki-Tunnel hinauskehren müssen.“ Man sollte auch diese Seite des georgischen Nationalismus sehen.

Aber nichts davon – das sage ich ganz klar, und Martin Schulz hat es bei mehreren Gelegenheiten gesagt – nichts davon rechtfertigt die russische Intervention, die ja schon seit Jahren läuft. Sie ist Ausdruck eines imperialistischen Gehabes, und

wir haben immer wieder gesehen, wie Russland die bestehenden Minderheitenkonflikte entsprechend ausgenutzt hat. Wir haben immer wieder Drohungen und Boykotte erlebt, die wir absolut nicht akzeptieren können. Damit will ich keine Fehler – weder vom Westen noch von Saakaschwili – leugnen. Aber Russland hat bezüglich seiner Nachbarn immer wieder versucht, interne Konflikte für sich auszunutzen.

Auch die Anerkennung Kosovos ist keine Rechtfertigung für diese Aktion. Denn die Europäische Union hat immer klar und deutlich versucht, eine internationale multilaterale Lösung zu bekommen. Russland hat das nicht versucht. Die Europäische Union hat immer klar und deutlich auch die serbische Minderheit im Kosovo unterstützt und wird das auch weiterhin tun. Was hat Russland getan? Es hat zumindest zugeschaut bei der Vertreibung von Georgiern aus Südossetien und Abchasien, und ich hoffe, dass Monsieur Kouchner Recht hat, wenn er sagt, dass es jetzt eine andere Politik geben wird.

Jetzt muss sich die Politik der Europäischen Union klar und deutlich darauf konzentrieren, unseren Nachbarn Unterstützung und Rückhalt zu geben. Wir haben schon seit einiger Zeit eine Union für das Schwarze Meer vorgeschlagen. Wie immer man auch diese Konstruktion bezeichnet, es ist klar, dass die gegenwärtige Nachbarschaftspolitik gestärkt und verstärkt werden muss und dass wir alle in der Region einladen müssen, von der Türkei bis Kasachstan, die ein Interesse an der Integrität und der Stabilität dieser Region haben.

Wenn Russland bereit ist, zu einer Politik der Zusammenarbeit und des Respekts gegenüber den Nachbarn zurückzukehren, ist auch Russland eingeladen, hier mitzumachen. Derzeit fühlt sich Russland durch die hohen Energiepreise besonders stark. Aber wir alle wissen, dass dies keine gesunde wirtschaftliche Basis ist, die Russland da hat, und dass Russland gerade von der Partnerschaft und der Zusammenarbeit mit Europa viel zu gewinnen hat. Wir jedenfalls müssen uns darauf konzentrieren, unseren Nachbarn eine klare Unterstützung zu geben. In diesem Sinne, Herr Ratspräsident, darf ich sagen: Die Schlussfolgerungen, die Sie beschlossen haben, sind gute Schlussfolgerungen, und sie bilden eine gute Basis, weil sie klar zum Ausdruck bringen, was realistisch ist, was wir durchhalten können. Ich hoffe, dass wir in diesem Parlament eine ähnlich klare konsensuale Lösung finden können wie der Rat, damit wir gestärkt mit einer Stimme in der Europäischen Union sprechen können.

(Beifall)

1-123

Graham Watson, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I am a little surprised by the President-in-Office's speech tonight, as indeed I am by its delivery from the *podium d'honneur*.

The conflict in the Caucasus is one for which both sides must take responsibility, as you have said, President-in-Office. So why do the Council's conclusions not reflect this?

President Saakashvili cannot have believed that military intervention would evoke no response from Russia. Equally, Russia's reaction was disproportionate.

You said, '*Les dégâts n'ont pas été considérables*,' and yet Commissioner Ferrero Waldner has given us the figures and this House will be called on to agree to pay the bill!

On one thing we do agree with you: we must condemn Russia's actions; they are indefensible, but we will not dissuade the Russian bear by backing Medvedev into a corner. Dialogue and engagement will defuse tensions better than isolation. That is the lesson of the Cold War, and the Union – as with the Helsinki Process – has a central role to play.

This conflict highlights the need for us to build a common foreign and security policy. And though Member States hold diffuse views about Russia, your presidency was quick to negotiate its six-point plan and for that credit is due.

The plan may not be perfect, but it has brought an end to violence and it should be fully implemented, including Russian withdrawal from the Black Sea port of Poti.

But what steps should the Union take now? The Council is right to agree a crisis-management and reconstruction fund and the rapid deployment of humanitarian assistance. Now it must designate an EU representative who will make both sides listen.

The Union is right to send observers, but they must replace Russian peacekeepers, which will mean commitment from those Member States which are not already stretched militarily on other fronts.

Europe should convene a trans-Caucasian peace conference, bringing together all sides in the search for the settlement of unresolved conflicts.

But the Union should start in one area of glaring inconsistency which requires little more than ministerial fiat to fix. End the anomaly whereby Georgian citizens with Russian passports have freer access to the European Union, because this encourages them to adopt Russian citizenship. Georgians should have the same access to Europe as Russians, although this could be achieved by freezing the visa facilitation agreement with Russia.

In strengthening our neighbourhood policy, how can we ensure continued cooperation with Russia while showing that a full 'strategic partnership' is no longer credible? What more can we do to cut Europe's dependence on Russia's energy supplies? You did well to strengthen the text of your conclusions in that regard. Russia must of course face the consequences of its illegal actions, perhaps including a discussion on the future of the Sochi Winter Olympics just 40 km from the border.

Can Russia's behaviour be considered in keeping with the Olympic Charter? No. Solving these matters requires determination, foresight and patience. That is a challenge that this Union must meet and I am afraid, President-in-Office, one that we must meet before we offer you your *vin d'honneur*.

1-124

Der Präsident. – Ich möchte jetzt zum nächsten Redner sagen, dass wir uns in der Konferenz der Präsidenten beim nächsten Mal damit befassen werden, welche Fraktion die nächste ist, weil es schon einen Einspruch gibt. Für heute machen wir es so, dass jetzt für die Union für das Europa der Nationen Herr Szymański an der Reihe ist. Wir werden uns am Donnerstag mit dieser Frage befassen, weil mir keiner sagen kann, warum das so ist. Man muss die Frage systematisch klären.

1-125

Konrad Szymański, w imieniu grupy UEN. – Pani Komisarz! Panie Przewodniczący! Panie Ministrze! Rosja nie realizuje trzech z sześciu punktów porozumienia negocjowanego w naszym imieniu przez prezydenta Sarkozy'ego. Tym samym odebrała sobie prawo do bycia partnerem Europy. Dlatego w tym sporze chodzi dziś także o wiarygodność Unii Europejskiej.

Pomoc humanitarna, odbudowa Gruzji, porozumienia wizowe, handlowe – to za mało. Rosja musi dobrze poczuć, na czym polega samoizolacja. Inaczej nie damy jej nawet szansy na rewizję swojej polityki. Inaczej będziemy ją utwierdzać w przekonaniu, że wolno jej wszystko. Poczucie postępującej izolacji politycznej i ekonomicznej w perspektywie kolejnych wyborów prezydenckich w roku 2012 jest jedyną szansą na wątpliwości i podziały w obozie władzy w Moskwie. Ta agresja nie może się Moskwie opłacać.

Potrzebna jest rewizja naszej polityki energetycznej. Uzależnienie od Rosji ogranicza pole europejskiego manewru już dziś. Czy chcemy pogłębienia tego procesu? Państwa członkowskie powinny czym prędzej odstąpić od budowy gazociągu północnego i południowego. Jeśli tych dalekosiężnych wniosków nie wyciągniemy, narażamy się na marginalizację i śmieszność.

1-126

Daniel Cohn-Bendit, au nom du groupe Verts/ALE. – Monsieur le Président, Monsieur le Président en exercice, Madame la Commissaire, chers collègues, je crois que, dans la situation actuelle, il y a à discuter de ce qu'on fait tout de suite. Je crois que ce que le Conseil a décidé, ce qui a été fait, est dans l'ordre du possible, et on peut toujours négotier, maintenant, s'il n'aurait pas fallu faire tout de suite un conseil extraordinaire, un Conseil des chefs de gouvernement extraordinaire pour montrer notre cohésion, mais soit.

Je crois qu'il faut maintenant poser quelques questions fondamentales. La question fondamentale, c'est effectivement notre position face à la Russie, notre coopération face à la Russie et comment on veut, en fait, régler ces problèmes du Caucase. Parce qu'il y a le Nagorny Karabach; vous pouvez maintenant avoir des conflits en permanence et donc, le Président Sarkozy peut se retrouver en permanence confronté à de telles situations – il pourrait prendre une chambre au Kremlin et y rester indéfiniment, ce serait aussi une possibilité.

Je crois la chose suivante: premièrement, Monsieur Daul, s'il y a quelque chose à ne pas discuter, c'est l'intégration de la Géorgie et de l'Ukraine dans l'OTAN. C'est la chose vraiment la plus idiote maintenant, parce que cela veut dire qu'on n'arrivera pas, politiquement, à aller plus loin. Est-ce que la Géorgie ou l'Ukraine entreront dans l'OTAN quand les réformes de l'OTAN auront lieu? Peut-être, je n'en sais rien. Mais ce n'est vraiment pas la question aujourd'hui.

Vous croyez que si la Géorgie avait été dans l'OTAN, l'article 5 aurait été mobilisé? Mais bien sûr que non! Donc, il ne faut pas dire n'importe quoi. D'un autre côté – et je suis d'accord avec M. Watson – comment contrôler des actions comme celles du Président Saakashvili, car nous sommes d'accord sur le fait que l'action de la Russie est inacceptable, mais il est inacceptable qu'un Président géorgien décide de bombarder une ville, pour quelque raison que ce soit! S'il y a des provocations, on répond autrement mais on ne bombarde pas.

Donc, il y a un vrai problème politique. Et le problème politique, nous proposons de l'aborder de la manière suivante: proposons à la Géorgie, proposons à l'Ukraine un partenariat privilégié comme première étape vers une possible intégration. Intégration qui peut avoir lieu s'il y a une réforme fondamentale de l'Europe, etc. Mais, ayons des instruments politiques et non pas seulement des instruments économiques et sociaux pour faire pression sur ces classes politiques. L'avenir dans l'espace européen veut dire que c'est un avenir qui justement extirpe de ces pays le nationalisme.

Reprenons la phrase de François Mitterrand: "le nationalisme c'est la guerre". Le nationalisme géorgien, le nationalisme russe, le nationalisme abkhazien et le nationalisme d'Ossétie du Sud, c'est la guerre! Et nous, l'Europe, nous devons dire "notre perspective, c'est de dépasser cela". Donc, en proposant une perspective européenne, on propose aussi de mettre sur la table les valeurs européennes, car si le nationalisme perdure dans ces régions, on ne trouvera pas de solution.

1-127

Francis Wurtz, au nom du groupe GUE/NGL. – Monsieur le Président, Monsieur le Président du Conseil, Madame la Commissaire, vis-à-vis de la crise du Caucase, adopter une position pro-géorgienne ou pro-russe ne peut conduire que dans l'impasse. C'est une évidence aveuglante depuis l'éclatement de l'Union soviétique il y a dix-sept ans, dans cette région aux tensions récurrentes et aux tracés de frontières contestés, où la mémoire collective est hantée par les traumatismes hérités des guerres et des violences successives, où la mosaïque ethnique et religieuse et l'accumulation des rancœurs et des humiliations offrent un terreau dangereusement fertile au nationalisme. Dans ce contexte, l'irresponsabilité politique se paye cash. Et cela vaut pour tout le monde. Cela vaut pour le Président géorgien: il n'a cessé, depuis son élection en 2004, de flatter l'esprit de revanche concernant les territoires sécessionnistes; il a poussé toujours plus loin son allégeance à l'administration Bush et à sa politique de confrontation dans la région; il a fait donner l'assaut contre l'Ossétie du Sud, un assaut à propos duquel M. Van den Brande, l'un des rapporteurs de l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe, chargé du suivi des problèmes de la région, a déclaré avoir été – je le cite – "bouleversé par les récits des réfugiés faisant état de pilonnage et de bombardements intensifs et à l'aveugle de Tskhinvali et de destruction de zones résidentielles". Cette stratégie est désastreuse pour la Géorgie, pour le Caucase et pour l'Europe.

La leçon vaut pareillement pour la direction russe. La brutalité de la riposte, y compris contre des populations civiles, la prolongation de l'occupation de secteurs stratégiques du territoire géorgien, l'expulsion de populations géorgiennes d'Ossétie du Sud et la reconnaissance unilatérale de l'indépendance de deux territoires sécessionnistes, sont autant d'actes qui ruinent l'intérêt suscité dans plus d'un pays européen par les premières initiatives internationales du nouveau Président. La Russie a tout à perdre au retour à une période d'isolement politique en Europe et dans le monde.

Enfin, l'Occident tout entier serait bien inspiré de mesurer les dommages inouïs d'ores et déjà causés par l'aventurisme américain et le suivisme européen dans cette partie du continent. La stratégie d'élargissement sans limites de l'OTAN, le bombardement de la Serbie, puis la reconnaissance de l'indépendance unilatéralement proclamée du Kosovo, le soutien à l'installation du bouclier antimissiles sur le sol européen, sans parler de la glorification outrancière de dirigeants de la région pourtant sujets à cautions dès lors qu'ils se proclament anti-russes et pro-occidentaux, tous ces choix témoignent d'une politique à courte vue, digne de l'actuelle Maison Blanche, mais indigne d'une politique européenne de sécurité. Cette stratégie de la militarisation des relations internationales et de la confrontation politique a fait faillite sous nos yeux. Aussi, en plus de l'envoi sur le terrain d'observateurs européens, dans le cadre de l'OSCE, la priorité de l'Union devrait-elle être d'enrayer l'escalade à tout prix pour explorer au plus vite, et sans arrogance, les voies possibles vers l'élaboration d'un nouveau traité paneuropéen pour la sécurité et la coopération légalement contraignant et intégrant tous les problèmes en suspens: l'intégrité territoriale, l'inviolabilité des frontières, le sort des conflits gelés, le non-recours à la force, le désarmement, jusque, et y compris, la sécurité d'approvisionnement énergétique. Ce défi est certes plus difficile à relever aujourd'hui qu'hier mais hors d'une telle perspective, je crains que le pire soit à venir. En adoptant notre position, rappelons-nous que ce premier septembre est la journée internationale de la paix.

(Applaudissements)

1-128

Bernard Wojciechowski, on behalf of the IND/DEM Group. – Mr President, I come from a country whose history is marked by war and suffering. Poland supports endeavours for peace everywhere. It is imperative that this goal be achieved.

The East European countries, the so-called 'Baltic States', inspired by their leaders, want the European Union to show that Russia will pay some unspecified price for its military action in Georgia. This can be depicted as a classic example of political orthodoxy which assumes that Russia pursues nothing but imperial goals.

This traditional mindless attitude to Russia, full of empty platitudes, seems to be humiliating because it can be perceived, for example by Russia, as a clinical example of a response by a few hot-headed politicians.

The European Union needs Russia as much as it needs Georgia, if not more. Therefore, it is imperative that the European Union should not be a party to this conflict or take sides with either Russia or Georgia. The European Union must show

the world that its policy is independent of the United States and, at the same time, is a friendly policy based upon a full partnership.

Russia is the EU's third-biggest trading partner, accounting for half a trillion dollars in European goods. Can we afford to risk that kind of relationship?

There is no doubt that the European Parliament is a genuine co-legislator with the Council under the codecision procedure. However, is it really an equal partner in the matter of the EU's foreign affairs?

Minister, you spoke to us after everything seems to have been decided on Georgia. Let me ask then: is the voice of the European Parliament supposed to mean nothing? What is this debate for when everything has been arranged and done?

1-129

Sylwester Chruszcz, *w imieniu grupy NI*. – Pani Komisarz! Wybuch walk na Kaukazie jest ściśle związany ze sprawą Kosowa. Przeciwnicy rozbioru Serbii, do których sam należę, od początku zwracali uwagę na to, że jednostronna decyzja kosowskich Albańczyków, poparta przez Waszyngton i wiele stolic europejskich, otwiera puszkę Pandory i ożywi wiele podobnych konfliktów na świecie. Jak ten w Gruzji, gdzie decyzją prezydenta Saakaszwilego zaatakowano cywilów w Osetii. A przecież Abchazowie i Osetyńczycy to narody, które na swoich terenach żyją od wieków, mają własną kulturę i tożsamość narodową oraz raz po raz wybijały się na niepodległość, którą zabrał im Stalin przed II wojną światową.

Ale Serbia i Gruzja to najlepszy przykład, że na forum międzynarodowym są po prostu równi i równiejsi, a prawo międzynarodowe jest interpretowane przez silniejszych sojuszników. Również z poparciem wielu osób na tej sali doszło do zdemolowania ładu europejskiego. Przywróćmy w Europie pokój, porządek prawa międzynarodowego, przywróćmy ten ład! Niech państwa, które poparły rozbiór Serbii, wycofają się z uznania Kosowa, a Rosja z uznania Osetii i Abchazji. Jeśli bowiem rozbiór Serbii uznany przez USA i dużą część Unii jest dobry, to dlaczego podobna operacja w Gruzji miałaby być zła. Chciałoby się powiedzieć: Szanowni Państwo! Mniej hipokryzji!

1-130

Bernard Kouchner, *Président en exercice du Conseil*. – J'ai bien compris que ma grande faute, Monsieur Watson, était d'avoir parlé de ce podium. Si vous n'avez que ça à me reprocher, je fais amende honorable, parce que la dernière fois que je suis venu, j'ai parlé depuis ce podium et je n'étais pas chef d'État. Enfin, tout le monde peut se tromper.

Il y a un certain nombre de questions auxquelles je pourrais tenter de répondre et d'autres, vraiment, pour lesquelles cela me sera impossible. Il est évident, Monsieur Daul, que nous souhaitons tous, plus encore à la faveur de cette crise, et c'est une des priorités de la présidence française, qu'une politique de défense européenne soit menée à bien. Que signifie "à bien"? En tout cas qu'on recommence ce processus qui, à partir de Saint-Malo, nous a permis de disposer au moins d'une entente, puis de construire tout cela, l'entraînement commun, etc. Nous allons le faire, je l'espère. En tout cas, cela s'impose, mais pas parce que cette crise méritait une réponse militaire. Pas du tout! Parce que cela aurait été pire que tout que de penser à répondre à l'envahissement des Russes de la Géorgie par une réponse militaire. D'ailleurs je ne crois pas que les bateaux qui sont arrivés en mer Noire aient été une vraie réponse, les uns ont des missiles, les bateaux aussi, etc. À mon avis, ce n'est pas ce qu'il convient de faire. De l'avis de la présidence française, c'est le contraire. Mais, en revanche, pour pouvoir bénéficier d'une défense européenne solide et nous en avons besoin, il faut que le traité de Lisbonne soit accepté et cela nous ramène aux difficultés institutionnelles qui sont les nôtres. Oui, il faut absolument que nous trouvions la sortie de cette crise institutionnelle.

L'OTAN, honnêtement, je ne pense pas que ce soit la réponse actuelle. C'est une fausse réponse dans la mesure où, en effet, si nous avons voté pour le MAP à Bucarest, cela n'aurait strictement rien changé, car je crois que personne n'était disposé à faire la guerre pour la Géorgie. Je dis cela sans cynisme. Je dis cela parce que c'était le raisonnement qui, à l'origine de toutes les rencontres et conversations que nous avons pu avoir, faisait véritablement l'unanimité. Cela ne veut pas dire – car nous l'avons dit – que ni la Géorgie ni l'Ukraine n'ont le droit de devenir membres de l'OTAN.

Mais il y a aussi quelque chose qu'il faut considérer. C'est difficile de le dire maintenant, donc je serai là-dessus extrêmement discret, mais il y a un pays Russie qui, depuis vingt ans, s'est estimé mal traité. Je crois que pour une part, en particulier ici, avec l'Union européenne, c'était un peu vrai. Nous n'avons pas su trouver le langage pour parler à la Russie. Nous n'aurions peut-être pas réussi, mais je pense que, en tout cas, nous n'avons pas constaté suffisamment que des changements étaient intervenus, parce qu'après tout, la Géorgie, il y a vingt ans, était elle aussi dans l'orbite soviétique, elle était aussi un pays communiste. Et des deux côtés, il y a un exercice de démocratie véritablement inachevé. Je pense que, comme pour tous les pays, le problème se posera plus tard pour l'Ukraine et pour la Géorgie, mais je ne pense pas franchement que c'eût été la réponse.

En revanche, vous avez raison, il faut qu'il y ait un renforcement de nos relations avec l'Ukraine, ce qui est mentionné dans ce papier et qui, d'ailleurs, est également vrai pour la Géorgie. On parlera tout à l'heure de partenariat privilégié.

À M. Swoboda, je dirai que – c'est une anecdote – j'ai tenu à aller voir la maison de Staline à Gori, parce que c'est à Gori qu'elle se trouve. Il est né dans cet endroit. Alors on peut dire qu'il a dessiné sur la carte des petits ronds rouges pour marquer qu'il y avait des autonomies possibles, en tout cas des communautés qui n'étaient pas. Il connaissait bien la région et déjà l'Ossétie et l'Abkhazie, ne s'entendaient ni avec les Géorgiens ni avec le reste de l'environnement. On n'a pas attendu cette crise pour voir qu'il y avait des conflits. Qu'est-ce qui est pire que les Balkans? Le Caucase. Qu'est-ce qui est pire que le Caucase? Les Balkans. Je n'en sais rien, mais ce qui se passe là-bas est quand même très copieux et si on va un tout petit peu plus loin, puisqu'on pense à ce qui s'est passé en Tchétchénie, que je réprouve profondément, on s'aperçoit que les alliés des Tchétchènes, c'était les Abkhazes contre la Géorgie.

Laissons tout cela dans l'histoire, mais il sera peut-être nécessaire d'y revenir. Rien ne justifie, vous l'avez dit et j'approuve cela, rien ne justifie cette réaction, rien. Mais il faudra quand même voir comment cette succession de provocations s'est déroulée, parce que, honnêtement, les récits sont tellement divergents qu'on se trouve très gêné. Quand on est à Moscou et qu'on négocie ce document, on dit: Comment? Il aurait fallu laisser mourir les nôtres et permettre des bombardements? N'oubliez pas les premiers chiffres. Je ne les discute pas parce que je n'ai vraiment aucun moyen de contrôler, mais les Russes ont tout de suite parlé de 1 000 à 2 000 morts, ce qui n'est sans doute pas vrai, parce que les seuls gens qui soient allés sur place, c'est-à-dire *Human Rights Watch*, ont parlé de quelques centaines. Ils ont fait état de centaines, même de douzaines. Je n'en sais rien. En tout cas, c'était une réaction qui, théoriquement, était justifiée par le nombre très important des victimes et une fois de plus, je suis allé écouter les réfugiés en Ossétie du Nord et les récits étaient effrayants. Les grenades dans les sous-sols où se réfugiaient les enfants, je ne les ai pas inventées. Ce n'était peut-être pas vrai, mais quand même, il y a un accent qui ne trompe pas. Des réfugiés, j'en ai vu beaucoup dans ma vie. Ils étaient complètement effrayés, ils avaient parcouru, pendant les deux jours, ce chemin à travers le tunnel. Ceci doit être également vérifié.

Donc, une politique de voisinage, vous avez tout à fait raison, mais d'ailleurs c'est ce que tentent de faire les Turcs en ce moment. Les Turcs ont mis en place ce qu'ils appellent une plateforme régionale et ils veulent se faire parler la Russie, qui a déjà accepté, l'Azerbaïdjan, l'Arménie, et - c'est eux qui s'en chargent -, évidemment la Géorgie et la Turquie. Je trouve que c'est une bonne idée et j'ai, au nom de la présidence, accepté de les rencontrer très vite. D'ailleurs M. Babachan devait être là aujourd'hui pour qu'on puisse voir comment on pourrait échanger nos expériences, mais vraiment, je partage votre analyse sur la nécessaire politique de voisinage. Mme Benita Ferrero-Waldner doit m'approuver aussi. C'est ce qu'il convient de faire. C'est notre grand voisin. Et si on n'est pas capables de trouver les chemins du dialogue avec la Russie, nous aurons vraiment beaucoup de difficultés, d'autant que vous avez entendu M. Medvedev dire hier que les sanctions pouvaient être appliquées dans les deux sens et que lui aussi savait le faire. Les sanctions, quand d'un côté on fournit le gaz et de l'autre on ne veut pas le recevoir, ce n'est pas exactement la même chose. Donc, il faut voir les choses avec assez de réalisme. C'est lui qui tourne le robinet, pas nous.

Monsieur Watson, concernant les chiffres que vous avez donnés, je partage votre sentiment. Qu'a fait M. Saakachvili? Lorsque nous avons discuté un petit peu avec lui, puisque je l'ai vu deux fois, il disait qu'il avait – enfin, n'entrons pas dans cette discussion, parce que je serais certainement partial et je n'ai pas assez d'informations – mais il disait qu'il avait été obligé de répondre aux provocations. Il voyait les autres, en face, préparer les batteries, et en particulier les fusées Grad. Ils arrivaient et se plaçaient dans les villages géorgiens autour de la capitale de l'Ossétie. Qui croire? Je n'en sais rien. En tout cas, certains conseillers disaient cela ne s'est pas du tout passé comme la presse internationale le raconte. Pas grand monde de crédible dans cette affaire, vraiment. Comme observateur, vous savez que le problème n'est pas réglé. Nous avons essayé et Javier Solana dit qu'il faut les appeler observateurs, nous les appelons donc observateurs et dans le texte, c'est marqué observateurs. Des *peace keepers*, c'est autre chose, parce que ça nécessiterait, de la part des Russes, le retrait complet de ceux qui ont participé à la bataille mais, dans les résolutions aussi bien en Abkhazie qu'en Ossétie, il y en avait deux tiers un tiers en gros. Et deux tiers étaient des responsables du maintien de la paix, des officiers du maintien de la paix russes et le reste des Géorgiens et les uns et les autres s'accusent, accusent les forces de maintien de la paix qui étaient décidées par l'OSCE et par l'ONU, d'avoir participé des deux côtés, dès le début de la bataille. Donc, il me semble que cela ne pourra pas durer ainsi et envoyer des *peace keepers*, c'est une opération plus lourde que nous tenterons de mettre sur pied, bien sûr, mais pour le moment, ça va être difficile. Conférence internationale pour régler les conflits gelés. Bon, pour le moment, essayons d'avoir une conférence concernant l'Ossétie, ce qui est le plus urgent, et puis l'Abkhazie.

Sur les passeports, je ne sais pas qui a soulevé ce problème des passeports. Oui, les passeports sont distribués, étaient distribués vraiment très très largement, et donc les gens que j'ai vus, les réfugiés ossètes se sentaient citoyens russes, ce qui évidemment est très pervers. Ils se sentaient citoyens russes, ils étaient accueillis en Russie et ils ont été défendus comme des citoyens russes. Quand on sait qu'apparemment cela se passe de la même manière en Crimée, on ne peut qu'être très inquiet. Donc, il va falloir aborder ce problème avec les Russes de façon extrêmement à la fois subtile et décidée. Ils distribuent à des populations qu'ils jugent russes. Mais on ne peut pas dire cela sans se souvenir que les frontières de la Russie ont été assez arbitrairement tracées entre M. Gorbatchev et M. Eltsine, à toute allure et sans tenir compte de l'histoire. Alors je ne rentre pas dans ce problème, je ne veux pas m'appesantir sur le fait que Kiev a tout de même été la capitale de la Russie et que la Crimée constitue l'accès aux mers chaudes. Mais si on s'imaginait que les Russes allaient abandonner le seul tunnel qui passe entre l'Ossétie du Nord et l'Ossétie du Sud, c'est-à-dire qui traverse le Caucase, c'était une erreur. Il faut comprendre ces contradictions de l'histoire et ces contradictions de la géographie aussi, pas du tout pour donner un *satisfecit* à l'un ou à l'autre. La présidence de l'Union européenne n'a pas porté de jugement moral d'un côté ou

de l'autre. On a dit que c'était excessif, que ce n'était pas le moyen de régler le problème, qu'il ne fallait pas bombarder la nuit cette ville et qu'il ne fallait pas attaquer de façon aussi lourde en réplique. Mais encore une fois, il faudra qu'on sache un petit peu comment cela s'est passé.

M. Szymański, pas plus de trois points, vous m'avez dit. C'est déjà pas mal, personne n'a essayé d'en faire même un seul en dehors de nous. Alors, il y a eu trois points et il s'agit des trois les plus importants: le cessez-le-feu, le retrait des troupes et l'accès de l'aide humanitaire. Nous n'aurions fait que cela, nous n'aurions pas trop à rougir. Je pense que c'était très important de commencer par là. Pour les trois autres, attendons, bien sûr attendons le 8, parce que à partir de là, rien ne sera interdit en matière de pression. Nous déciderons tous ensemble, les 27 pays du Conseil, le Parlement, que nous aurons pris l'habitude entre-temps de consulter - et d'ailleurs l'habitude est prise par Jean-Pierre et moi-même de vous consulter et d'être avec vous en permanence - nous déciderons de ce que nous devons faire. Rien n'est acquis. Si le 8, nous constatons que vraiment le mouvement est pratiquement entamé, d'accord. Mais si rien n'est fait, nous devons revoir toute notre copie. C'est tout à fait clair. L'agression ne peut pas payer. Bien sûr, elle ne peut pas payer, mais qui fait payer le prix? J'aime bien les donneurs de leçons qui disent, à propos de l'armée russe: qu'est-ce que vous attendez? Que fallait-il faire? Je constate que les gens les plus décidés et un certain nombre de gens qui, en ce moment, d'ailleurs demain, visitent la Géorgie et qui étaient très décidés dans des répliques foudroyantes, ne vont rien faire du tout. Et je pense, comme Francis Wurtz, que depuis très longtemps, on encourageait la Géorgie à se montrer, comment dirais-je, robuste, virile. Je crois que ce n'était pas un bon conseil parce qu'encourager un pays à se montrer vindicatif, ou en tout cas décidé à résister, quand on ne lui en donne pas les moyens, cela ne me paraît pas bien et j'ai senti avec le gouvernement là-bas, que non seulement ils étaient évidemment très malheureux, et puis qu'il y avait des victimes et que les Géorgiens étaient dans la rue et ne savaient pas à quel saint se vouer, mais qu'il y avait aussi quelque chose comme un sentiment d'abandon chez eux. On leur avait tant promis, on leur avait beaucoup promis et on n'a pas tenu beaucoup.

Pour le gazoduc Nabucco, bien sûr qu'il y a des explications comme celle-là. D'ailleurs c'est un pipeline, c'est du pétrole qui passe par là. Évidemment, tout cela, il faut en tenir compte, dans un sens comme dans l'autre. Et d'ailleurs, cela nous ramène à ce que vous avez dit. Je vous signale qu'en réalité, M. Daul, il n'y a pas que cela comme priorité de la présidence française, il y a aussi l'énergie et c'est une façon alors là de vraiment renforcer - c'est dans le texte - notre attention portée sur l'énergie, sur les énergies renouvelables, bien entendu.

Monsieur Cohn-Bendit, que fait-on tout de suite? Nous, on a fait ce qu'on a pu, à savoir essayer d'arrêter la guerre. Il se trouve que ce n'était pas parfait, que le document n'a rien de parfait, qu'il était même rapidement écrit et qu'il a fallu se battre entre les deux délégations pour arriver à une sorte de cohérence. Elle n'est pas parfaite du tout. Enfin, ça a marché, pour le moment. Ce n'est pas suffisant, mais ça a marché. Alors, je suis tout à fait d'accord, il y a d'autres endroits difficiles, le Nagorny Karabach, le Nachichevan, et autres. Il y a plein d'endroits - et je ne pense pas d'ailleurs que les Russes s'y intéressent au même titre -, je parle du Nagorny Karabach, mais à d'autres endroits sûrement, et en particulier la Crimée. Il n'y a aucun doute. Et ce n'est pas insulter les Russes que de dire que nous sommes attentifs à ce qui s'y passe. C'est vraiment notre devoir.

Sur l'OTAN, je vais encore dire quelque chose avec beaucoup de précaution. Lorsque, au sommet de Bucarest, nous avons - les six pays fondateurs de l'Europe quand même - voté en défaveur, enfin on n'a pas voté, on n'a même pas eu à voter, puisqu'il fallait l'unanimité, on n'a pas eu à voter. L'explication a été vraiment très difficile et les six pays fondateurs ont dit c'est notre voisin, il faut considérer qu'on n'a pas su entretenir ou construire des rapports suffisants avec ce grand pays et qu'on n'a pas à lui donner le sentiment complet du siège, une espèce de siège permanent. Et je crois qu'on avait raison. Maintenant, on peut parler des batteries de missiles anti-missiles installées en Pologne, en République tchèque aussi. C'est vrai que ce n'est pas non plus une façon de dialoguer, bien qu'ils ne soient pas tournés vers la Russie, mais ce qui est important, sans doute plutôt du côté de l'Iran et notre politique vis-à-vis de l'Iran, c'est-à-dire le maintien absolu des six ensemble, c'est avec la Russie quelle pourra être menée, et cela c'est très important, parce que je crois qu'on aurait beaucoup à perdre à ne pas conserver ces canaux de partenariat.

Comment contrôler les actions de M. Saakachvili? Je n'en sais rien, mais on ne bombarde pas une ville la nuit. Oui, je crois qu'on ne bombarde pas une ville la nuit. Encore une fois, je ne sais pas quel a été le niveau de ce bombardement, mais comment pouvait-on s'attendre à une autre réaction de la Russie ayant commis cela? Je ne comprends pas.

Je voudrais juste faire une toute petite remarque à propos de la citation de François Mitterrand. François Mitterrand a dit: "Un peu de nationalisme, c'est la culture et ça constitue une nation. Trop de nationalisme, c'est la guerre." Je voulais rectifier cela.

À Francis Wurtz, c'est sur le mot "guerre froide", qu'il n'a pas employé et qu'il a employé comme un repoussoir, que je voudrais revenir, parce que à chaque fois, on a beaucoup entendu, "alors est-ce que c'est le retour à la guerre froide?" Mais cela ne peut pas être le retour à la guerre froide. D'abord parce que ce n'est pas du tout les mêmes circonstances historiques. Il peut y avoir des animosités, mais je suis d'accord qu'il faut condamner absolument cette expression. En revanche, on nous a beaucoup opposé la nécessité non pas de parler, mais de reconstituer deux blocs l'un contre l'autre. Et cela, un certain nombre de membres de cette noble assemblée, en tout cas leurs pays, pensaient à cela. Il fallait retrouver ce

choc frontal. Je suis absolument en désaccord avec cela. Vraiment, c'est le contraire de ce qu'il faut faire, et cela ressemblerait évidemment, moins l'idéologie, à la guerre froide. Cela ne veut pas dire qu'il faut absolument accepter toutes les manifestations hyper nationalistes comme on l'a fait. Il faut trouver une voie pour se parler et maintenir ces canaux. C'est ce que nous essayons de faire.

Je rappelle à Francis que plusieurs des propositions sont celles de M. Medvedev, dans le traité de sécurité que tu as cité. Enfin, bon, il n'a pas l'air de mettre cela en application tout de suite. Peut-être le fera-t-il plus tard. Il l'a proposé le 5 juin, à vous tous. Il lui a été répondu que c'était intéressant et qu'il fallait le prendre au mot. Mais aussitôt nous avons été rattrapés par, quand même, un petit vent de panique.

L'Union aurait besoin d'une politique indépendante des États-Unis, grand pays indépendant. M. Wojciechowski, c'est ce que nous avons fait. L'Union européenne a besoin d'une politique indépendante des États-Unis, indépendante de la Russie, une politique de l'Union. C'est ce que nous avons essayé de faire. La première réaction de nos amis américains lorsque nous avons décidé de nous entremettre n'était pas très amène. Ils ont pensé que nous ne devions pas le faire et très vite, ils se sont aperçus qu'au contraire, comme ils sont très pragmatiques, c'était ce qu'il convenait de faire. Et ensuite, ils ont été, puisque c'est Mme Condoleezza Rice ayant été elle-même faire signer le protocole en six points, ils ont été, disons, coopératifs. Puis ils ont été extrêmement critiques, non pas contre le document en six points mais contre le fait que les Russes ne l'avaient pas respecté, bien entendu. Cela, je le comprends. Nous aussi, nous avons été critiqués.

Dernier point: la boîte de Pandore et le Kosovo. Cela, je voulais vous en parler. Écoutez, il y a une facilité intellectuelle à comparer le Kosovo à l'Ossétie, une facilité intellectuelle que vraiment, je n'approuve pas. Alors si on dit qu'il y a un petit peuple qui éprouve par je ne sais quel prurit nationaliste le besoin de s'émanciper et que c'est la même chose. Non! D'abord, dans le Caucase, les gens ont l'habitude de s'entre-déchirer véritablement très violemment avec beaucoup de profit pour le meurtre depuis des siècles. Ce n'est pas du tout le cas entre le Kosovo et la Serbie, mais ce qui était différent dans le Kosovo et la Serbie, c'était l'unanimité d'un groupe, 98 % des Kosovars, et surtout la décision internationale. Cela n'a pas été parce que nous avons bombardé avec l'OTAN la Serbie - cela a été fait après près de deux ans de groupe de contact, dans lequel figurait la Russie et une conférence de Rambouillet, qui a duré plus d'un mois, et dans laquelle tout le monde a été d'accord sauf M. Milošević. Ce qui a déclenché l'ensemble, et j'en termine, c'est quand même la décision de M. Milošević en 1999 au "Champ des merles", à Obilić, de déclarer qu'il n'y avait plus d'autonomie, de chasser les Kosovars de l'ensemble de l'administration et de faire venir de Belgrade des Serbes pour les remplacer, si bien que M. Ibrahim Rugovar, de la ligue démocratique du Kosovo, a dû faire des écoles souterraines et des hôpitaux clandestins. Ce n'est vraiment pas la même chose. Le processus a été accepté par l'opinion internationale parce qu'il y avait eu toute une démarche internationale. Le président finlandais, Martti Ahtisaari, a fait un document que tout le monde a accepté à l'ONU et qui disait "Ils n'arrivent pas à s'entendre". Et j'en termine parce qu'il y a des haines qui ne sont pas franchissables. Et je suis désolé, j'ai senti – je fais très attention à ce que je dis – dans les discours des Ossètes par rapport aux Géorgiens quelque chose qui ressemblait à cette haine inextinguible, qui s'appuyait sur des dizaines d'années et des siècles, sans doute, d'opposition. Cela ne veut pas dire qu'un jour on n'y arrive pas, mais il faut du temps et plusieurs générations, je crois.

1-131

PRZEWODNICZY: MAREK SIWIEC

Wiceprzewodniczący

1-132

Elmar Brok (PPE-DE). – Herr Präsident, Herr Ratspräsident, Frau Kommissarin! „Le nationalisme, c'est la guerre!“ Das ist das exakte Zitat aus François Mitterrands Rede im Europäischen Parlament, ohne Einschränkung. Ich glaube, daraus kann man lernen und das ist die europäische Einigung, dass man nicht mehr die Abrechnung der Vergangenheit vollziehen will, sondern dass man einen Neuanfang machen will, um Krieg und Diktatur in Europa auf Dauer unmöglich zu machen.

Ich möchte der französischen Ratspräsidentschaft sehr herzlich dafür danken, dass sie durch ihr schnelles Eingreifen den Krieg beendet hat und dass sie heute eine Entscheidung des Europäischen Rates herbeigeführt und damit die Einheit zum Ausdruck gebracht hat. Die Einheit ist das wichtigste Signal. Es ist Einheit darüber zum Ausdruck gebracht worden, dass wir den Bruch des Völkerrechts nicht akzeptieren, dass wir Krieg und das Einschreiten in fremde Länder nicht akzeptieren und dass wir nicht akzeptieren, dass demokratisch gewählte Regierungen destabilisiert werden und man in ein Land eingreift und es besetzt. Es ist daher wichtig, dass man sagt, dass über das PKA nicht verhandelt wird, solange der Punkt 5 des Waffenstillstandsabkommens nicht eingehalten wird – nämlich der Rückzug auf die Positionen vor dem 7. August –, und dass bis zum Gipfel im November geprüft wird, ob der Waffenstillstand mit allen sechs Punkten in Gang gesetzt wurde und eingehalten wird.

Es ist wichtig, dass wir deutlich machen, dass man Dinge nicht akzeptiert, aber – damit wir nicht in eine Eskalationsschraube reinkommen – dass wir gleichzeitig deutlich machen müssen, dass Gesprächskanäle offen gehalten werden müssen. Vor allen Dingen müssen wir uns selbst stärken, und uns selbst stärken heißt auch, unsere Freunde zu stärken. Das heißt, sofortige Infrastrukturhilfe ohne viel Bürokratie an Georgien zu leisten. Das heißt, sich an Friedensmissionen in Georgien zu beteiligen und an Maßnahmen, die im Rahmen der OSZE und der Vereinten Nationen

möglich sind. Wir müssen deutlich machen, dass die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen ein richtiger Weg sind, wie auch unsere Vorschläge, die wir im Parlament entsprechend dem polnisch-schwedischen Vorschlag gemacht haben, oder unser Vorschlag für einen Europäischen Wirtschaftsraum-Plus zeigen.

Dies gilt nicht nur für Georgien, sondern auch für Länder wie Moldawien und insbesondere die Ukraine. Ich glaube, dass das klare Signale sind, mit denen wir positiv vorgehen. Wenn wir dabei in der Lage wären, zu erkennen, dass dies von uns noch viel besser gemacht werden könnte, wenn wir nicht immer die Suppe auslöffeln müssten, die uns andere eingebrockt haben, sondern wir eine europäische Außenpolitik, den Vertrag von Lissabon mit den entsprechenden Mechanismen und präventive Stärke hätten, so dass eine solche Situation gar nicht zustande käme, dann wäre dies eine Politik, die wir vorantreiben sollten. Diese Krise sollte uns deutlich machen, dass wir als Europäische Union selbst stärker werden, wenn wir Krieg verhindern und in eine glückliche Zukunft gehen wollen.

1-133

Jan Marinus Wiersma (PSE). – Voorzitter, ik sluit mij aan bij de woorden van veel collega's dat de reactie vandaag van de Europese Top op de gebeurtenissen van de afgelopen maand de juiste is. Er is met één stem gesproken en de kalmte is tegelijk bewaard. Maar de EU - en dat blijkt ook uit de verklaring van vandaag - heeft in duidelijke woorden laten blijken dat wat daar gebeurd is, met name ook de reactie van Rusland, niet acceptabel is en dat de disproportionele reactie van Rusland op de militaire ontwikkelingen in Georgië veroordeeld moet worden.

Tegelijk wordt door alle partijen gezegd dat het gebruik van militair geweld niet de juiste oplossing is en ik beschouw dat ook als een impliciete kritiek op de handelwijze van de Georgische regering, die met de militaire activiteiten is begonnen. Uit deze reactie blijkt ook dat wij vinden, en terecht, dat we zo niet de problemen oplossen in Europa, dat dat niet in overeenstemming is met de veiligheidsafspraken die we hebben en die gemaakt zijn in het verleden rond de problemen met Zuid-Ossetië en Abchazië in Georgië.

Ik neem ook afstand van de uitspraken van de minister van Buitenlandse Zaken van Rusland, Lavrov, dat de manier waarop Rusland gereageerd heeft, de toon zet voor de nieuwe buitenlandse politiek van Rusland in de regio rond Rusland. Ik denk dat de Europese Unie er alles aan moet doen om mijnheer Lavrov en de Russische regering ervan te overtuigen dat dit niet de manier is waarop we in Europa proberen zaken op te lossen of onze belangen door te drukken. Samenwerking is het parool, niet eenzijdig handelen.

Ik herinner me discussies de afgelopen jaren over het optreden van de Bush-administratie. Ik hoop dat we niet in dezelfde discussie terechtkomen met Rusland. Daarom is het ook zo belangrijk dat de Raad vandaag onder leiding van de Franse voorzitter nog eens de aandacht heeft gevraagd en de nadruk heeft gelegd op dat zes-puntenplan, met name het teruggaan naar de militaire status quo ante. Daarmee legt hij een basis voor een internationaal mechanisme om de vrede te handhaven en vooral ook voor een internationale discussie over de toekomstige status van Zuid-Ossetië en Abchazië en neemt hij afstand, terecht, van de erkenning door Rusland van de onafhankelijkheid van die twee separatistische staatjes.

Dat is ook de inzet van een missie naar Moskou die volgende week plaatsvindt op het allerhoogste niveau en die nogmaals druk moet uitoefenen op Moskou om aan die zes punten uitvoering te geven. In die omstandigheden is het ook logisch dat gezegd is: zolang over die uitvoering geen duidelijkheid, geen overeenstemming is, praten we even niet verder over het nieuwe partnerschapsakkoord.

Deze crisis stelt hoge eisen aan de Europese Unie. Terecht nemen we de leiding bij het zoeken naar oplossingen. Er is geen alternatief. De NAVO kan het niet, de OVSE is te zwak, Amerika heeft niet de positie die wij hebben, de VN kunnen door de blokkades in de Veiligheidsraad geen bemiddelende rol spelen. De Top van vandaag was eensgezind, laat dat zo blijven.

1-134

Marco Cappato (ALDE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ci troviamo in effetti a commentare le decisioni prese e credo che di fronte a dati così diversi sui morti, i crimini e gli eventuali crimini di guerra, sarebbe necessario da parte dell'Unione europea proporre che l'inchiesta si faccia a livello internazionale e, se necessario, con il coinvolgimento della Corte penale internazionale.

Per il resto, riguardo alle cause del punto dove siamo arrivati, il Presidente Kuchner ha detto della Georgia che c'è stato chi li ha incoraggiati troppo a sentirsi robusti e a fare la voce grossa. Questo è sicuramente vero, però allora diciamo che c'è anche chi li ha scoraggiati a sentirsi europei e questi siamo stati noi, come Unione europea, perché la vocazione europea della Georgia e del popolo georgiano è un dato di fatto che noi non abbiamo voluto considerare: a centinaia avevano firmato un appello del Partito radicale alle fine degli anni '90 per una prospettiva europea che noi non gli abbiamo dato!

Ecco perché, e termino, la Conferenza internazionale di cui si parla è bene che coinvolga i popoli non rappresentati di tutta l'area e riguardi le prospettive politiche e strategiche europee per quell'aerea.

1-135

Inese Vaidere (UEN). – Godātie kolēģi! Šīsdienas galotņu tikšanās koncentrējas uz palīdzības sniegšanu Gruzijai. Tas ir nepieciešams, bet arī Krievijai ir pienākums finansiāli piedalīties Gruzijas atjaunošanā. Kam gan vēl jānotiek, lai Eiropas Savienība adekvāti izvērtētu Krievijas lomu notikušajā un rīkotos tā, lai nekas tāds neatkārtotos? Vispirms ir jāatzīst, ka tā bija plānota Krievijas agresija, kuras sākums bija sistemātiskas provokācijas pret Gruziju daudzu mēnešu garumā. Ja Krievijas agresija un separātisko apgabalu neatkarības atzīšana nesaņem adekvātu pretreakciju, tad tas būs skaidrs signāls, ka var tāpat rīkoties tālāk. Galu galā arī Eiropas Savienības valstīs ir daudz Krievijas pilsoņu, kurus tā gatava aizstāvēt. Ir daudzas lietas, kas Krievijai ir vajadzīgas no mums, bet mēs sistemātiski izlaižam no rokām iniciatīvu. Pirmkārt, ir jāiesaldē vīzu režīma atvieglojumu līgums ar Krieviju. Vienlaikus tas jānoslēdz ar Gruziju. Otrkārt, līdz brīdim, kad Krievija ir pilnībā atbrīvojusi okupētās teritorijas, ir jāaptur partnerības un sadarbības līguma darbība. Treškārt, ir jāpanāk, lai tā saucamie Krievijas miera uzturēšanas spēki tiktu aizvietoti ar starptautiskajiem miera uzturētājiem, respektējot Gruzijas teritoriālo integritāti. Es ierosinu arī aicināt Starptautisko Olimpisko komiteju atkārtoti izsludināt konkursu par ziemas spēļu rīkošanu 2014. gadā, jo to rīkošana autoritārā valstī tikai rada problēmas. Mēs nedrīkstam bailīgi satraukties par tā saucamā dialoga pārtraukšanu. Šobrīd dialogs ir pārvērties par vienpusēju piedāvājumu izteikšanu no mūsu puses un noteikumu pārkāpšanu no Krievijas puses. Ir jāsaprot, ka tikai stingra rīcība varētu likt Krievijai izvēlēties 21. gadsimta valsts cienīgu pozīciju. Krievija ir tikai viena valsts. Tā nav īpaša.

1-136

Marie Anne Isler Béguin (Verts/ALE). – Monsieur le Président, chers collègues, je vous ai représentés en Géorgie lors de mon déplacement mandaté par notre Président, du 12 au 17 août, et j'ai apporté notre soutien au peuple géorgien, je les ai rassurés en leur disant que l'Union européenne ne les abandonnerait pas. Je remercie donc la présidence pour les efforts qui ont été faits en vue d'agir très rapidement en Géorgie.

Bien sûr ce règlement du conflit est un test pour l'Union européenne, on le sait, et l'Union a répondu enfin – dirais-je. Car en fin de compte, à quel prix? Au prix, encore une fois, de citoyens innocents, car, finalement, chers collègues, cette histoire était écrite. Depuis combien de temps certains d'entre nous prêchent-ils dans le désert? Même ceux qui aujourd'hui disent qu'il faut aller vers l'intégration, donner des perspectives d'adhésion à l'Union européenne, auparavant nous répondions "attendez, soyons raisonnables". Aujourd'hui nous avons la guerre, nous avons la guerre entre la Russie et la Géorgie. Lorsque nous disions que ce n'était pas un conflit entre la Géorgie et l'Abkhazie et l'Ossétie du Sud, mais que c'était un conflit entre la Russie et la Géorgie, personne ne voulait entendre. Et, aujourd'hui, nous avons une guerre derrière nous. Donc, effectivement, l'histoire était écrite, car il ne suffit pas de remonter à quelques événements ou à quelques heures avant le 11. Revenons à l'année 2005, lorsque la Russie a mis son veto pour avoir des garde-frontières sur la frontière russo-géorgienne. Personne n'a répliqué et même la France – je m'excuse Monsieur le Président – la France a refusé, lorsque nous avions demandé des forces de l'OSCE sur la frontière. Personne n'a réagi. Lorsque les Russes ont violé l'espace aérien de la Géorgie, nous n'avons, à nouveau, pas répondu et l'escalade s'est amplifiée. Aujourd'hui, cette guerre malheureuse a eu lieu et il faut reconstruire. Il faut reconstruire mais il faut également régler le conflit. Une conférence pour la reconstruction, oui, mais une conférence pour la résolution du conflit. Et je vous demanderai peut-être de prendre modèle sur ce qui a été fait au Kosovo, c'est-à-dire de mettre en place une administration civile internationale. Et les forces de paix... Quel citoyen géorgien aujourd'hui pourrait accepter que l'armée russe joue le gendarme?

(Le Président retire la parole à l'orateur)

1-137

Tobias Pflüger (GUE/NGL). – Herr Präsident! Ich will mich zuerst einmal für die Sachlichkeit dieser Debatte bedanken, die größer ist als am 20. August bei der Sondersitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten. Lassen Sie uns Klartext reden! Der georgische Präsident Saakaschwili hat einen militärischen Angriff befohlen. Damit hat der eigentliche Krieg begonnen, und eine Spirale der Gewalt ist in Gang gesetzt worden. Dazu zu schweigen, heißt, den Beginn des eigentlichen Krieges zu verleugnen. Die Angriffe insbesondere auf die Zivilbevölkerung in Zchinvali sind klar zu verurteilen. Gleichzeitig ist die militärische Reaktion, vor allem die Form der militärischen Reaktion Russlands und die Angriffe auf die Zivilbevölkerung insbesondere in der Stadt Gori, klar zu verurteilen. Der Einsatz von Streubomben ist auch in diesem Konflikt von beiden Seiten durchgeführt worden. Das ist unerträglich. Das humanitäre Völkerrecht, das Kriegsvölkerrecht wurde von beiden Kriegsseiten klar verletzt.

Allerdings habe ich sehr häufig gehört, dass allein Russland für die jetzige Situation verantwortlich sei. Das ist nicht der Fall, und ich bin froh, dass die französische Ratspräsidentschaft da eine ausgewogenere Position eingenommen hat. Und ich bleibe dabei: Die Anerkennung Südossetiens und Abchasiens sind völkerrechtlich vergleichbar mit der Anerkennung Kosovos. Diese haben die westlichen Staaten durchgeführt und damit tatsächlich eine Büchse der Pandora geöffnet. Der Westen, die NATO und die Europäische Union sind in die Eskalation dieses Konfliktes und in diesen Krieg in Georgien stark involviert. Die USA haben georgische Truppen von Irak nach Georgien gebracht, und eine Reihe von westlichen Staaten – NATO-Staaten, EU-Staaten – haben Georgien aufgerüstet. Auch Israel hat Georgien aufgerüstet, und der Militäraufmarsch von NATO-Marinetruppen im Schwarzen Meer ist nicht unbedingt etwas, was ein Zeichen für Frieden gibt. Wir wissen, bei diesem Krieg sind geopolitische Interessen mit im Spiel. Ich nenne nur die Öl-Pipelines.

Der Konflikt darf nicht missbraucht werden, um eine Militarisierung der Europäischen Union voranzutreiben. Die EU war als ziviler Akteur erfolgreich. Wenn man jetzt einseitig Partei nimmt, macht man sich als Vermittler unglaubwürdig. Wir

stehen an der Schwelle zu einem kalten Krieg, und die Entscheidung, in welche Richtung es gehen wird, ist offen. Und wir haben den 1. September. Der 1. September wird als Antikriegstag begangen. Das sollte man ganz klar in Erinnerung rufen: Krieg darf nicht sein und darf auch nicht indirekt oder direkt von Staaten aus dem Bereich der Europäischen Union unterstützt werden.

1-138

Bastiaan Belder (IND/DEM). –Voorzitter, het naakte Russische machtsvertoon op Georgisch grondgebied vandaag de dag, tracht een dubbele etnische zuivering te legitimeren, in Abchazië in de vroege jaren '90, en in Zuid-Ossetië de afgelopen maand augustus, en baseert zich ook op het massaal verstrekken van Russische paspoorten in genoemde gebieden. Wat kan en moet de Europese Unie tegen deze brute herleving van de imperialistische ideeën in het Kremlin-beleid stellen? Een dieper en sterker Europees "ja", transatlantisch engagement richting onze oostburen conform het Zweeds-Poolse voorstel van oostelijk partnerschap. Ik ben commissaris Ferrero-Waldner dankbaar dat zij daar duidelijk over gesproken heeft.

Daarnaast spoort de huidige Georgische situatie de lidstaten op een acute wijze aan werkelijk ernst en haast te maken met een gezamenlijk buitenlands energiebeleid, met energiediversificatie. Daarbij behoren vanzelfsprekend pijpleidingen die onbedreigd onder controle staan van de soevereine staten waardoor zij lopen.

1-139

Jim Allister (NI). – Mr President, it is hard to avoid the conclusion that Europe has been impotent in the face of Russian aggression. Whereas condemnation has greeted Russia's effective annexation of parts of the sovereign state of Georgia, even the tone from within the EU has varied.

The message of ambivalence will not be lost on Moscow. It is hardly shaking in its boots over the divided mutterings of Europe.

Without a robust response to Russian aggression, I fear these matters will not end with Georgia. Is Ukraine next, one has to wonder? And what will it take, with the EU now having made itself wittingly so dependent on Russian energy, to eventually permit an effective response?

If the last few weeks have demonstrated anything, they have been an object lesson in the unworkability of a common foreign policy in this EU. It has merely delivered the paralysis...

(The President cut off the speaker.)

1-140

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE-DE). – Señor Presidente, el Consejo Europeo se ha reunido esta mañana para fijar la posición en relación con tres desafíos —nos lo ha explicado el señor Kouchner—. En primer lugar, reacción desproporcionada; quebrantamiento de la legalidad internacional; invasión y ocupación, que todavía permanece, de un Estado soberano; desconocimiento de un plan de paz, firmado gracias a la diligencia de la Presidencia en ejercicio de la Unión Europea, y reconocimiento de la independencia de Osetia del Sur y Abjazia, que, curiosamente, invocándose el precedente de Kosovo, han sido rápidamente reconocidas por Venezuela, por Belarús y por Hamás: «Dime con quién andas y te diré quién eres».

Sobre la base de estos desafíos, la respuesta del Consejo Europeo del día de hoy ha sido muy clara: estamos en una encrucijada en las relaciones con Rusia. Tenemos que ser serios, señor Presidente, así no podemos continuar. Están en juego el prestigio y la credibilidad de la Unión Europea; y la Unión Europea no se puede limitar a firmar el cheque de los grandes dramas contemporáneos.

A pesar del excelente trabajo de la Comisaria, señora Ferrero-Waldner, nosotros, como Unión Europea, no estamos solamente para pagar los daños y los destrozos que los rusos han hecho en Georgia o los que hacen los israelíes en Palestina: tiene que haber una verdadera política exterior.

Y yo le pediría, señor Jouyet, que, cuando el día 8, el Presidente de la Unión Europea, el señor Sarkozy, visite Moscú, solamente en aras de un afán de coherencia de los principios que nosotros practicamos y queremos en la Unión Europea, transmita una advertencia clara y un mensaje contundente y creíble, en el sentido de que saltarse a la torera las reglas y la legalidad internacional, y violar la integridad territorial de un Estado soberano no salen gratis en las relaciones con la Unión Europea. Esto es importante, tiene que tener consecuencias, señor Presidente, y, en ese sentido, nos va mucho a todos en ello.

1-141

Véronique De Keyser (PSE). – Monsieur le Président, cet été, de part et d'autre, on a quelque part essayé de nous forcer la main avec, outre ce drame tragique, deux conséquences immédiates: premièrement la signature quasi immédiate du bouclier antimissiles par la Pologne – même tourné vers l'Iran, c'est un problème; deuxièmement, l'engagement de l'Union européenne de financer la reconstruction de la Géorgie, alors qu'on sait très bien que le budget des relations extérieures ne

le permet pas, vous l'avez dit Madame la Commissaire, et qu'il est dramatiquement sous-financé et je vous appuie: il faudra trouver d'autres sources de financement, sinon nous ne pourrons pas y faire face.

Alors je pense qu'il faut arrêter cette escalade et mon groupe et moi-même sommes en faveur de rapports clairs, voire durs, avec la Russie, notamment sur les problèmes énergétiques, sur les droits de l'homme, sur le droit international, mais pas pour le retour à la guerre froide.

Je mets en garde aussi contre l'entrée précipitée dans l'OTAN et dans l'Union européenne de pays qui ne présentent pas encore les garanties nécessaires. Et j'invite la présidence française, que je félicite pour son action rapide de cet été, à se pencher sur l'Union de la Mer noire, comme elle l'a fait pour l'Union pour la Méditerranée.

Enfin, je dis à mes collègues de l'Est, et spécialement aux Baltes, nous ne sommes plus en 1938 mais en 2008, nous ne laisserons pas bégayer l'histoire.

(Le Président retire la parole à l'orateur)

1-142

Lydie Polfer (ALDE). – Monsieur le Ministre, chers collègues, en janvier de cette année, j'avais, en tant que rapporteur sur le Caucase du Sud, rendu attentif au danger d'une course effrénée aux armements et insisté sur l'importance du règlement pacifique des conflits hérités de l'ère soviétique et nous avons suggéré l'organisation d'une conférence trois plus trois, c'est-à-dire les trois pays du Caucase plus l'Union européenne, la Russie et les États-Unis. Depuis, et Mme Isler l'avait rappelé, nous avons proposé d'accorder les mêmes droits aux Géorgiens qu'aux Abkhazes concernant les facilités de visas. Entre-temps, nous savons ce qui s'est passé, une action militaire, une réponse disproportionnée, mais le fait est que deux pays qui avaient déclaré vouloir adhérer aux valeurs européennes en devenant membres du Conseil de l'Europe, ont bafoué ces principes en faisant usage de la violence. C'est inacceptable, ça doit être dénoncé et ce ne sera pas oublié de sitôt.

L'Europe, qui entretient des relations importantes avec les deux, doit jouer un rôle pondéré et équilibré pour revenir à une politique plus raisonnable et c'est pourquoi il était important de parler d'une voix et je suis très heureuse que cela ait été possible, même sans le traité de Lisbonne ...

(Le Président retire la parole à l'orateur)

1-143

Przewodniczący. – Szanowni Państwo! Przypominam, że czas, który został Państwu przydzielony, został przydzielony przez grupy polityczne. Państwo zdecydowaliście zaakceptować minutowe wystąpienia i to wymaga wyjątkowej dyscypliny wypowiedzi. W związku z tym proszę wybaczyć mi, że przerywam te wypowiedzi.

1-144

Vittorio Agnoletto (GUE/NGL). – Signor Presidente, l'Ossezia e l'Abkhazia di oggi sono il Kosovo di ieri. Nessuno tra i tanti governi che oggi invocano la pace in Georgia può negare le proprie responsabilità: gli Usa e gran parte dei paesi europei, riconoscendo il Kosovo, hanno costituito un precedente che sarebbe stato destinato a destabilizzare l'area caucasica! Gli Usa, attraverso l'ampliamento della NATO fino ai confini con la Russia, hanno una responsabilità politica, prima ancora che militare, di aver spinto la Georgia al colpo di mano nella notte tra il 7 e l'8 agosto. Tblisi, infatti, attaccando l'Ossezia del Sud, pensava di poter contare sulla protezione, anche militare, statunitense.

Un attacco ingiustificabile che ha colpito civili e fatto a pezzi i già fragilissimi accordi. Una risposta, quella russa, preparata da tempo e che attendeva solo l'occasione per dispiegarsi in tutta la sua violenza. In questa vicenda non vi sono governi innocenti! Le uniche vittime sono le popolazioni civili, indipendentemente dalla loro appartenenza, obbligate ad abbandonare le proprie case e vittime di ogni sorta di violenza.

Assistiamo ad una guerra dove alle aspirazioni nazionalistiche delle *leadership* locali si sovrappone lo scontro tra le grandi potenze per il controllo delle risorse energetiche: i gasdotti e gli oleodotti che dall'Asia centrale sono diretti all'Occidente sono la vera ragione del conflitto. Nella regione caucasica, infatti, passano sia le rotte che attraverso la Turchia raggiungono il Mediterraneo, sia quelle della Georgia che attraverso l'Ucraina arrivano in Polonia. Non è un caso che proprio alla Polonia gli Usa abbiano chiesto di ospitare i propri missili puntati ad Oriente.

L'Europa deve lavorare per una soluzione pacifica, chiedendo sia il ritiro delle truppe russe dal territorio georgiano, sia il diritto all'autodeterminazione delle popolazioni. L'UE deve innanzitutto aiutare i rifugiati ed evitare qualunque azione politica destinata a far precipitare ulteriormente la situazione. Va rifiutata ogni disponibilità all'entrata della Georgia nella NATO, va richiesto il ritiro della flotta USA dal Mar Nero e alla Polonia la rinuncia dell'installazione dei missili USA. Dobbiamo esser certi che i nostri aiuti non saranno utilizzati per acquistare armi e che i rifugiati non saranno usati come strumento di guerra dalle parti in conflitto!

1-145

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, beaucoup d'orateurs, à commencer par M. le Président en exercice du Conseil, Bernard Kouchner, déplorent la reconnaissance par la Russie de l'indépendance de l'Abkhazie et de l'Ossétie du Sud. Certes, cette décision est lourde de conséquences, elle l'est pour les États du Caucase, elle l'est pour l'Europe, elle pourrait l'être, demain, pour la Russie elle-même. Car décider l'indépendance de l'Abkhazie et de l'Ossétie du Sud pourrait donner demain des idées à l'Ossétie du Nord, à la Tchétchénie, à l'Ingouchie, au Daghestan et à d'autres qui font partie de la République fédérale de Russie.

Que ce soit dans le Caucase, au Tibet, en Afrique ou ailleurs, l'un des défis de notre époque consiste à trouver un équilibre entre l'aspiration de certains peuples à l'autonomie, d'une part, et l'intangibilité des frontières, d'autre part. Intangibilité en dehors de laquelle la paix serait gravement menacée, cette paix à laquelle aspirent les vrais patriotes.

Mais nous, Européens, sommes aussi critiquables. On entend parler du respect des frontières internationales, mais nous avons créé un précédent au Kosovo, n'en déplaise à M. Kouchner. On nous dit qu'il y a eu pour le Kosovo décision internationale, c'est une plaisanterie, l'ONU n'a jamais autorisé la guerre contre la Serbie.

La Russie s'est retirée de l'Europe orientale, asservie naguère par l'implacable dictature communiste, elle s'est retirée des pays baltes, de l'Ukraine, des républiques d'Asie centrale. Plus elle se retirait et plus on l'encerclait. Le Pacte de Varsovie a disparu mais nous n'avons proposé d'autre réponse que l'extension indéfinie de l'Alliance atlantique. On en recueille aujourd'hui les fruits!

1-146

Jacek Saryusz-Wolski (PPE-DE). – Monsieur le Président, je souhaiterais tout d'abord féliciter la présidence française de cet achèvement. Je pense qu'un long chemin a été parcouru entre la position de l'Europe vis-à-vis de l'Irak et son attitude aujourd'hui envers la crise du Caucase. Félicitations. L'Union, à travers sa présidence, a été plus efficace et plus rapide que Washington. Tout ceci est positif, mais des questions demeurent: premièrement, comment minimiser la souffrance de la population; deuxièmement comment faire pour que les Russes respectent les règles et comment avoir, à plus long terme, une stratégie envers la Russie?

1-147

I greet the measures and the text by the Council with moderate optimism and satisfaction. It contains all the main elements of condemnation and action, including the more generous offer in terms of Community assistance and a potential ESDP mission. But I would say to the presidency that it is just an *hors d'oeuvre*.

1-148

Il s'agit seulement d'un hors d'œuvre, d'une entrée. Nous attendons le plat principal, qui sera la paix et la stabilité dans la région, et la stratégie de l'Union européenne à plus long terme dans cette région du Caucase.

1-149

We need to deploy all efforts to make Russia understand that it has the choice: either to cooperate with the EU as a responsible partner assuming its obligations and commitments and fully respecting the six-point Sarkozy plan, or to expose itself to the condemnation of the international community, which may evolve into ostracism, and eventually into isolation encompassing a set of appropriate measures to be taken if the need arises.

We, the Union, also have a choice – either to be satisfied with our verbal actions and avoid measures which Russia would understand, or to revise, if necessary, our policy towards Russia, making clear that we can be both assertive and respectful in the event of non-compliance by Russia with the rules which we expect...

(The President cut off the speaker.)

1-150

Dariusz Rosati (PSE). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Panie Ministrze! Działania Rosji to w istocie próba powrotu do imperialnej polityki byłego Związku Radzieckiego, to próba narzucania niepodległym państwom własnej wizji politycznej. Jaka powinna być reakcja Europy w stosunku do tych działań?

Wydaje mi się, że, po pierwsze, powinniśmy dać Rosji jasno, jednoznacznie i jednym głosem do zrozumienia, że nie ma powrotu do polityki stref wpływów. Nie ma powrotu do polityki imperialnej, nie ma powrotu do faktów dokonanych, nie ma powrotu do stosowania siły w stosunkach międzynarodowych. To przesłanie do Rosji musi zostać przekazane w sposób jasny, jednoznaczny i jednym głosem. Musimy jasno powiedzieć Rosji: agresja się nie opłaca.

I po drugie, Unia powinna podjąć długofalowe działania w dwóch kierunkach. Pierwszy kierunek działania to zdecydowane zmniejszenie zależności energetycznej od Rosji. Nie chcę i myślę, że nikt na tej sali nie chce być szantażowany gazowo lub naftowo przez Rosję. Nie chcemy, aby nasze działania polityczne, aby obrona naszych zasad i wartości zależała od dostaw gazu czy ropy naftowej.

I drugi kierunek działań, strategiczny, to oferta europejska dla państw postsowieckich. Dotyczy to nie tylko Gruzji, lecz przede wszystkim Ukrainy, ale także i innych państw. My mamy ofertę, która jest zdecydowanie bardziej atrakcyjna niż model cywilizacyjny, który proponuje Rosja. Jestem bardzo zadowolony, że te konkluzje znalazły się w zapisach dzisiejszego szczytu i uważam, że to jest właściwy kierunek działania na przyszłość.

1-151

Janusz Onyszkiewicz (ALDE). – Panie Przewodniczący! Wszyscy mieliśmy pewne marzenie, że Rosja będzie krajem rozwijającym się, demokratycznym, respektującym pewne zasady, na których także i Unia Europejska jest zbudowana. To marzenie trzeba zawiesić. W tej chwili sytuacja wygląda całkiem inaczej i cieszy mnie zapowiedź, że rozmowy w sprawie porozumienia o partnerstwie i szczyt zostaną zawieszone do czasu, kiedy Rosja wypełni zobowiązanie wynikające z podpisanych dokumentów. Ale myślę, że to zawieszenie powinno być dłuższe, że powinniśmy podjąć jednak refleksję wewnątrz Unii na temat tego, jakie stosunki z Rosją chcemy mieć. Czy możemy dalej mówić o wspólnej z Rosją przestrzeni bezpieczeństwa? Czy możemy Rosję nazywać naszym partnerem strategicznym, kiedy ten partner respektuje całkiem inne wartości?

I wreszcie druga sprawa, mianowicie sprawa naszego bezpieczeństwa energetycznego. Powtarzamy jak mantrę cały czas, jak ważny jest, na przykład, rurociąg Nabucco. Trzeba to wesprzeć po prostu nie tylko słowami, ale także wesprzeć ten projekt finansowo.

1-152

Mario Borghesio (UEN). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ha fatto molto bene il Consiglio di oggi a mandare un messaggio molto chiaro a Mosca, e cioè che noi europei difendiamo i diritti dei popoli e non li giochiamo sull'altare delle convenzioni, delle convenienze geopolitiche; e abbiamo il dovere morale nei confronti dei nostri popoli, specialmente di quelli che per molto decenni hanno subito il tallone dell'imperialismo sovietico, di difendere questi principi di libertà.

Ha fatto però altrettanto bene chi, come il Presidente italiano Berlusconi, ha tenuto una canale aperto di dialogo con Mosca, per far capire le ragioni dell'Europa e per ammonire sul fatto che la prospettiva della riapertura di un clima di guerra fredda – non solo da un punto di vista politico, non solo da un punto di vista economico e politico, ma anche e soprattutto dal punto di vista storico – da un punto di vista delle prospettive di un'Europa che potrà comprendere naturalmente con l'evoluzione storica anche la Russia o può chiudere definitivamente.

Quindi è molto importante l'apertura e il mantenimento di un dialogo. L'Europa, i popoli europei non vogliono la guerra fredda perché guerra fredda ci ricorda morte, persecuzione ...

(Il presidente ritira la parola all'oratore)

1-153

Othmar Karas (PPE-DE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! Die Resolution ist das Beste seit dem Waffenstillstandsabkommen und enthält einen Großteil der Forderungen, die Elmar Brok und ich nach unserer Reise im Namen der Europäischen Volkspartei erhoben haben. Aber damit ist nicht genug getan.

Die Europäische Union ist weiterhin gefordert, auch unsere Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel. Der Resolution müssen gemeinsame entschlossene Taten folgen, so wie sie Kommissarin Ferrero-Waldner heute ermutigend klar auf den Tisch gelegt hat. Wir müssen diese Resolution auf Punkt und Beistrich umsetzen, so wie wir verlangen, dass Russland den Sechs-Punkte-Plan auf Punkt und Beistrich umsetzt.

Zweitens: Wir haben in den letzten Wochen gesehen, wie wichtig die Europäische Union ist, sein kann, aber auch, wo unsere Schwächen liegen und was wir bei uns selbst zu tun bzw. zu verhindern haben. Ja, wir können Vermittler sein, aber Vermittler sein zu wollen, setzt eine gemeinsame EU-Außenpolitik, eine proaktive Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik voraus. Wir haben in den letzten Wochen auch erlebt, dass eine fehlende Gemeinsamkeit und ein Mangel an politischem Willen zur Gemeinsamkeit spürbar waren, dass bis heute die gemeinsame Entschlossenheit fehlte, dass uns das Fehlen des Lissabon-Vertrags schwächt.

Mit dem Wiederaufbau allein ist es nicht getan. Wir müssen in die Unabhängigkeit dieser Staaten investieren, dem Nationalismus den Boden entziehen. Das EU-Engagement ist wichtiger als die NATO-Perspektive.

Frau Kommissarin, Sie haben so schön aufgezeigt, dass die Russland-Politik neu bewertet werden muss. Wir können nicht so weitermachen wie bisher. Wir müssen in die wirtschaftliche, demokratiepolitische, soziale und bildungspolitische Stabilität investieren. Da geht es nicht nur um Geld. Und wir müssen die Nachbarschaftspolitik erweitern und konkrete Projekte auf den Tisch legen, wie Sie sie heute angekündigt haben. Wir warten darauf!

1-154

Adrian Severin (PSE). – Mr President, the main problem we are facing does not concern the answer to the question of who is right and who is wrong; who is the aggressor or who is the victim; what is a sovereign right and what is a disproportionate reaction. The real problem is that we have no real means to impose a *status quo ante* or to exert efficient

pressure on a country like Russia to revise a certain policy. Moreover, we cannot ask Russia to observe any provision of international law which we have not already breached before.

A world in which every crisis is dealt with on a *sui generis* basis is not a world of order, but of disorder. What we see around us today is not the beginning of a new Cold War, but the end of the unipolar order. It is a geopolitical confrontation at global level which takes place within an unregulated international environment where the unilateralists are clashing. When the unipolar order is dead and the multipolar order is not yet born, anarchy and the rule of might prevail.

The only reasonable thing we must do is to convene an international conference for security and cooperation, where all the global and regional players, together with the local stakeholders, should negotiate and redefine and reinvent the principles of international law in international relations, the role and powers of international organisations, the procedure for dealing with local crises and the system of security guarantees which could meet the specific opportunities, challenges and dangers of our times. Meanwhile, we must accelerate the process of economic integration, political association and institutional approximation with our eastern neighbours such as Ukraine and Moldova. Let us hope that the European Union will be up to these expectations.

(Applause)

1-155

Siiri Oviir (ALDE). – Täna on siin juba räägitud nii rahvusvaheliste rahuvalvajate kui ka tsiviilmissiooni saatmise vajalikkusest Gruusiasse. Lõuna-Kaukasuse delegatsiooni liikmena olen kahe käega selle poolt, seda enam, et juba varakevadel juhtisin siitsamast kõnetoolist tähelepanu nende sammude hädavajalikkusele.

Aga ajalugu on vorminud paljud meie riigid mitmerahvuselistena, nii ka Gruusia. Mul on mure ühe musta stsenaariumi võimalikkuse pärast. Nimelt, mõni päev tagasi tunnustas Venemaa Abhaasiat ja Lõuna-Osseetiat. Sellele justkui jätkuks teatas Põhja-Osseetia rahvastikuminister Lõuna- ja Põhja-Osseetia liitumiskavast ja seda Vene seaduste alusel ehk teisi sõnu Lõuna-Osseetia liitumisest Venemaaga.

Siin põrkuvad mõne riigi arvates kaks rahvusvahelise õiguse põhimõtet: rahvuslik enesemääramine, territoriaalne terviklikkus. Me teame, et lähtuda tuleb Helsingi lõppaktist, kuid minu küsimus on nõukogule: "Milliseid samme astutakse, ennetamaks suveräänse riigi territoriaalse terviklikkuse lõhkumist?"

1-156

Wojciech Roszkowski (UEN). – Panie Przewodniczący! Wyniki europejskiego szczytu można oceniać w kategorii szklanki w połowie pustej albo w połowie pełnej. Ważne jest, że osiągnęliśmy porozumienie, że Unia przemówiła jednym głosem. Rozczarowuje jednak, że to wspólne stanowisko Rady nie idzie dostatecznie daleko, tak daleko jak większość głosów w tej izbie.

W trakcie rosyjskiej ofensywy w Gruzji media w Rosji pokazały prezydenta Putina, który znalazł czas, by pojechać na Syberię i usnąć tam tygrysa zagrażającego lokalnej ludności. Obrazek ten to dobra ilustracja działań Rosji i europejskiego przedmiotu tych działań. Ale usypiające zastrzyki aplikowano dotąd europejskiemu tygrysowi nie tylko z Moskwy. Jak w tym kontekście ocenić projekty Nordstreamu czy Southstreamu oraz poparcie dla nich ze strony niektórych państw Unii? Brak solidarności i uzależnianie się od agresora zawsze stanowi dla niego zachętę, tym bardziej jeżeli za wygodę jednych partnerów płacą inni. Dzisiejsza werbalna jedność Unii wobec Rosji, akcent na partnerstwo wschodnie i inne postanowienia to sygnały zachęcające, ale jeżeli skończy się na słowach, agresor może znowu zaatakować.

1-157

Stefano Zappalà (PPE-DE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io vorrei cogliere un paio di fatti concreti dal dibattito di questa sera. Intanto, devo dare atto al Ministro francese di avere avuto tanto coraggio e di avere fatto delle affermazioni in quest'Aula decisamente importanti.

Condivido profondamente tutto quello che il Ministro francese ha detto, lo condivido fino in fondo – non ripeto qualche battuta perché già sarà abbastanza piena la stampa domani con quello che lui ha affermato qui – però devo dire che è una posizione molto forte e molto precisa quella espressa dalla Presidenza dell'Unione europea.

Quello che vorrei cogliere è credo che sia stato fatto un salto di qualità proprio dall'Unione europea: noi qui dentro possiamo parlare di tutto quello che vogliamo, però non siamo artefici e non abbiamo i poteri per intervenire sulla politica estera dell'Unione europea, lo può fare soltanto il Consiglio europeo.

Il Consiglio europeo, ormai certamente non più con la mia breve esperienza in questo Parlamento, ha dimostrato quello che l'Europa sta facendo: un grande salto di qualità. Il Consiglio europeo di oggi ha dimostrato veramente che l'Unione europea esiste, che l'Unione europea, pur non avendo ancora in vigore il trattato di Lisbona, è in grado di affrontare temi di notevole importanza.

Vorrei anche sottolineare un apprezzamento forte che va fatto a quanto ha fatto alla Presidenza francese, a quanto ha fatto il Presidente Sarkozy, a quanto ha fatto il Cancelliere Merkel, a quanto ha fatto il Presidente Berlusconi, in questa crisi. Io credo che il risultato unitario non esprime un giudizio sull'intervento del Primo Ministro inglese, forse finalmente oggi si è adeguato in maniera corretta e giusta, in passato quello che ha detto alla stampa non era certo apprezzabile.

Io credo, e concludo, che il grande salto di qualità sia proprio questo: l'Unione europea esiste! Andiamoci piani con l'adesione alla NATO e all'UE. Vediamo come stanno bene le cose. Ha ragione il Ministro francese.

1-158

Libor Rouček (PSE). – Dámy a pánové, dovoľte, abych nejprve ocenil rychlost a efektivitu francouzského předsednictví při sjednání příměří mezi stranami konfliktu. Šestibodový program je nyní nutno uvést do života, a to samozřejmě včetně stažení ruských vojsk do pozic před vypuknutím konfliktu. Otázka Gruzie však není otázkou osamocenou, existuje celá řada vzájemně propojených konfliktů a problémů v celé oblasti jižního Kavkazu. Z tohoto důvodu je nutno, aby se Evropská unie věnovala mnohem efektivněji a intenzivněji než doposud celému regionu východního Středomoří a Zakavkazska. Jinými slovy je nutno posílit konkrétními kroky východní dimenzi naší sousedské politiky.

Protože jsem poslanec ze země, která doposud neratifikovala Lisabonskou smlouvu, chtěl bych vyzvat Českou republiku, Švédsko a samozřejmě také Irsko, aby vlády těchto zemí usilovně pracovaly na ratifikaci tohoto dokumentu, protože tento dokument je předpokladem jednotnější, efektivnější společné zahraniční a bezpečnostní politiky tak, abychom mohli čelit výzvám, včetně výzev, které přicházejí z východu a z Ruska, a řešit tyto problémy.

1-159

Mirosław Mariusz Piotrowski (UEN). – Obchodzimy dzisiaj rocznicę wybuchu II wojny światowej. Bezpośrednio poprzedziło ją tajne porozumienie sowiecko-niemieckie, ale także ugodowa polityka państw Europy Zachodniej. W 1939 roku naiwnie sądzono, że poświęcenie wybranych mniejszych państw nasyci agresora.

Przypominam o tym w czasie wojny w Gruzji, która stała się pierwszym obiektem ataku na szlaku odbudowy imperialnych zakusów dzisiejszej Rosji, spadkobierczyni Związku Sowieckiego. Rosja testuje na gruzińskim poligonie stopień cierpliwości krajów Unii Europejskiej, przewidując brak ich stanowczości. W obliczu konfliktu zbrojnego Parlament Europejski nie może ulec tej tonacji, ale musi znaleźć wspólne, jednoznaczne, zdecydowane stanowisko. Gruzja ma prawo liczyć na naszą pomoc zarówno w wymiarze dyplomatycznym, jak również materialnym. Parlament Europejski powinien wysłać do Gruzji własnych obserwatorów, aby sprawdzić informacje o przeprowadzanych czyszkach etnicznych. Musimy zrobić wszystko, aby powstrzymać ekspansję i nie dopuścić do powtórzenia tragicznej lekcji historii.

1-160

Tunne Kelam (PPE-DE). – Mr President, we are witnessing the collapse of the 'end of history' paradigm, but this should also mark the end of the era of wishful thinking, replacing peace through speech with peace through strength and solidarity.

Russia has placed itself in the category of unstable, unpredictable states. It can no longer be seen as a reliable partner, and clearly does not share our common values. By invading Georgia it has challenged the fundamentals of the international security system, trying to replace it with the model of 'might is right'.

Everything now depends on EU actions – not just reactions. No 'business as usual' entails taking concrete steps, because Russia will only understand if we act.

I propose the following measures: firstly, a genuine international peacekeeping force – Russia cannot play the dual role of peacekeeper and invader; secondly, freezing the PCA negotiations; thirdly, putting on hold the Nord Stream and South Stream projects; fourthly, freezing visa facilitation; and, fifthly, cancelling the Sochi Olympic Games.

If nothing concrete is done, Russia will not only never release Georgia from its hold, but will also follow the same pattern elsewhere. The first priority of the democratic community is to set firm limits. Today, we have to answer the same moral challenge. If not us, then who? If not now, then when?

(Applause)

1-161

Katrin Saks (PSE). – Kevadel, Gruusia valimiste ajal kohtasin Gori linnas üht grusiinlannat kes oli sunnitud 15 aastat tagasi põgenema Abhaasiast. Tänašek on saanud temast põgenik teist korda, omaenese maal. Traagiline!

Aga traagiline on ka see, et täna siin saalis saame me üsna erinevalt aru toimumust ja sellepärast ma arvan, on eriti oluline kõige muu kõrval saata Gruusiasse sõltumatu uurimiskomisjon, rahvusvaheline komisjon, mis selgitaks välja, mis tegelikult toimus.

See konflikt ei ole grusiinide ega osseetide vahel, see konflikt ei saanud alguse 8. augustil, see pole ka ainult Vene ja Gruusia konflikt, see on väärtuste konflikt ja see puudutab meid kõiki.

1-162

Christopher Beazley (PPE-DE). – Monsieur le Président, je crois qu'il est important de féliciter la présidence française, le Président Sarkozy, le Ministre Kouchner, ici présent, non seulement parce qu'ils ont adopté, dans cette crise, une attitude très ferme vis-à-vis de la Russie, mais aussi parce qu'ils ont su maintenir l'unité de l'Union, une unité qui n'a malheureusement pas existé en 2003.

1-163

I would join with those who say that this issue, grave though it is, is not only about Georgia and the illegal occupation and invasion of that country. I would say to the Commissioner that it is also about the EU's relations with Russia. It goes to the heart of what used to be described as the common values we share. I personally find it very difficult to see what common values I share with a country that uses force, military aggression and a propaganda war to accuse the occupied country of being the invader and aggressor.

It appears that the Cooperation and Partnership Agreement is likely to be on hold for some time unless Russia withdraws its troops. The question then arises of what we will do if Russia were to refuse to withdraw its troops. We are told we must have dialogue, but what kind of dialogue can you have with a partner who does not respect the values you are trying to defend and support?

It seems to me that, from a historical perspective, we want harmonious relations with Russia, but not at the price simply of surrendering the values we hold dear. I agree with Mr Kelam and others that there are already consequences for Russia, with massive disinvestment on its markets, because international investors now regard Russia as a very uncertain place in which to invest. However, Nord Stream and South Stream also have to be re-examined. We cannot simply go ahead with these as if a Russian monopoly on energy supply was perfectly normal. The Winter Olympics in Sochi also have to be re-examined; there cannot be an Olympic truce.

The Russians will recognise the consequences of our taking resolute action and not simply being driven by their agenda.

(Applause)

1-164

Raimon Obiols i Germà (PSE). – Dos cosas muy rápidamente. Primero, creo recordar que el señor Jouyet lamentó en su momento en la prensa la influencia de los sectores, o de algunos sectores, conservadores de los Estados Unidos en la victoria del «no» del referéndum irlandés. Ahora todos lamentamos, creo, una apoteosis barroca de políticas *neocon* en la crisis del Cáucaso. Las responsabilidades, en este sentido, están bien repartidas.

En Tbilisi, con la decisión incomprensible de intervenir militarmente. En Moscú, decidiendo una respuesta brutal y desmesurada. En Washington, con un Gobierno felizmente saliente, que ha alimentado durante años unos elementos de tensión en la región.

Segundo, yo creo que hay una responsabilidad europea fundamental, que sólo podrá resolverse construyendo no *soft power*, ni *hard power*, sino *political power*, que depende de la unidad de todos los Gobiernos de los Estados miembros.

1-165

Árpád Duka-Zólyomi (PPE-DE). – Köszönöm, elnök úr! Az orosz nagyhatalmi politika hosszú évek során készítette elő Grúziában azt a feszültséget, amely rövid, de pusztító háborúvá fajult. Az orosz haderők a nemzetközi jogot sértve hatoltak be egy szuverén állam területére. A folyamatot a Kreml azzal tetézte, hogy elismerte a két szakadár tartomány önállóságát. Ezzel új dimenzió jött létre a nemzetközi politikai szintén. Veszélyes helyzet, egyrészt az Oroszországgal szomszédos államok szemszögéből, másrészt Putyinék veszélyes precedenst teremtettek saját maguk számára is.

Miért lehet fontos a nemzetközi közösség összefogása? Az orosz politika most megtorpant és zsákutcába szorul, ezt a pillanatot kell keményen kihasználni. Az EU-nak semleges, nemzetközi békefenntartók kiküldését kell szorgalmazni, fölválta így a most már hitelét és jogosultságát veszített békeerőket. Fölül kellene vizsgálni az oroszokkal szembeni vízumkönnyítési határozatunkat, egyúttal viszont végre könnyíteni kellene a vízumkényszert Grúziával szemben. Grúzia szomszédosági politikánk szerves része, ezért kötelességünk biztosítani az ország újjáépítéséhez szükséges maximális támogatást. Köszönöm szépen.

1-166

Giulietto Chiesa (PSE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'avventura Shakashvili è l'effetto di un imperdonabile errore di valutazione: quello di pensare che la Russia non avrebbe reagito a un'aggressione militare, perché si è trattato di un'aggressione militare.

La Russia non è più quella del 2000 e non farà più ritirate, né tattiche né strategie! La prima cosa da fare è tornare al realismo, l'Europa e la sua unità sono state seriamente danneggiate da questo errore, non permettiamoci di ripeterlo e non permettiamo che qualcun altro ci imponga di ripeterlo. C'è chi pensa che bisogna ora accelerare l'ingresso dell'Ucraina e della Georgia nella NATO. A chi pensa in questo modo chiedo di riflettere seriamente, perché una tale decisione non rafforzerà la nostra sicurezza e, anzi al contrario, la peggiorerà; perché, ora lo sappiamo, la Russia reagirà con misure, se non eguali, certo contrarie. Rischieremmo di avere presto una crisi ben più grande di quella di agosto e in un paese come l'Ucraina al centro dell'Europa. Saggezza vuole chi si rifacciano molti calcoli, perché erano sbagliati, e che ci si rimetta al tavolo negoziale con la Russia su basi di reciprocità e di ...

(Il presidente ritira la parola all'oratore)

1-167

Vytautas Landsbergis (PPE-DE). – Mr President, the day before yesterday I had a long dinner conversation with one of the wisest heads of Europe, Otto von Habsburg. He said that, based on his broad knowledge of the facts, European governments have been enormously corrupted, as it is well known that Russia is using a new secret weapon against the West – namely global bribery. Today's Council meeting might shed more light on that dark corner of European politics.

If the Council and our Parliament, the last fortress of political conscience in Europe, do not demand immediate withdrawal of Russian occupation forces from Poti and the buffer zones established by the occupier, then political disaster would appear to be looming for our fading Europe. Those zones are most needed by Russian and Ossetian smugglers in order to prevent Georgia having any control at the internal borders between the puppet Ossetia and the still independent Georgia. The idea of giving the occupier until the EU-Russia summit in November to build fortifications is totally wrong, and points to the fact that Otto von Habsburg is probably right.

(Applause)

1-168

Pierre Pribetich (PSE). – Monsieur le Président, subtile et déterminée, notre position est attendue. Les États-Unis, par la volonté des Russes mais aussi en raison de la période électorale en cours, ne peuvent être les catalyseurs d'une situation politique globale pour cet espace de voisinage de l'Union.

Une chance historique, unique, s'offre à nous, à l'Union européenne, de structurer notre politique étrangère et de sécurité, de faire émerger l'Europe par les résultats, par la preuve. Ne la gâchons pas. Les condamnations nécessaires ne fournissent pas les solutions. Même si la boîte de Pandore a été ouverte avec le Kosovo, avec une reconnaissance défiant les règles du droit international, replaçons le droit international et le respect des droits de l'homme au cœur de la solution.

Soyons acteurs de fermeté, acteurs politiques, affichons une position claire, commune, ferme envers la Russie, mais tournée vers la recherche d'une solution, d'un partenariat, car la lucidité appartient aussi à la démarche de la Russie de 2008.

Proposons, sous l'égide de l'Union européenne, une conférence régionale sur la résolution de la situation, sur l'avenir des partenariats. C'est par cette détermination d'une voix unique de l'Union européenne, que nous réduirons le fiel destructeur des nationalismes, qui conduisent toujours, inexorablement, à la guerre.

1-169

Urszula Gacek (PPE-DE). – Panie Przewodniczący! Rada dziś osiągnęła kompromis w sprawie Rosji i można uznać to za jakiś sukces, chociaż łagodne potraktowanie Rosji rozczarowało wielu. Poczekamy teraz na reakcję Moskwy. Na pewno rosyjska prasa będzie cytowała te fragmenty naszej debaty, w której przedstawiciel Rady i parlamentarzyści obwiniali Gruzję. Moskwa publicznie głośno skrytykuje stanowisko Rady, chociaż po cichu będzie z niego zadowolona.

Panowie w Moskwie! Nie cieszcie się przed czasem! Europa już nie widzi w Was wiarygodnego partnera, który dotrzymuje słowa i respektuje prawo międzynarodowe. Europa poważnie zastanawia się, czy można się uzależniać od rosyjskiej ropy i gazu. Dziś Europa nie potraktowała Was zbyt surowo, ale grono rusofilów znacznie się zmniejszyło.

1-170

Csaba Sándor Tabajdi (PSE). – Teljesen egyetértünk abban, hogy Oroszországot elítéljük azért, hogy állampolgárságot adott, elítéljük a túlzott katonai szerepvállalásért, elítéljük azért, hogy elismerte Abháziaét és Oszétiát, ugyanakkor elítéljük Grúziát is, mert a grúz vezetésnek tudnia kellett volna a maga geo-stratégiai mozgásterét. Ugyanakkor egyetértünk abban, hogy békefenntartó erők kellenének, de nem beszélünk arról, hogy mi lenne a tartós megoldás alapja. Márpedig ez csak egy széleskörű autonómia lenne az abházok és a dél-oszétok számára az Ahtisaari-terv alapján. Éppen az érintett kisebbségekről nem beszélünk, minden másról beszélünk, ezért én azt hiszem, hogy nemcsak a konfliktus fagyott be, hanem sok tekintetben a mi gondolkodásunk is befagyott. Nekünk kellene hosszú távon megoldást találni erre a problémára.

1-171

Erik Meijer (GUE/NGL). – Voorzitter, de meeste aandacht gaat uit naar het Russische militaire optreden in Georgië. Het mogelijk gebruik van clusterbommen en het bezetten van een havenstad buiten het omstreden gebied zijn terecht reden tot woede.

Dat geldt naar mijn mening niet voor de bescherming van Zuid-Ossetië en Abchazië. Die twee gebieden zijn reeds sinds het uiteenvallen van de Sovjetunie in de praktijk geen deel van Georgië. De meeste inwoners van die twee landjes willen onder geen enkele voorwaarde ondergeschikt zijn aan Georgië, net zoals de meeste inwoners van Kosovo onder geen enkele voorwaarde wensten te behoren tot Servië. Binnen die landen zouden ze helaas tweederangsburgers zijn. Voor deze mensen zijn gelijkberechtiging en democratie alleen mogelijk indien hun afscheiding niet langer ter discussie wordt gesteld en als ze een garantie hebben tegen militaire invallen van buitenaf.

Kortom, er is best reden voor kritiek op Rusland, maar niet vanwege het feit dat het de feitelijke onafhankelijkheid van deze twee staatjes nu eindelijk eens erkent. Kosovo kon geen unieke zaak zijn....

(De spreker wordt onderbroken door de Voorzitter)

1-172

Zita Plešinská (PPE-DE). – Incident v Gruzínsku sa paradoxne odohráva v mesiaci august, rovnako ako v bývalom Československu pred štyridsiatimi rokmi, keď aj moja krajina bola obsadená a dlhé roky okupovaná sovietskou armádou.

Vážení kolegovia, nesmieme zabudnúť, že Rusko svojím konaním preukázalo, že neodložilo svoju minulosť do archívu. Podobne ako v roku 1968 neváhalo vyslať tanky na dosiahnutie svojich politických cieľov, aj teraz vojenskou silou destabilizuje krajiny, ktoré sa snažia vymaniť sa z ruského vplyvu. Dnes je to Gruzínsko, zajtra to môže byť Ukrajina.

Som presvedčená, že EÚ musí zaujať ešte razantnejší nesúhlas s postojom Ruska k uznaniu nezávislosti Abcházsk a Južného Osetska. Som presvedčená, že odpoveďou EÚ musí byť zintenzívnenie spolupráce s Gruzínskom a hlavne s Ukrajinou, nie len slovami, ale jasnými a konkrétnymi činmi.

1-173

Ioan Mircea Pașcu (PSE). – Mr President, Georgia is not a simple episode in international politics. It is the beginning of a chain reaction with important consequences.

First, it indicates Russia's military comeback, which will have to be reflected in the new European security strategy under preparation.

Second, this apparent *reconquista* indicates Russia's desire to use its newly acquired energies in making good its losses from the 1990s and pay back for the accompanying humiliation, rather than willingness to contribute to the shaping of the future world.

Third, it highlights the weak position of Europe due to increasing energy dependence on Russia and the delay in ratification of the Lisbon Treaty.

Fourth, it can either restore or further damage transatlantic unity.

Fifth, it demonstrates that international legality needs to be strengthened both in concept and in respect.

Sixth, it makes clear that the Black Sea area needs much more attention and involvement from the EU and therefore that it requires more than a simply synergy.

1-174

Charles Tannock (PPE-DE). – Mr President, I support democratic Georgia's right to seek security in the west and I disapprove of Russia's disproportionate aggression and continued occupation of the country. The EU must increase its aid to Georgia for reconstruction, fast-track an EU free trade agreement and press ahead with visa facilitation. Georgia should also be allowed to go on the path for NATO, eventually for full membership. We must use this opportunity now, through the EU's common external energy security policy, to break Moscow's stranglehold on Europe's oil and gas supplies. Germany and Italy are both building pipelines in joint ventures with Gazprom. To balance this, the EU should also support the White Stream pipeline project which will transport gas from the Caspian Sea to Europe through Georgia and Ukraine – both governments supporting this project – thereby circumventing Russia. Targeting Gazprom's monopoly and Russia's use of the gas weapon as our long-term response will hit Russia hard.

1-175

Jean-Pierre Jouyet, président en exercice du Conseil. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chère Benita, Mesdames et Messieurs les députés, je serai bref puisque Bernard Kouchner est déjà intervenu deux fois et je sais que vous avez également beaucoup de travail.

Je souhaiterais tout d'abord, au terme de ce débat, vous remercier pour votre implication, qui a été constante, dans ce dossier. Les résolutions adoptées, le fait que le Président Wolski ait convoqué la commission des affaires étrangères dès le 20 août dernier et le fait que Mme Isler Béguin – comme elle l'a rappelé – ait été présente et que son témoignage ait été fort vis-à-vis de cette institution et, au delà, vis-à-vis de l'Union européenne, ont montré l'implication du Parlement européen dans cette crise.

Cela me conduit à dire que concernant l'Union européenne j'ai été surpris de voir certains commentaires: premièrement qu'elle n'a pas réagi; deuxièmement qu'elle était impuissante; troisièmement qu'elle a adopté une position de faiblesse. Si l'Union européenne n'a pas été influente, si elle n'a pas joué de rôle dans ce dossier, je voudrais bien savoir qui l'a joué? Qui a été puissant? Qui a fait preuve de démonstration, que ce soit sur un plan militaire ou sur d'autres plans? Je n'ai noté aucune autre puissance que l'Union européenne dans ce cadre-là et c'est durant cette crise que peut-être, sous un jour nouveau, l'Union européenne s'est affirmée comme un partenaire et s'est affirmée comme une puissance.

Chacun a ses responsabilités: l'Union européenne a ses responsabilités, ce ne sont pas celles de l'OTAN, ce ne sont pas celles des États-Unis mais elle a, avec ses valeurs, avec ses moyens – j'y reviendrai –, exercé toutes ses responsabilités.

On nous dit: "La Russie n'a pas les mêmes valeurs que l'Union européenne" mais, entre nous, ce n'est pas une découverte. Ce n'est quand même pas un scoop. On sait que la Russie n'a pas les mêmes valeurs que l'Union européenne. Si elle avait les mêmes valeurs que l'Union européenne, on se poserait et on se serait posé d'autres questions par rapport à la Russie. Tout ce qui se pose par rapport à la Russie c'est de savoir quelles relations nous voulons avoir avec ce voisin, quel type de partenariat nous voulons nouer, quel type de dialogue nous devons avoir et comment amener la Russie à remplir ses devoirs, à assumer ses responsabilités et parvenir à la remettre sur une voie plus conforme au droit international. Voilà ce dont il est question. Moi, en tout cas, je n'ai jamais considéré que nous avions les mêmes valeurs, quel que soit le respect que je puisse avoir pour la Russie, et je le sais depuis un certain temps.

La troisième réflexion que vous avez faite, et vous l'avez tous faite, c'est que nous ne pouvons pas aller assez loin, en dépit d'une réaction rapide, en dépit de ce qui s'est fait aujourd'hui, parce que nous n'avons pas les instruments voulus, que nous ne disposerons de ces instruments que dans le cadre du traité de Lisbonne et que le fait qu'il y ait cette crise révèle parfaitement combien nous avons besoin de ce traité, combien nous avons besoin de nous renforcer en matière de politique extérieure, combien nous avons besoin, aussi, de nous renforcer en matière de politique de défense. Il faut là-dessus être tout à fait clair entre nous et plusieurs d'entre vous l'ont souligné, à juste titre.

J'en viens au Conseil. Le Conseil d'aujourd'hui constitue un point de départ. Il ne résume pas tout et ne va pas résumer tout par rapport à ce qu'est la gestion de cette crise par l'Union européenne et les relations entre l'Union européenne et la Russie. Il s'agissait aujourd'hui de faire le point sur la situation sur le terrain et d'évaluer les conséquences entre l'Union européenne et la Russie. Ce qu'il s'agissait de montrer, c'est que nous étions unis et que nous étions actifs dans ce conflit.

Ce Conseil européen a permis de montrer que nous étions unis, que nous avons agi et que nous avons des orientations fortes. Je les rappelle: condamnation de la réaction disproportionnée de la Russie; soutien à la Géorgie dans les domaines financier, humanitaire, économique et politique; affirmation du renforcement de la relation entre l'Union européenne et la Géorgie; mise en œuvre du plan de résolution du conflit en six points dont – plusieurs d'entre vous ont insisté sur ce point – l'existence d'un mécanisme international; engagement de l'Union européenne sur le terrain avec l'envoi d'un représentant spécial; renforcement du partenariat oriental, notamment à l'égard de la zone de la Mer noire et de l'Ukraine – cela a été explicitement souligné dans les conclusions aujourd'hui –; une politique énergétique davantage diversifiée, indépendante, mieux organisée au niveau européen.

J'ai bien entendu tout ce qui a été dit ce soir: ayez la certitude que la présidence française rappellera à chacun sa volonté d'avoir une politique européenne énergétique beaucoup plus diversifiée, indépendante, mieux structurée. Vous pouvez compter sur la présidence de ce point de vue.

Il s'agit d'un point de départ parce qu'il a été acté qu'un déplacement important du Président du Conseil de l'Union européenne, du Président de la Commission et du Haut-représentant aurait lieu, le 8 septembre, à Moscou et à Tbilissi et que c'est dans ce cadre-là qu'il faudra apprécier les actions ultérieures que nous serons amenés à faire.

Enfin, nous nous sommes mis d'accord sur le fait que toutes les réunions relatives à l'accord de partenariat étaient reportées jusqu'à ce que les Russes se retirent sur leurs positions antérieures.

C'est donc un point de départ. Nous n'avons pas pour but aujourd'hui de tout résoudre mais c'est un point également symbolique de notre unité et de notre détermination et pour cela nous avons besoin du soutien du Parlement européen.

Benita Ferrero-Waldner, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Als letzte Rednerin werde ich versuchen, so kurz wie möglich zu sein. Aber nachdem ich die letzte Rednerin bin, möchte ich doch noch einmal ein paar wesentliche Elemente herausgreifen.

Erstens: Können Sie sich daran erinnern, dass am 1.9.1939 der Zweite Weltkrieg begonnen hat? Und heute haben wir einen Jahrestag und sprechen genau über einen neuen Krieg, der ausgebrochen ist, den wir als Europäische Union aber sehr schnell eindämmen konnten. Ich glaube, das ist ein wesentlicher Punkt. Daher war es auch eine breite, eine lange Debatte, aber es war eine gute Debatte. So wie es heute auch eine gute Debatte im Europäischen Rat war, die mit guten Schlussfolgerungen endete. Ich glaube, hier spielt die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union eine große Rolle – Glaubwürdigkeit und Einheit. Und ich habe zusammen mit dem Ratspräsidenten sagen können, dass diese beiden auf dem Prüfstand stehen, aber bis jetzt haben wir diese Prüfung bestanden.

Aktionen zu Georgien sind wichtig, das haben wir gehört. Wir haben Aktionen im humanitären Bereich, im Bereich der Wiederaufbauhilfe aufgezählt, wo wir uns erneut an das Parlament wenden werden. Ich danke auch bereits jetzt für die Unterstützung durch das Parlament und werde natürlich mit genaueren Zahlen zurückkommen. Ich denke aber vor allem auch an das Visa-Abkommen. Selbstverständlich wissen wir, dass hier eine Diskriminierung stattfindet, weil Abchasen und Südosseten, von denen viele russische Pässe haben, besser gestellt sind als Georgier, aber dabei müssen auch viele der einzelnen Mitgliedstaaten mitziehen – auch das möchte ich einmal betonen – ,genauso wie bei einem Freihandelsabkommen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir im Zusammenhang mit der Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik bereits drei Punkte angesprochen hatten. Nur, diese zogen damals auch nicht sehr bei den Mitgliedstaaten. Das war erstens die Mobilität, das war zweitens die Frage der Wirtschaftspartnerschaften, und das war drittens die Frage, eine bessere Sicherheit anzusprechen, das heißt, alle Konflikte, Konsequenzen und Aktion-Konsequenzen sind selbstverständlich im Falle Russlands auch anzusprechen.

Wir sind an einer Weggabelung, an einer Wegkreuzung, die aber vor allem auch von Russland bestimmt werden wird, denn es wird Russland sein, das hier antworten muss und zwar genau, wie wir heute gesagt haben: keine weiteren Verhandlungen über das neue Abkommen ohne Truppenabzug. Russland hat es in der Hand, dem zu folgen, was wir heute besprochen haben. Ich hoffe sehr, dass am 8. September dazu eine gute Lösung gefunden wird.

Darüber hinaus gibt es zwei wesentliche Konsequenzen: Die Nachbarschaftspolitik plus, oder wie immer wir es in Zukunft nennen werden, müssen wir regional und bilateral verstärken, das heißt, wir müssen über Georgien hinausgehen, also die Ukraine, Moldau, aber auch die anderen Staaten einbeziehen. Wir haben das immer wieder angesprochen, aber auch hier kann ich vielleicht jetzt mit mehr Unterstützung auch der einzelnen Mitgliedstaaten rechnen.

Und schließlich noch einmal die Energiepolitik: Auch sie hat mich in den letzten eineinhalb Jahren besonders beschäftigt, und ich kann Ihnen sagen, dass das auch in der Zukunft für mich persönlich ein ganz wesentlicher Punkt sein wird.

Damit habe ich versucht, den Bogen rasch zu spannen. Es war eine lange, aber es war eine sehr wichtige Debatte.

(Beifall)

1-177

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w środę, 3 września 2008 r.

Oświadczenia pisemne (art. 142)

1-178

Roberta Alma Anastase (PPE-DE), în scris. – În calitate de raportor pentru regiunea Mării Negre, am subliniat mereu cu insistență provocarea majoră, pe care o reprezintă conflictele nerezolvate pentru stabilitatea regională, precum și necesitatea implicării ferme și profunde a UE în spațiul menționat anterior.

Acțiunile Rusiei în Georgia sunt regretabile, periculoase în contextul stabilității regionale și europene și, implicit, de neacceptat de către comunitatea internațională.

Este deci imperativ și urgent ca UE să treacă de la promisiuni la fapte, să manifeste fermitate atât în cadrul acțiunilor sale în Georgia, cât și în vederea reexaminării relațiilor sale cu Rusia.

În vederea asigurării stabilității în regiunea Mării Negre, trei principii-cheie trebuie să ghideze acțiunea UE.

În primul rând, respectarea integrității teritoriale a Georgiei și a dreptului internațional trebuie să stea la baza oricărei decizii.

În al doilea rând, actuala formulă de gestionare a conflictelor din regiune trebuie reexaminată în scopul accelerării și sporirii posibilităților de soluționare definitivă a acestora. Aceasta presupune implicarea activă a UE în operațiunile de menținere a păcii în Georgia, dar și în procesul de gestionare și rezolvare a celorlalte conflicte din zonă, în speță a celui transnistrean.

În sfârșit, eforturile UE pentru asigurarea securității sale energetice trebuie intensificate la maximum, inclusiv prin realizarea proiectului Nabucco.

1-179

Jean-Pierre Audy (PPE-DE), *par écrit*. – Monsieur le Président, Monsieur le Président en exercice du Conseil, Monsieur le Ministre Jean-Pierre Jouyet, Madame la Commissaire et Madame Benita Ferrero-Waldner, mes premiers mots seront pour remercier les collègues ayant salué la présidence française de l'Union européenne et l'action de Nicolas Sarkozy, dans ce difficile dossier du conflit entre la Russie et la Géorgie.

Nous n'en finissons pas de gérer les frontières de l'ancien Empire romain d'Orient avec à l'ouest, les Balkans et le Kosovo, et, au nord, le Caucase, l'Ossétie du Sud et l'Abkhazie. Ce qui doit guider notre comportement d'Européen, c'est le respect des peuples et je suggère qu'en fonction de l'évolution de la gravité de la situation en Géorgie, une réunion extraordinaire des commissions des affaires étrangères du Parlement européen et des parlements nationaux des États membres soit envisagée, car c'est nous, les parlementaires, qui représentons les citoyens.

Enfin, il devient évident que la seule "synergie en Mer Noire" fixée fin 2007 par la Commission européenne n'est pas suffisante et il devient urgent que l'Union propose une vraie politique ambitieuse de voisinage avec les pays riverains de la Mer Noire en commençant par une zone économique de libre échange.

1-180

Titus Corlățean (PSE), *în scris*. – UE nu are dreptul să admită o repetare a scenariului georgian și în alte regiuni de conflict.

Evenimentele din Georgia constituie o încercare serioasă pentru capacitatea de reacție și implicare a UE în zonele conflictelor înghețate din spațiul ex-sovietic. Este necesar ca UE să examineze posibilitatea trimerii în Georgia a unei misiuni a Uniunii Europene constituită din observatori civili, pentru monitorizarea respectării acordului de încetare a focului.

Riposta disproporționată a Rusiei în Osetia de Sud a avut un impact nefast asupra populației civile, precum și asupra infrastructurii, și a constituit o încălcare flagrantă a normelor internaționale. Acest lucru indică, în mod evident, necesitatea consolidării securității prin prezența unor forțe multinaționale și imparțiale de menținere a păcii.

Totodată, UE trebuie să reflecteze serios asupra unui proces de cooperare mai consistent cu Republica Moldova și asupra posibilității de a oferi, în anumite condiții, referitoare la garantarea de către Chișinău a unor standarde democratice, o perspectivă europeană mult mai clară pentru această țară.

Pentru consolidarea bunelor relații și evitarea unor situații de conflict, cooperarea regională între statele riverane Mării Negre trebuie să capete o formă de cooperare multidimensională care să fie instituționalizată, de exemplu prin crearea Uniunii statelor riverane Mării Negre.

1-181

Dragoș Florin David (PPE-DE), *în scris*. – Domnule Președinte al Parlamentului European, Domnule Președinte al Consiliului Uniunii Europene, Doamnă Comisar, Stimați colegi,

Dați-mi voie să transmit condoleanțe atât cetățenilor ruși, cât și celor georgieni care și-au pierdut apropiații în acest conflict stupid și să-i asigur de toată compasiunea mea. Istoria face ca astăzi să vă vorbesc ca cetățean european cu rădăcini adânci atât în Rusia, cât și în Georgia, ca cetățean regăsit în diversitatea Europeană și mai puțin regăsit în unitatea Europeană.

Punem accent în acest conflict pe situația energetică din Europa, pe poziția "imperialistă" a Rusiei și pe naționalismul și lipsa de diplomatie a Georgiei, dar uităm că în acest conflict au murit oameni și, mai ales, speranțe. Consider că, mai mult decât oricând, trebuie să ne regăsim, astăzi, cu toții într-o unitate benefică și constructivă, într-un echilibru diplomatic și național pentru a face față marilor provocări ce așteaptă generațiile viitoare.

În încheiere, îi rog pe Președintele Rusiei, pe Președintele Georgiei și pe Președintele Consiliului Uniunii Europene să facă toate demersurile necesare pentru închiderea cât mai rapidă a acestui conflict regional și relansarea unei politici de cooperare, deschisă, echilibrată și mai ales în beneficiul cetățenilor. Vă mulțumesc.

1-182

Hanna Foltyn-Kubicka (UEN), na piśmie. – Panie Przewodniczący! W ostatnich tygodniach byliśmy świadkami agresji Rosji na suwerenne i niepodległe państwo. Obserwujemy okupację terenów położonych setki kilometrów od teatru działań zbrojnych oraz jawne drwiny z obietnic złożonych Zachodowi.

Jestem przekonana, że atak Rosjan sprowokowały w równym stopniu europejskie aspiracje Gruzji, co chęć kontroli nad wiodącymi przez ten kraj szlakami transportu surowców energetycznych. Naszym moralnym i politycznym obowiązkiem jest wsparcie Gruzynów oraz uświadomienie Rosji, że okres, gdy mogła robić co zechce na obszarach określanych przez nią jako swoją „strefę wpływów” minął bezpowrotnie.

Ostatnie wydarzenia pokazały też dobitnie, że Rosja nie może być wiarygodnym partnerem w stosunkach energetycznych. Rosyjska kontrola nad dostawami ropy i gazu czyni z nas zakładników Kremla. Dlatego też największym wyzwaniem, przed którym obecnie stoimy, jest uniezależnienie się od rosyjskich surowców. Sposób, w jaki to zrobimy jest w tym momencie kwestią wtórną. Jeżeli będziemy jednak kontynuować takie inwestycje jak Nord Stream czy South Stream, oddamy w ręce rosyjskich władz nowe, potężne narzędzia wpływu na Unię Europejską. A Rosjanie nie będą mieli najmniejszych skrupułów, żeby w odpowiednim czasie z nich skorzystać.

1-182-500

Roselyne Lefrançois (PSE), par écrit. – Je tiens tout d'abord à remercier Madame Lambert pour la qualité de son travail.

Le rapport sur lequel nous devons nous prononcer demain a en effet le double mérite de porter un regard très lucide sur les imperfections et dysfonctionnements du système de Dublin et de formuler des propositions visant à améliorer l'efficacité des procédures et la situation des demandeurs d'asile.

Je souhaiterais pour ma part insister sur un certain nombre de points qui sont à mes yeux fondamentaux : le besoin de renforcer les droits des demandeurs d'asile et de les garantir de la même manière sur l'ensemble du territoire de l'Union ; le fait que la mise en détention des demandeurs d'asile devrait toujours constituer une décision de dernier recours, dûment justifiée ; la nécessité d'assurer une meilleure répartition des demandes d'asile le système actuel faisant peser une charge disproportionnée sur les Etats membres situés aux frontières extérieures de l'UE , et de prendre des mesures à l'encontre des Etats membres ne garantissant pas un examen approfondi et équitable de ces dernières ; et enfin l'importance du regroupement familial et d'une définition élargie de la notion de "membre de la famille" incluant tous les proches parents.

1-183

Marian-Jean Marinescu (PPE-DE), în scris. – Marele câştig al reuniunii extraordinare de astăzi a Consiliului European este unitatea statelor membre.

Nu trebuie să ajungem din nou în situația unui Război Rece. Dar Federația Rusă trebuie să primească un mesaj unitar din partea UE: trebuie să respecte suveranitatea și integritatea teritorială a statelor, să-și retragă trupele din zonele de conflicte înghețate, respectând convențiile și tratatele internaționale pe care și-a pus semnătura, și să nu-și bazeze politica externă pe calitatea de furnizor energetic.

Această unitate a statelor membre trebuie să se manifeste și în acțiunile viitoare ale Uniunii: o politică energetică comună bazată pe crearea de noi rute de transport, care să utilizeze surse diferite de cele actuale, dezvoltarea unui set de politici la Marea Neagră care să se ridice la nivelul importanței geo-strategice și de securitate a zonei, precum și implicarea activă și promovarea de noi mecanisme de soluționare a conflictelor înghețate din zonă.

În acest context, reevaluarea Politicii de Vecinătate este absolut necesară. Țări precum Ucraina, Moldova, Georgia sau Azerbaidjan trebuie să fie cuprinse într-un mecanism coerent și accelerat care, în situația îndeplinirii cerințelor necesare, să poată conduce la viitoarea lor apartenență la UE.

1-184

Péter Olajos (PPE-DE), írásban. – Grúzia - a szabadság illúziója?

Mindannyian tudjuk, hogy a grúz-orosz háború nem Grúziáról szól. Tudják a képviselőtársaim, és tudják azok az állam- és kormányfők, akik a mai napon találkoznak Brüsszelben, hogy megvitassák a lehetséges szankciókat.

Az Európai Unió egyre szorosabb integrációjáért folyó munkánk közepette villámcsapásként emlékeztetett minket a grúz-orosz konfliktus, hogy a 21. században is az erő dönt.

Oroszország a következő hét évben 190 milliárd dollárt költhet fegyverkezésre és a hadsereg fejlesztésére. Az olaj- és gázdollárokból korszerűsített sereget pedig nem félnek bevetni – legalábbis erről tanúskodik 2008 augusztusa.

Ezt a konklúziót magyarként és a szovjet birodalom egykori kényszerű polgáraként kifejezetten nehezemre esik levonni. Az orosz fenyegetés él, immár a hétköznapi tudatunkba szivárog be. Nemcsak az energia-árakon keresztül, hanem a Grúziába sorjázó harckocsi-oszlopok képében.

Ugyanakkor bízom benne, hogy képviselőtársaim és az európai csúcs résztvevői számára világos: nem Grúzia, Ukrajna vagy Kelet-Európa békéje a tét a jelenlegi konfliktusunkban Oroszországgal. A jövő párbeszédének kereteit és hangsúlyait rakhatjuk le egy egységes és határozott uniós válasszal – vagy egy túlzottan is magabiztos orosz külpolitikának ágyazunk meg.

A két évtizede még szovjet elnyomásban szenvedő uniós tagállamok tudják, hogy mit jelent ez a veszély, bármilyen ideológiai formába öltözzön is. Az új tagállamok vezetőinek éppen ezért erkölcsi felelőssége, hogy választóikat megóvják a növekvő külső fenyegetéstől.

1-185

Toomas Savi (ALDE), in writing. – Mr President, the Russian aggression against Georgia has provoked the world public to question the decision of the International Olympic Committee to grant Sochi, Russia, the right of hosting the Winter Olympics in 2014. Sochi is located on the coast of the Black Sea just 20 miles from the border of the Russian Federation and Abkhazia, and therefore in close proximity to a zone of conflict.

But there is another aspect that concerns me as well. Just as in Beijing, people's homes are getting in the way of the construction of Olympic facilities. For example the construction in progress is wiping out a whole village called Eesti-Aiake or "Estonian Garden" in English, which was founded 120 years ago by 36 Estonian families, who migrated to the Caucasus region in Imperial Russia and who were granted lands there.

The Russian authorities are constructing stands, intended to be used for only 14 days during the Olympics, on the location of the oldest part of the village. The compensation that will be paid to the families is said to be lower than the market price of the land.

Such outrageous actions violate the natural right to property and therefore should be condemned.

1-186

Esko Seppänen (GUE/NGL), kirjallinen. – Georgian presidentti Mihail Saakashvili, jota oppositio syyttää laajamittaisesta vaalivilpistä ja mädännäisestä korruptiosta, on saanut virkansa lietsomalla georgialaista äärintationalismia ja lupaamalla pakkogeorgialaistaa venäläismieliset Etelä-Ossetian ja Abhasian.

USA on ollut Georgian paras liittolainen, mutta ei ole ollut huono Israelkaan. USA:sta on ollut maassa 130–170 sotilaskouluttajaa, Israelista on ollut useampi sata. Israelin häviämän Libanonin sodan antisankarin kenraali Gal Hirschin sotilaallisia keikkapalveluja myyvän yrityksen (Defensive Shield) kouluttajana toiminut Israelin armeijan eliittisotilas, peitenimeltään Ilike Tomer, sanoo: ”Israelilaisten standardien mukaan sotilaiden kyvyt olivat nollatasolla ja upseerien kyvyt keskinkertaisia, niin että sellaisen armeijan vieminen sotaan ei ollut loogista.” Hyökkäys, joka oli epälooginen ja epäviisas, johti Saakashvilin pellearmeijan totaalityppioon.

Sotilaat jättivät raskaan aseistuksensa venäläisjoukoille ja pakenivat kaoottisena laumana Tbilisiin. Tällainen seikkailupolitiikka ei ansaitse Euroopan parlamentin tukea. Sitä tukee USA:n uuskonservatiivinen Georgia-lobby, jota johtaa presidenttiehdokas John McCainin ulkopoliittinen neuvonantaja Randy Scheunemann. Hän on ollut samaan aikaan sekä McCainin että Saakashvilin palkkalistoilla ja saanut viimeisen puoleltoista vuoden aikana Georgiasta 290 000 dollarin palkkiot. Yhdyn arvioon, että venäläisetkin ylityöittivät reaktionsa.

1-187

Csaba Sógor (PPE-DE), írásban. – A kaukázusi válság egyesek szerint Bush elnök 2005-ös rigai beszédével kezdődött, azzal, hogy bejelentette, új jaltai szerződésre van szükség. Akár azt is mondhatta volna, hogy új trianoni szerződésre, hiszen sok kis népnek és országnak a nyomorúsága nem a 2. hanem az első világháborút lezáró trianoni békeszerződéssel kezdődött. Az akkori amerikai elnök, Wilson a népek önrendelkezéséről szóló javaslatát csak álom maradt.

Ma a kaukázusi krízis kapcsán szó esik a nagyhatalmak érdekeiről, olajról, háborúról, de az ott élő népek önrendelkezési jogáról nagyon kevés. Az EU legfontosabb feladata az ilyen konfliktusos helyzetekben a példamutató lehetséges. Az EU tagállamai közül 11 biztosít valamilyen formában kisebbségi vonatkozású autonómiát. Ez az EU tagállamok 41%-a.

A cél: a példamutató nemzeti kisebbségi politika az EU minden tagállamának: nem 41%, hanem 100%-ban! Egy példamutató nemzeti kisebbségi politikával rendelkező Európai Unió hatékonyabban tud fellépni akár a Kaukázusban is.

1-188

Daniel Stroj (GUE/NGL), v písemné formě. – Od samého počátku vzniku problému uznání nezávislosti Kosova jsme upozorňovali, že tímto krokem se roztočí spirála, jejíž negativní důsledky lze předpokládat a jejíž konec lze těžko dohlédnout.

KSČM i na půdě Poslanecké sněmovny Parlamentu ČR vyjádřila svůj nesouhlas s uznáním Kosova Českou republikou. Ti, kteří si tehdy zahrávali s ohněm, se nemohou nyní divit, že si v jiné části zeměkoule popálili prsty, zejména pokud se jejich partnerem stala taková problematická osoba, jako je prezident Michail Saakašvili.

Řešením současné situace je dodržování mezinárodního práva, což je zejména důležité pro tak malý stát, jakým je Česká republika s její historickou zkušeností. Vyvolávání jakékoli fobie některými politiky je v této situaci naprosto chybné a nebezpečné.

Reakci některých států NATO a modifikaci vztahů s Ruskem je potřebné konfrontovat např. s účastí Ruska v boji proti mezinárodnímu terorismu, dále např. s faktem, že 70 % potřebných zásob pro expediční sbory v Afghánistánu je transportováno přes území Ruské federace. S touto skutečností se jistě v centrále NATO budou zabývat.

Situaci nevyřeší silácká slova a gesta, ale racionální jednání za kulatým stolem.

1-189

József Szájer (PPE-DE), írásban. – Nagyven esztendeje annak, hogy a Varsói Szerződés csapatai lerohanták Csehszlovákiát és megdöntötték a kommunista diktatúra demokratikus átalakítását célul kitűző kormányt. A műveletben sajnos a szocialista Magyarország is szégyenteljes szerepet vállalt, együtt a többi szovjet csatlósállammal. Így szolgálva Moszkva nyers birodalmi önkényét. Ezért megkövetjük a szlovák és a cseh népet.

Nekünk, magyaroknak ez különösen fájdalmas, hiszen tizenkét évvel korábban, 1956-ban a szovjet csapatok hasonló módon fojtották vérbe a magyar forradalmat. A Prágai Tavasz eltiprásával Moszkva azt üzenete: az Európától a második világháború végén elhódított befolyási övezetében azt csinál, amit akar, a szovjet-orosz birodalmi gátlástalanságnak és képzetatlanságnak nincsen határa.

Ez ellen egyetlen eszköz lehetséges - kemény és határozott kiállás a polgári szabadságjogok, a demokrácia és a nemzeti szuverenitás alapelvei mellett, fellépés az agresszió ellen. Ez kell, hogy a demokratikus Európa világos üzenete legyen ma is!

1-189-500

Andrzej Jan Szejna (PSE), na piśmie. – Przy ocenie konfliktu gruzińsko-rosyjskiego należy moim zdaniem zachować niezwykłą ostrożność.

Nie ulega wątpliwości, iż wkraczając na terytorium Gruzji Rosja naruszyła zasady prawa międzynarodowego. Zdecydowanie potępiam także nieproporcjonalną reakcję Rosji. Należy jednocześnie pamiętać, że strona gruzińska również nie pozostaje bez winy, bowiem to ona rozpoczęła akcję militarną. Stosowanie siły wojskowej nie jest rozwiązaniem dla żadnego z konfliktów.

Unii Europejskiej przypadła w tej sytuacji bardzo ważna rola mediatora. W mojej ocenie postąpiła ona słusznie potępiając uznanie przez Rosję niepodległości Osetii Południowej i Abchazji. Suwerenność Gruzji oraz jej integralność terytorialna powinny zostać poszanowane.

Uważam, iż w obecnej sytuacji celowym jest wysłanie przez Unię Europejską do Południowej Osetii misji pokojowej i monitorującej.

Istniejąca sytuacja pokazuje, iż istotne jest ciągle wzmacnianie współpracy z państwami sąsiadującymi rejonu Morza Czarnego.

Głosując w sprawie wspólnej rezolucji w sprawie sytuacji w Gruzji opowiedziałem się za jej przyjęciem.

1-190

Marian Zlatea (PPE-DE), în scris. – Cred că este foarte important ca în acest moment delicat, Europa să se arate unită și să susțină o poziție unitară în ceea ce privește conflictul din Georgia.

Trebuie însă să continuăm acordarea asistenței și să ajutăm la reconstrucția zonelor afectate din Georgia, să susținem măsurile de consolidare a încrederii, precum și dezvoltarea cooperării regionale. În același timp, este necesar ca Europa să accelereze dezvoltarea proiectelor energetice europene (precum Nabucco și P8).

Chiar dacă atenția principală este îndreptată spre Georgia, considerând poziția geografică a Azerbaidjanului, cred că trebuie să avem în vedere și necesitatea stabilirii unui parteneriat UE - Azerbaidjan pentru susținerea și continuarea proiectelor energetice ale UE.

Doresc să subliniez că soluționarea conflictelor înghețate din regiunea Mării Negre nu se poate face decât în limitele și în baza dreptului internațional, cu respectarea integrității teritoriale a statelor și suveranității acestora asupra întregului teritoriu, precum și cu respectarea principiului inviolabilității granițelor.

Susțin poziția Consiliului prin care Uniunea Europeană este gata să se angajeze, inclusiv printr-o prezență în teren, pentru a susține toate eforturile spre o soluție pașnică și durabilă a conflictului din Georgia. Cred că doar prin dialog și negociere vom putea ajunge la rezultatele dorite.

1-191

21 - Ocena systemu dublińskiego (ciąg dalszy debat)

1-192

Przewodniczący. – Powracamy do debaty na temat sprawozdania Jean Lambert dotyczącego oceny systemu dublińskiego.

1-193

Inger Segelström (PSE). – Herr talman! Det är en väldig omställning, men om vi inte löser krisen i Georgien kommer vi att behöva en ännu bättre asyl- och flyktingpolitik i Europa.

Jag vill börja med att tacka Jean Lambert för ett mycket välarbetat betänkande. Jag stöder också både Martine Roures och Roselyne Lefrançois ändringsförslag. Utvärderingen av Dublinsystemet och förstalandsvalet för personer som kommer till EU behöver verkligen utvärderas, framför allt vilka problem det kan innebära för de länder som tar emot flyktingar. Jag tänker på Medelhavsländerna, men också på Sverige som är det land som i Europa som tagit emot flest Irakflyktingar. EU borde ta ett större gemensamt ansvar, annars blir Dublinförordningen meningslös.

För ett år sedan reste LIBE-utskottet på en utvärderingsresa runt Medelhavet. Det var förfärligt! Det blev heller inte bättre av att Sverige började återsända flyktingar och asylsökande till Grekland som redan tidigare var väldigt hårt belastat. Därefter antog den konservativa gruppen i Europaparlamentet ett direktiv om återvändande som innehöll inhumana regler, t.ex. avvisning efter upp till 18 månaders väntan, vilket framförallt slår hårt mot barnen. Det är nödvändigt med en gemensam europeisk asyl- och flyktingpolitik, men jag känner att det går åt fel håll och det är jag orolig över. Jag är orolig över att vi inte accepterar och inte är beredda att ta mer hänsyn till barnen.

Men det är en sak som vi har tagit hänsyn till och det var att kommissionsledamot Jacques Barrot som idag talade om en tillfällig fryshus. Som svensk vill jag passa på att lyfta fram Södertälje kommun söder om Stockholm. Södertälje har tagit emot fler flyktingar från Irak än hela USA och Canada tillsammans! Jag anser att Södertälje måste vara med i ett sådant försök som kommissionsledamoten talade om. Tack!

1-194

Jacques Barrot, Vice-président de la Commission. – Monsieur le Président, ce débat est évidemment très important et il a été interrompu, mais c'est ainsi. En tout cas, je suis également convaincu que doter l'Europe d'un droit d'asile vraiment harmonisé sera aussi une réponse majeure face aux problèmes qui viennent d'être exposés au cours du débat précédent.

Je voudrais brièvement reprendre quelques expressions. Il est vrai que le système, aujourd'hui, n'est pas "juste" dans la mesure où les demandeurs d'asile, selon les États membres où ils s'adressent, n'ont pas toujours la même réponse. Vous avez eu raison, Madame, de souligner combien certains pays étaient beaucoup plus ouverts, beaucoup plus généreux que d'autres. Nous avons donc besoin de cette harmonisation. Nous avons besoin aussi d'évoquer un certain nombre de questions qui nous interpellent comme, par exemple, le problème des mineurs non accompagnés. Nous avons aussi à examiner le problème de la détention des demandeurs d'asile et bien évidemment, nous devons le faire dans le cadre d'une révision de ces textes, non pas pour nous éloigner du système de Dublin mais pour perfectionner cette réponse européenne aux demandeurs d'asile.

Nous devons rester fidèle à la tradition de l'accueil démocratique, l'accueil humaniste de l'Europe, c'est pourquoi ce débat, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, a été pour nous extrêmement utile. Il va beaucoup éclairer nos réflexions et je reviendrai évidemment devant le Parlement pour présenter les textes que nous allons maintenant élaborer à la lumière des excellentes observations qui ont émaillé ce débat.

Je remercie donc vivement le Parlement, je vous remercie Monsieur le Président, et j'espère bien que, d'ici la fin de l'année, je pourrai revenir vers vous avec, déjà, des projets de textes qui permettront de beaucoup améliorer la situation concernant le droit d'asile en Europe.

1-195

Przewodniczący. – Chcę Pana Komisarza jeszcze raz przeprosić za tę przerwę w debacie, ale priorytety tak zostały właśnie określone i musieliśmy w ten nietypowy sposób tę akurat debatę przerwać.

1-196

Jean Lambert, rapporteur. – Mr President, I too would like to thank the Commissioner very much for what he has just said, and for his assurances. I think it is clear, from what has been said tonight from all parts of the House, that there is need for not just an efficient but a high-quality system which is one based on joint responsibility: as my colleague Ms Segelström has said, there must be joint responsibility or the system is meaningless.

I think that the Council too needs to hear that message very, very clearly, because they, the Council, are the governments that are responsible for fulfilling their obligations. It is true that some Member States, such as Sweden, are very good at fulfilling their obligations. Others are not. This means that the actions that the Commission can take to support them in that – for example, the use of the UNHCR, and the idea of the Asylum Support Office – become very important, providing they are adequately resourced. That, too, is something which I think all of us involved in the budget system need to think about.

However, on behalf of my colleague Mr Busuttil I would say that some of us still remain to be convinced that the pressures on certain Member States are temporary rather than systemic, and therefore that the responses we make perhaps need to be more systemic – unless, of course, we foresee a rapid change in the world situation which would then have an effect on refugee flows. So again I would like to thank the Commissioner and my colleagues for their warm words. We will see what we can do to pass the message to Council, and we very much look forward to the proposals coming from the Commission later in the year.

1-197

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się we wtorek, 2 września 2008 r.

1-198

22 - Wspólne ramy odniesienia dla europejskiego prawa umów (debata)

1-199

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest debata nad pytaniem ustnym do Komisji dotyczącym wspólnych ram odniesienia dla europejskiego prawa umów skierowanym przez Klause-Heinera Lehne w imieniu Komisji Prawnej – (O-0072/2008 - B6-0456/2008).

1-200

Hans-Peter Mayer, Verfasser. – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin, sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem Entwurf des gemeinsamen Referenzrahmens haben die Arbeiten an einem europäischen Zivilrecht einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Freilich handelt es sich hierbei um einen Entwurf von Rechtswissenschaftlern, der noch in die politische Debatte eingebracht werden muss. Ziel dieser Aussprache ist es daher, eine breite rechtspolitische Diskussion über die Zukunft des europäischen Privatrechts zu eröffnen. Das Europäische Parlament will erreichen, dass alle interessierten Kreise an dieser Diskussion teilnehmen. Voraussetzung hierfür ist allerdings, den bislang nur in englischer Sprache vorliegenden akademischen Entwurf in weitere Amtssprachen zu übersetzen.

Frau Kommissarin, die für Übersetzungen vorgesehenen Gelder sind für das Jahr 2008 noch nicht voll in Anspruch genommen worden. Die Übersetzungen sind erforderlich, um einen wirklich europäischen Dialog über die Zukunft des europäischen Zivilrechts führen zu können. Es ist also nicht ausreichend, wenn nur das kommende Kommissionsdokument übersetzt wird, da dies eine Selbstverständlichkeit ist. Die Kommission hat intern einen Auswahlprozess in Gang gesetzt, in dem die Regeln des akademischen Referenzrahmens herausgefiltert werden, die in das kommende Kommissionsdokument aufgenommen werden sollen.

Wir begrüßen die Beteiligung aller relevanten Generaldirektionen an diesem Selektionsprozess. Ich möchte aber betonen, dass das Projekt „Europäisches Vertragsrecht“ federführend von der GD Justiz und Inneres betrieben werden sollte. Denn der Referenzrahmen umfasst nicht nur reines Vertragsverbraucherrecht, sondern soll vor allem kleineren und mittleren Unternehmen die grenzüberschreitende Ausgestaltung ihrer Verträge mit anderen Wirtschaftsteilnehmern, die keine Verbraucher sind, erleichtern.

Gerade weil der Referenzrahmen auch die Interessen von KMU berücksichtigen soll, veranstaltete ja die Kommission in den letzten Monaten Workshops zu ausgewählten Problembereichen im B2B-Bereich. Ergebnisse dieser Workshops müssen auch in das künftige Kommissionsdokument Eingang finden.

Mit unserer Entschließung stellen wir zudem klar, dass der akademische Referenzrahmen in seiner endgültigen Fassung die so genannte Toolbox-Funktion wahrnehmen kann. Diese hat er faktisch schon aufgrund seiner Veröffentlichung inne. Denn die Gemeinschaftsgesetzgeber werden nicht umhin kommen, künftige Rechtsakte auf dem Gebiet des Gemeinschaftsprivatrechts auf den Referenzrahmen zu stützen.

Der gemeinsame Referenzrahmen kann zu einem späteren Zeitpunkt in ein so genanntes optionales Instrument münden. Die Parteien sollen für ihre Rechtsbeziehungen freiwillig ein alternatives Zivilrechtssystem wählen können. Dieser Weg muss beschritten werden, um die Probleme, die im Binnenmarkt offenkundig noch vorhanden sind, lösen zu können.

Um dem Rechtsverkehr im Binnenmarkt einen neuen Schub zu geben, muss ein optionales Instrument allerdings über allgemeine vertragsrechtliche Regelungen hinausgehen. Es muss also beispielsweise neben Regeln zum Abschluss eines

Kaufvertrags auch Bestimmungen über den Eigentumsübergang wie auch Regeln zur Rückabwicklung rechtsgrundloser Vermögensverschiebungen – also das Bereicherungsrecht – beinhalten.

Dem Parlament ist vor allem daran gelegen, dass es von der Kommission im Laufe des Auswahlprozesses uneingeschränkt konsultiert und laufend eingebunden wird. Wir müssen sicherlich darüber nachdenken, wie wir in Zukunft die Bedeutung dieses Projekts – vor allem im Rechtsausschuss – verstärkt berücksichtigen können. Die Europäische Kommission muss aber schon zum jetzigen Zeitpunkt über Mechanismen nachdenken, wie das künftige Kommissionsdokument fortlaufend neuen Entwicklungen angepasst wird. Bereits für den laufenden Auswahlprozess muss die Kommission nämlich die Änderungen, die der endgültige akademische Referenzrahmen enthalten wird, in ihren Planungen berücksichtigen.

Dies alles zeigt: Mit dem Referenzrahmen beschreiten wir neue Wege im europäischen Vertragsrecht. Das Europäische Parlament, die Kommission und der Rat müssen ein klares Bekenntnis zu diesem wohl wichtigsten Vorhaben für die nächste Legislaturperiode abgeben. Von diesem Projekt werden alle profitieren: Verbraucher, weil sie bald auf der Grundlage des europäischen Vertragsrechts europaweit werden einkaufen können, und Unternehmen, weil sie aufgrund erhöhter Rechtssicherheit neue Märkte werden bedienen und durch ein einheitliches Regelwerk erhebliche Kosten einsparen können.

1-201

Meglena Kuneva, *Member of the Commission*. – Mr President, the Commission as a whole welcomes wholeheartedly the interest that Parliament is taking in the Common Framework of Reference, or, as I will refer to it in short, the CFR. The CFR is a long-term project to improve the quality and coherence of EU legislation.

Let me answer your questions in this connection. First of all, I would like to say that the Commission indeed intends to ensure that the Commission CFR will be translated so that it can be discussed and applied in order to improve the quality of EU contract law legislation and to make it more coherent.

However, this reasoning does not apply to the academic preliminary draft. The Commission CFR will most probably be considerably shorter than the academic draft. Given the huge work which will already be necessary to translate the CFR, it does not make sense to spend valuable translation resources to translate parts of an academic draft which are not relevant for the purposes of the CFR.

The Commission is currently proceeding to select those parts of the academic CFR which are relevant for the final Commission CFR, on the basis of its policy objectives. All the DGs concerned are involved in this selection process according to their field of competence, of course including DG JHA. The final selection will be presented for consultation to the other institutions, including Parliament and stakeholders.

The Commission will indeed ensure that the outcome of the workshops which were organised in 2007 will be taken into account in the CFR.

The Commission has always conceived the CFR as a tool for better law-making. The CFR should contain a set of definitions, general principles and model rules in the field of contract law. The Commission has not yet decided which topics of contract law the CFR should cover.

In adopting the decision on CFR, the Commission will take into account the position of Parliament and the Council.

As I have already mentioned, the Commission will in all likelihood shorten the present academic draft and it will probably be necessary to amend the remaining text in order to make it useful for policy-making purposes. Even if it is premature to say so, it is likely that the CFR should form a non-binding legislative tool.

The Commission understands fully that Parliament wants to be kept informed of, and involved in, the ongoing work on the CFR. We welcome Parliament's involvement in the CFR process and we very much rely on this involvement. The Commission will continue to keep Parliament informed of developments in the most appropriate way, in particular through the Parliament working group dedicated to the CFR, and will consult Parliament and all stakeholders on the results of its preliminary selection process.

Once the Commission CFR is completed, the Commission will decide on the need for keeping it up to date and on the best possible mechanism to do this.

I would like to conclude by thanking you for Parliament's support for the Commission work on this important dossier.

1-202

Jacques Toubon, *au nom du groupe PPE-DE*. – Monsieur le Président, notre collègue Meyer a bien situé les enjeux de cette question et je voudrais dire, Madame la Commissaire, que je comprends votre réponse technique en ce qui concerne

les traductions, mais ce qu'a dit M. Meyer sur ce sujet n'est que l'incarnation de la vraie question: comment passe-t-on de l'université, du travail universitaire, à la décision politique? Et à la décision juridique?

Je pense que la compréhension de tous est tout à fait essentielle, car il faut que ce projet de cadre commun de référence qui vous a été remis à la fin de l'année dernière soit pris en considération en envisageant tous les travaux qui sont faits autour de cette question, et pas seulement le projet qui vous a été remis. Par exemple, il est clair qu'il faut choisir entre se diriger vers un droit des obligations ou se diriger vers un droit des contrats. Et il y a plusieurs écoles. Ce sera le choix que nous devrons faire. Pour ce faire, il faut naturellement avoir plusieurs propositions. De la même façon, est-ce que le contenu du CCR sera un contenu restreint, et à ce moment-là contraignant, ou est-ce que ce sera un contenu général, et à ce moment-là beaucoup plus indicatif.

Pour tout cela nous avons besoin d'éléments divers et il importe, bien entendu, que le Parlement fasse son travail et qu'il puisse le faire très en amont. C'est pour cela d'ailleurs – je me permettrai de conclure là-dessus de manière très pratique – qu'il est très important que les parlementaires participent nombreux à l'audition que la Commission organisera avec des experts au début du mois d'octobre, et au colloque que la présidence française de l'Union européenne va tenir, à Paris, les 23 et 24 octobre. Ce sujet mérite un débat ouvert, transparent, au-delà des spécialistes, entre ceux qui ont les décisions politiques entre leurs mains.

1-203

Manuel Medina Ortega, en nombre del Grupo PSE. – Señor Presidente, estoy de acuerdo con las observaciones del señor Toubon, es decir, con que el trabajo del grupo académico sobre el marco común de referencias es un trabajo evidentemente valioso y muy serio. Pero ¿cómo se pasa de ese trabajo académico a unas propuestas de carácter político? Sobre la base de la utilización de un solo idioma y, posiblemente, de una sola dirección de carácter teórico.

Aun reconociendo el trabajo de carácter interno que se ha hecho, señora Comisaria, creo que tenemos que pasar a una fase posterior, a una fase de participación del Parlamento y de los sectores interesados, no sólo de las grandes empresas, sino también de las pequeñas empresas, de los sindicatos y de otro tipo de operadores económicos.

El Grupo socialista ha presentado una enmienda para ampliar la participación en este proyecto en una etapa inicial, para lo cual, desde luego, necesitaríamos una traducción del texto, aunque fuera un texto resumido. En segundo lugar, ese texto puede ser, en efecto, la base de un elemento opcional pero, para hacerlo, hay que precisar primero cuál es el contenido.

En definitiva, el debate tiene que servir para que la opinión pública europea sepa que la Comisión está trabajando sobre un proyecto, pero la Comisión, como parte del conjunto de instituciones europeas, no puede guardarse el proyecto entre las manos: ha llegado el momento de que la Comisión comparta esos conocimientos con el Parlamento Europeo y con el público en general. Repito: sindicatos, empresarios, pequeños empresarios, otros operadores económicos y ciudadanos en general.

La reglamentación del marco contractual afecta al conjunto de la ciudadanía europea y la elaboración de un posible código de Derecho sustantivo requeriría la participación del mayor número de sectores posibles, lo cual, sin una traducción a todos los idiomas de la Unión Europea, sería imposible. Y sin una mayor participación de otros sectores también sería imposible.

1-204

Diana Wallis, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, the Commissioner has answered some of the questions put by my colleagues. However, this project is of great importance to all our institutions, and we are now coming to the politics of it, and the major issues concerning the democratic legitimacy of the creation of a CFR. There has been a lot of consultation, with many working groups and many stakeholder groups, from which we can learn a lot, but now it is time for decision-making, and we need a process that is open, inclusive and coherent.

The Commission is rightly conducting a selection process before presenting a white paper. However, that process needs to be as inclusive as possible, and we are obviously worried about the languages used, since if this were mainstream legislation it would be available in all the languages. Can Parliament have an assurance that at white paper stage it will still be possible to change the selection if it considers that appropriate?

This is at the heart of the conundrum we face. Will the white paper kick off a legislative process, or something analogous to it, or are we going to deal with a separate legislative process each and every time in the future that we look at anything to do with contract law? It comes down to the question of whether it will be binding or non-binding. The Council seems to think it should be non-binding and voluntary. If that is the case, it is arguable whether we need a selection process at all. You can keep everything open and have the political debate at every moment in the future that a contract law question arises in a legislative proposal. On the other hand, if we are creating something binding now – which Parliament is well known to prefer, in the form of an optional instrument – then we have to have some very serious inclusive political debates now about content and coverage, leading us on to the next set of questions about a legal base and the involvement of Parliament as something more than a mere consultee.

1-205

Ieke van den Burg (PSE). – Voorzitter, ik sluit mij ook aan bij de vorige sprekers en wil met name twee punten naar voren halen. Een is hoe we garanderen dat er echt een alomvattend en democratisch proces is van consultatie waarbij niet alleen dit Parlement, maar ook nationale parlementen een rol spelen en waarin alle betrokken partijen geconsulteerd kunnen worden. Ik maak me met name zorgen of dat wel evenwichtig gebeurt en of bijvoorbeeld consumentenorganisaties, organisaties van het midden- en kleinbedrijf en vakbonden en andere in staat zullen zijn om de expertise in huis te halen en te betalen om ook echt een rol te spelen in dat consultatieproces.

De Commissie heeft een verantwoordelijkheid op dat punt en ik zou dus de Commissie willen vragen hoe zij dat wil ondersteunen. Ik wil het Parlement vragen om een amendement dat we daarover indienen, te ondersteunen.

Het andere punt betreft de breedheid van de selectie. Ik vraag me af of we inderdaad nu al een voorschot daarop moeten nemen door in paragraaf 12 al een aantal zaken bij voorbaat uit te sluiten. Het is logischer nu die zaken open te houden.

1-206

Andreas Schwab (PPE-DE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, Kolleginnen und Kollegen! Mit großem Interesse habe ich der Diskussion gerade zugehört, und ich hatte manchmal den Eindruck, dass die verschiedenen gemeinsam organisierten Sitzungen zwischen dem Rechts- und dem Binnenmarktausschuss gar nicht stattgefunden haben. In der Tat, Frau Kollegin van den Burg, haben wir auch bei den Kolleginnen und Kollegen der Ausschüsse festgestellt, dass es außerordentlich schwierig ist, das sachgerechte Interesse, das für diese wichtige rechtspolitische Weichenstellung in Europa notwendig wäre, bei den jeweiligen Veranstaltungen zu wecken. Deswegen glaube ich, dass es nicht nur eine Aufgabe der Kommission ist, sondern auch eine Aufgabe der Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die beteiligten Verbände, die jeweiligen Gewerkschaften, die Arbeitnehmer und die kleineren und mittleren Unternehmen in diese Beratungen so früh wie möglich mit einzubinden.

Aber ich bin auch der Auffassung – und da möchte ich den Kollegen Hans-Peter Mayer ausdrücklich darin unterstützen, auch Jacques Toubon hat es angesprochen –, dass diese frühzeitige Einbindung der verschiedenen *stakeholder* natürlich nur dann erfolgreich gelingt, wenn die rechtlichen Grundlagen in allen Sprachen zur Verfügung stehen. Ihre Antwort hat nicht überrascht, weil sie sich darauf zurückgezogen haben, dass die vorgefertigten akademischen Dokumente eigentlich nur technische Grundlagen für die von Ihnen ausgearbeitete Weißbuchpositionierung sind. Aber bei diesem schwierigen Prozess, Frau Kommissarin, glaube ich, dass es notwendig ist, dass auch die Grundlagen übersetzt werden, auf denen Sie Ihre Weißbuchempfehlung dann machen, weil nur so eine effektive Diskussion möglich ist. Deswegen glaube ich, dass der Antrag in die richtige Richtung geht, und ich bitte Sie, Frau Kommissarin, hier entsprechend unterstützend tätig zu werden.

1-207

Meglena Kuneva, Member of the Commission. – Mr President, all the honourable Members' remarks have been very well presented and very wise. I would like to stress that the decision to translate only parts of the academic text is a political one. That is because the areas which are not useful for the purposes of the CFR will not be translated. I am sorry to repeat myself, but it is very important to stress that the CFR will be a toolbox by nature, and Parliament will be fully involved in the decision on which parts of the text are to be translated.

I would also like to inform you of the meetings tabled by the French presidency, which has scheduled two meetings of the Civil Law Committee for 5 September and 3 November, in order to discuss selection of the chapters of the draft academic CFR for the future Commission CFR. As you can see, nothing is set in stone. Both Parliament and the Commission can fully participate and do the job together. The outcome of these discussions should be adopted as JHA Council conclusions in December 2008. That gives us sufficient certainty that the process is truly inclusive of all the interested parties. With reference to Mrs van den Burg's remark, I would like to assure you that the consultation process will be broad and inclusive.

I have received feedback from the academics, who have announced that they will translate their draft, which means that there will definitely be French, German and English versions. This guarantees, besides the efforts of the Commission, that the project will certainly be available in those three languages. The Commission has a clear interest in working together with Parliament, which has been so supportive of this project, and with the Council, to ensure proper scope, with translated versions of the already-completed academic part of the project.

1-208

Przewodniczący. – Otrzymałem jeden projekt rezolucji¹ złożony zgodnie z art. 108(5) Regulaminu.

Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w środę, 3 września 2008 r.

¹ Patrz protokół.

1-209

23 - Niektóre aspekty ubezpieczeń komunikacyjnych (debata)

1-210

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest sprawozdanie Nickolaya Mladenova w imieniu Komisji Rynku Wewnętrznego i Konsumentów w sprawie niektórych aspektów ubezpieczeń komunikacyjnych – (2007/2258(INI)) (A6-0249/2008).

1-211

Nickolay Mladenov, rapporteur. – Mr President, Madam Commissioner, colleagues, and interpreters who are staying this late on such an interesting day as today with the European Council discussing Georgia, I hope you will have a little time and energy to focus on another report which is, despite its technicality, quite important for all of us.

It goes back to an issue raised in this House when the fourth Motor Insurance Directive was adopted. Back then, this House decided to ask the Commission to undertake a more in-depth study of a number of questions that were raised by Parliament but were not addressed in the fourth Motor Insurance Directive itself. Namely these three sets of questions: the first being to look into whether the national penalty provisions are effectively implemented across the European Union; then to look at how the claims representative system set up under the directive functions and whether there is a need to harmonise across the European Union; and finally to look at perhaps the most important and controversial issue that is intimately connected to questions raised by consumers which is whether the current availability of voluntary legal expenses schemes for motor insurance in Europe should be converted into a compulsory scheme to cover cross-border accidents across the European Union.

Let me start with the last question because that is perhaps the most important question and clearly one of the questions which is of most interest to European consumers. I myself when I went looking into this report was very much tempted to argue for harmonisation and to argue for compulsory legal expenses insurance across the European Union. But detailed study suggested that that might not be in the interests of the consumers or in the interests of the European insurance industry.

It would, if that were adopted, raise the costs of motor insurance for consumers in many Member States. It would create incentives for higher and unjustified claims to be made. It would create many delays in addressing existing claims and it would create a very strong disincentive for people to go for out-of-court settlements.

Finally, it would create a very strong and unfortunate burden on the judicial systems of our Member States, something which I do not believe any one of us really wants to do. So perhaps the other approach which this report suggests is the better approach and that is to increase awareness of existing voluntary schemes across the European Union.

Now, in many of the old Member States, they exist and function quite well and are now developing in the new Member States. In the new Member States in particular they need to be promoted more, perhaps through including them in pre-contractual information on taking out such options across the European Union with a particular focus on new Member States.

As far as the question of claims representatives is concerned, the European Commission did undertake a study. We looked at that study very carefully. We consulted with industry and we consulted with consumer organisations across the European Union, and national information centres have been set up in all Member States. Through these national information centres, consumers can pursue their claims and can find the information that they need.

Now what we do need to do there is to make consumers actually more aware of the existing system rather than try to set up a new system on top of it.

Finally, on the question of national penalty provisions and whether to harmonise them or not, the report argues that we should uphold the principle of subsidiarity. That means that existing national penalty provisions in European Member States have to be upheld. There is no need to harmonise. There is, however, a need for the European Commission to monitor the situation in more detail across the European Union and make sure that, when national authorities do need help, they receive that help from the European Commission.

This is the gist of the report that we are debating tonight.

1-212

Meglana Kuneva, Member of the Commission. – Mr President, on behalf of my colleague Commissioner Charlie McCreevy, let me first of all congratulate the Internal Market and Consumer Protection Committee and the Legal Affairs Committee, and in particular Mr Mladenov and Mr Gargani, for their work in producing a thorough and consistent report on a number of specific motor insurance issues.

Mr Mladenov, I cannot agree more with you that this is also a consumer issue.

The Commission welcomes your support for the conclusions we draw in our Motor Insurance report of 2007. Allow me to address briefly some issues covered in this report.

Let me start with national penalties introduced in respect of the reasoned offer procedure.

The Commission welcomes the clear position you have taken in the report on this issue. Indeed, your report seems to confirm our stance on the matter, namely that national penalty provisions, although not equivalent, produce the desired effect and therefore no harmonisation at EU level is needed in this respect.

The Commission will stay vigilant and take steps, if necessary, against those Member States which do not fully comply with the Directive's provisions in question. Therefore we can only welcome your call upon the Commission to further closely monitor the functioning of the mechanism introduced by the EU motor insurance Directives. The motor insurance expert group, set up by my services a year ago, brings Member States' representatives and stakeholders together and has proven to be a very useful tool to this end.

In line with your suggestion, the Commission will involve consumer organisations representing traffic accident victims in the process of assessing the effectiveness of the systems existing in the Member States.

Let me now turn to a second point: the legal expenses, which are very important for the consumers and for insurers as well.

Your report considers several pros and cons of a system where legal expenses would be compulsorily covered, EU-wide, by the motor insurance policy of the liable party. As stated in the Commission report of 2007, we are convinced that such a solution would be very unlikely to provide clear benefits for road traffic accident victims; it might even lead to a distortion of well-established national systems of motor claims settlement. In addition, premiums are likely to increase in those countries where either no or limited reimbursement of legal costs has been the practice so far.

I am pleased to see that your report reflects some of these concerns and that it gives preference to market-led solutions, such as the use of voluntary legal expenses insurance. It seems to be evident, though, that in some markets this type of insurance cover is hardly used, and that better promotion is needed. This is a mission the market should accomplish itself, as the Commission should not promote particular insurance products or particular lines of insurance business.

Finally, let me address the issue of the awareness of tools and mechanisms under the EU motor insurance directives.

The Commission agrees that there is room for improvement, especially in relation to the new Member States, as regards the degree of citizens' awareness of the tools created by the EU motor insurance directives, such as the claims representative mechanism or the existence of national information centres.

The insurance industry can and should play a major role in this area. The Commission has contributed to the information need of both traffic accident victims and motorists through the publication of a number of motor insurance leaflets placed on the 'Your Europe' portal. Many other information sources exist at national level, such as automobile clubs, motor insurance bureaux, claims settlement agencies and others.

In conclusion: Over the last years, regular reporting to the European Parliament on motor insurance issues has become a well-established practice and I am looking forward to our continued good cooperation.

1-213

Othmar Karas, *in Vertretung des Verfassers der Stellungnahme des mitberatenden Rechtsausschusses*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, Herr Berichterstatter, meine Damen und Herren! Im Namen des Vorsitzenden des Rechtsausschusses, Herrn Gargani, danke ich dem Berichterstatter für seinen Bericht und die gute Zusammenarbeit.

Ich habe drei Punkte besonders zu erwähnen: erstens, die Verbraucherfreundlichkeit, zweitens, das Subsidiaritätsprinzip, und drittens, die Relevanz. Es ist aus unserer Sicht viel verbraucherfreundlicher, die Kfz-Rechtsschutzversicherung nicht obligatorisch in der Kfz-Haftpflicht mit einzuschließen. Wir brauchen keine zwangsweise Produktbündelung oder Produktintegration, die die Versicherungen verteuern würden und den Verbraucher in seiner Wahlfreiheit einschränken.

Zur Subsidiarität: Ich begrüße, dass der Berichterstatter nicht versucht, eine Harmonisierung übers Knie zu brechen. Die Länder, in denen jetzt schon bestimmte Rechtskosten von der Kfz-Haftpflicht gedeckt werden, können dies weiterhin so machen, aber anderen Ländern wird dies nicht aufgezwungen.

Zur Relevanz: Ich möchte daran erinnern, dass wir uns hier mit einem Phänomen beschäftigen, das zahlenmäßig nur begrenzt relevant ist. Nur ca. 1 % der Verkehrsunfälle innerhalb der EU sind grenzüberschreitend. Diese werden fast ausschließlich außergerichtlich geregelt. Ich gratuliere zum Bericht.

1-214

Andreas Schwab, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich meinem Kollegen Nickolay Mladenov für diese wirklich herausragende Arbeit an einem sehr schwierigen Thema danken. Der Initiativbericht, den er vorgelegt hat, deckt eigentlich alle wesentlichen Probleme ganz hervorragend ab.

Ich möchte aber trotzdem auch darauf hinweisen, dass dieser Bericht ein kleines Element aus der Vielzahl der Elemente darstellt, die Bürger täglich im Umgang mit der Europäischen Union erleben. Zwar hat der Kollege Karas zu Recht darauf hingewiesen, dass nur ganz wenige Verkehrsunfälle grenzüberschreitender Natur sind und in der Regel die meisten davon außergerichtlich beigelegt werden. Aber in einer großen deutschen Wochenzeitung ist in der vergangenen Woche ein Artikel darüber erschienen, wie ein einfacher Bürger ein Auto aus Deutschland nach Italien ummelden will und nach acht Monaten scheitert und feststellt, dass es einfach nicht geht. Die Bürgerinnen und Bürger, die im Einzelfall individuell mit einem solchen Problem konfrontiert sind, sind dann eben doch außerordentlich unzufrieden.

Deswegen geht der Bericht mit dem Anreiz für freiwillige Systeme den richtigen Weg. Aber die Mitgliedstaaten bleiben aufgerufen zu prüfen, ob die Vereinheitlichung des Schadenersatzrechts in der Europäischen Union für die Bürgerinnen und Bürger auf Dauer nicht ein deutlich angenehmerer und bürgerfreundlicherer Weg wäre.

Wir haben uns hier im Parlament und vor allem im Rechtsausschuss in den vergangenen Monaten verschiedentlich mit dem außervertraglichen Schadenersatzrecht – beispielsweise bei Rom II – befasst, und die Mitgliedstaaten bleiben aufgerufen zu prüfen, welche alternativen Lösungen sie sehen, wenn eine Harmonisierung des Schadenersatzrechts in diesem Punkt und eine Aufnahme der Rechtsverfolgungskosten als Schadensposition auf Grund der Zuständigkeit in diesem Hause so nicht möglich ist.

Das wird eine Frage sein, die wir erst in Zukunft zu beantworten haben. Deswegen ist der Vorschlag, den Herr Mladenov hier macht, hervorragend, und er verdient unsere Unterstützung.

1-215

Diana Wallis, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, motor insurance has been a success story of this Parliament and the long line of directives still actually represents some unfinished business – business which sadly involves an increasing number of our citizens as they exercise their rights of free movement across the Union.

Mr Mladenov's report makes a very important contribution to the ongoing work. It is clear that claims need to be simplified as much as possible and the three-month period has to be respected. Accident trauma must not be increased by legal trauma. We know that there are complicated issues of conflict of law that this Parliament wanted to solve in our approach to the Rome II Regulation. We have now been assisted by the Court of Justice in its Oldenburg judgment, where the Court has read together the fourth Directive and the Brussels Regulation in the way we intended, allowing a victim to take direct legal action in their country of residence rather than going to the defendant's court. This will put pressure on the need for out-of-court settlements. It is an important development. It may in the short term create some difficulties but, Commissioner, you need to ensure that Member States respect this judgment and this interpretation of EU law.

The next step is to devise a system arising from the Rome II follow-up studies that ensures that victims are compensated fully in relation to their home country circumstances. The story is ongoing but the achievements, likewise, are very far from being inconsiderable.

1-216

Malcolm Harbour (PPE-DE). – Mr President, first of all I want to join in thanking Nickolay Mladenov for a very important and serious piece of work. His first major report for the Committee on the Internal Market will, I hope, be the first of many. It has been very helpful that he has come in and looked at this issue with fresh eyes, representing citizens who are enjoying new entitlements through their membership of the European Union and who perhaps expect some of these issues to be dealt with better than in the past.

I want to build on some of the points that a number of my colleagues have made, particularly Diana Wallis and Andrew Schwab. Diana and I have been involved in this area since we came to Parliament in 1999, and therefore understand its importance. I think it is fair to say that if Parliament had not consistently raised these issues with the Commission and said that the motor insurance regime, and particularly its cross-border aspects for mobile motorists, was deeply unsatisfactory, then I do not think that we would be where we are now, anywhere close to the fourth Motor Insurance Directive, and maybe looking for a fifth.

This shows how Parliament really can reflect the interests of citizens in what are complex cross-border issues, but ones that do not come into play unless people run into serious problems. People have brought their problems to us, when they have had accidents in other countries and are unable to claim compensation for what are, in many cases, severe or even lifelong injuries.

I was pleased that the Commissioner, in line with her very strong commitment to consumers and the energy she has brought to this portfolio, wanted to seize this issue. However, I would particularly highlight what Nikolay Mladenov says in his report about the need to step up the level of cooperation between the insurance industry, Member States and the Commission, in order to get better deals under existing legislation. We are acting as a ginger group to put salt and pepper into the system, and I feel we are entitled to a bit more support from the European insurance industry.

1-217

Zita Pleštinská (PPE-DE). – Podobne ako kolegovia, ktorí vystúpili v dnešnej rozprave, aj ja pokladám správu kolegu Nickolaya Mladenova za správne načasovanú a veľmi dôležitú z hľadiska ochrany spotrebiteľov.

V súvislosti so zvýšením objemu cezhraničného cestovania automobilovou dopravou, hlavne po rozšírení EÚ a po rozšírení Schengenu, sa mnohí európski občania stávajú v zahraničí obeťami nehôd a v dôsledku nevedomosti sa častokrát dostávajú do vážnych problémov.

Pred cestou osobným motorovým vozidlom do zahraničia musia byť občania vybavení základnými informáciami o riešení prípadnej poistnej udalosti. Dôležité je obrátiť sa na príslušné informačné centrá, ktoré musia byť na základe štvrtej smernice o určitých otázkach týkajúcich sa poistenia motorových vozidiel zriadené v každom členskom štáte. Ako súčasť informačného balíka pred uzavretím poistnej zmluvy by mali byť spotrebiteľom poskytnuté komplexné informácie o fungovaní systému likvidačných zástupcov a o poistení právnej ochrany.

V členských štátoch sa vytvorili rozdielne systémy a vnútroštátne regulačné orgány môžu na vnútroštátnych trhoch lepšie zaručiť najvyššiu úroveň ochrany spotrebiteľa. Z tohto dôvodu súhlasím so spravodajcom, že nie je potrebné na úrovni Spoločenstva harmonizovať vnútroštátne právne predpisy o sankciách.

1-218

Milan Gaľa (PPE-DE). – Za prínos smernice o poistení motorových vozidiel z roku 2000 považujem vytvorenie siete likvidačných zástupcov. Ich pričinením dochádza k urýchleniu likvidácie poistných udalostí motorových vozidiel.

V súvislosti so sankciami za omeškanie zodpovedného plnenia sa pripájam k stanovisku spravodajcu. Na základe subsidiarity vnútroštátne regulačné orgány môžu na vnútroštátnych trhoch lepšie zaručiť maximálnu úroveň ochrany spotrebiteľov.

Podľa dostupných údajov viac ako 90 % všetkých poistných udalostí bolo zlikvidovaných mimosúdnu cestou, z tohto pohľadu nie je potrebná iniciatíva Komisie zaviesť povinné poistenie právnej ochrany v celej Európskej únii. Viedlo by to k zdraženiu povinného zmluvného poistenia motorových vozidiel a zaťažilo by to súdy ďalšími spormi, ktoré je možné riešiť mimosúdne.

Dobrovoľnosť poistenia právnej ochrany je potrebné zachovať a v nových členských štátoch je nutné zvýšiť informovanosť občanov o tomto poistnom produkte.

1-219

Colm Burke (PPE-DE). – Mr President, as a legal practitioner who has dealt with cross-border claims, it is not all rosy in the garden as might be suggested in the report. While I welcome the report, some of the kind of problems that I have come across are problems where there is legal cost insurance and where the claimants are finding it difficult to recover costs on the basis of it. These claimants have gone through court procedures and expended monies in order to validate their claims and then find that, on the one hand, the insurer of the offending party which caused the accident is not paying the full costs of putting the case together, and on the other hand, their own insurance company, with whom they had insurance for covering legal costs, is also not paying up and is walking away from its responsibilities.

This is an area that we need to look at and be very careful about. I had one case, for instance, where we had to pay EUR 30 000 for a forensic accountant's report and where we were not allowed to recover the full cost of that report. Although the person had their own insurance, they were not able to add their own insurance policy for costs and were not able to recover under that policy either. That is a matter that we need to look at and make sure that it is properly monitored.

1-220

Meglena Kuneva, Member of the Commission. – Mr President, let me thank you once more for the very useful piece of work which Mr Mladenov presented with the help of his colleagues. It is very useful for the Commission as well. The Commission is preparing a study dealing with compensation levels awarded to cross-border victims and this issue was

raised by Mrs Wallis and some other colleagues. We are aiming in this study at obtaining an objective, well-founded and evidence-based analysis of the issue. The study is under way and the Commission is examining the second interim report.

Mr Harbour also mentioned that we need to be very concrete in our work and cooperate firmly on this issue to make the internal market more complete both for businesses and for consumers. It is very important for this cooperation to be straightened up.

I am really more than glad to see that Mr Mladenov's report is doing this through the good set-up of the pieces of his work and also has such nice and meaningful support from his colleagues.

Once more, congratulations and thank you.

1-221

Nikolay Mladenov, rapporteur. – Mr President, I would like to thank the Commissioner and my colleagues for their very interesting and insightful comments on this report. I am a firm believer that the best-protected consumer is the consumer who is best informed on their rights and can defend those rights based on the information provided. We as legislators need to make sure that consumers receive information and are free to make the choice of whether to take certain protection against a certain risk or not, rather than to impose a uniform level on all of them.

Mrs Wallis, Andreas Schwab and Mr Burke raised extremely important points that go beyond the very limited scope of this report. I am very happy that Commissioner Kuneva has said that the Commission will pursue a further study of many of the questions raised in this House. I am convinced that Parliament will look very carefully at the study that the Commission produces, precisely to go back and look at the questions that Mr Burke has raised, which are absolutely valid and an increasing matter of discussion in many Member States, including my own. Mr Schwab raised the question of a uniform approach to damages, which is a very valid question for all of us. I hope that the Commission's study will address that issue.

Let me also say a couple of things about the follow-up to this report. I hope that the Commission will take very seriously its responsibility to monitor national authorities' implementation of existing penalty provisions. Indeed, when we were gathering information in order to put this report together, a small number of Member States were not very forthcoming in providing information on how the system functions in their societies, but we did manage to receive an adequate reply in the end. Looking carefully at how the system functions and at how it can be improved in the future is an important task that I am sure the Commission will take very seriously in the months and years to come.

1-222

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się we wtorek, 2 września 2008 r.

1-223

24 - Skoordynowana strategia w celu usprawnienia walki z oszustwami podatkowymi (debata)

1-224

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest sprawozdanie sporządzone przez Sharon Bowles w imieniu Komisji Gospodarczej i Monetarniej w sprawie skoordynowanej strategii w celu usprawnienia walki z oszustwami podatkowymi – (2008/2033(INI)) (A6-0312/2008).

1-225

Sharon Bowles, rapporteur. – Mr President, may I first take this opportunity to thank colleagues for their input, especially on one or two topics where we still have differences of opinion. I think we have more in common than divides us and that we can reach a satisfactory outcome by not straying too far from the core subject.

The broad principles underlying this report on fiscal fraud are simple, and only fraudsters themselves would disagree. The tax losses due to fraud are difficult to assess. Fraudsters and tax evaders take care to hide their activity from the tax authorities, but estimates put the level of fraud at EUR 200-250 billion or 2-2.5% of the total GDP of the EU.

My question is, do we put 2-2.5% of our collective effort into resolving it? Since the answer to that question is clearly no, there can only be one conclusion. It needs more effort, more attention and in particular it needs more collective cooperative attention by Member States.

Now VAT fraud, particularly the missing trade or carousel fraud, may be the largest single cause of tax loss. It comes about simply because of the loophole in the arrangements for VAT under which it is not levied on cross-border intra-Community trade. So VAT-free purchases can be sold on, the VAT pocketed and then the trader vanishes. In complex carousels innocent traders can get enmeshed, and measures within Member States to combat fraud, such as

freezing rebates, can damage innocent businesses. This is a well-known problem in my own country, the United Kingdom. So that is all the more reason to tackle the problem at its root.

Pragmatically VAT will have to remain a consumption tax based on accruing to the fiscal authority of final destination. The report proposes that VAT should be levied on intra-Community supplies at the minimum rate, 15%, with the importing Member State then levying its own domestic rate for subsequent stages.

The 15% collected by the originating Member State then needs to be handed over to the Member State of final consumption by some method of clearing or settlement. This now is technically feasible; all the more so as we move inevitably to real-time recording of transactions. And it does not have to be centralised; it can be done in a decentralised or bilateral manner.

Regarding other ways of combating fraud and tax evasion, the exchange of information and cooperation are central to this and, dare I say it, a 'cash now' attitude of 'What am I getting out of it?' in some quarters does not lead to progress and is a short-sighted view. Payback comes another time when you are on the requesting end.

Tax authorities need to know about assets in order to help track down hidden income which may be undeclared or originate itself from criminal activity. This is undermined if exchange of information between authorities is restricted. Here we also need to act in the international dimension to be most effective.

Finally this brings me to revision of the Savings Tax Directive. It is proper to revisit that Directive, for example to close loopholes such as using alternative legal entities like foundations to escape its provisions. Withholding tax is not ideal, but here we are divided on whether it can be done without undesirable consequences.

These are the issues that we address in this report. I commend it to you and I look forward to the forthcoming debate with interest.

1-226

László Kovács, *Member of the Commission*. – Mr President, first of all I would like to thank the European Parliament and, in particular, the rapporteur, Mrs Bowles, for its very constructive report on a coordinated strategy to improve the fight against fiscal fraud.

In May 2006, the Commission presented a communication aimed at launching a broad debate on the different elements to be taken into account in an anti-fraud strategy in the Community.

I am pleased that the European Parliament recognises and supports the initiatives taken and the approach chosen by the Commission in its communication. Equally, I am pleased to see that the European Parliament invites the Commission to submit further proposals.

The report is a very useful and comprehensive contribution to the ongoing discussion about the fight against fiscal fraud. The Commission fully agrees that fraud is not a problem that can be combated successfully at national level alone.

The Commission will take account of the numerous comments and suggestions made by the European Parliament in the context of its work on the current and forthcoming legislative proposals for conventional measures to combat tax fraud.

As far as actions foreseen in 2008 are concerned, I can confirm that the Commission is planning to present three sets of legislative proposals – one in October, the second in November and the third in December 2008. Those sets of measures include improved procedures for registration and de-registration of persons liable for VAT in order to ensure the swift detection and de-registration of fake taxable persons and to give more security to honest business. The legislative proposals will also cover traders' joint and several liability, the creation of a European network (EUROFISC) aimed at improving cooperation in order to detect fraudsters at an early stage, fixing conditions for VAT exemption at importation, mutual assistance in recovery, automated access to data, confirmation of the name and address of taxpayers in the VAT Information Exchange System database and shared responsibility for the protection of all Member States' revenues.

By October, the Commission will present a communication setting out the coherence of the approach it will present, together with a timetable for further actions. The communication will also address issues relating to a long-term approach, notably the necessity to examine the better use of modern technologies, which has also been underlined in your report.

The Commission is still open to examining alternative systems to the current VAT system, provided that certain conditions are met. The report mentions, in this context, a reverse-charge mechanism and the taxation of intra-Community supplies. The Commission has offered both of these radical options for consideration to the ECOFIN Council, but so far Member States have not shown the political will to take such far-reaching measures.

Regarding direct taxes, the Commission is working on the review of the Savings Taxation Directive, and intends to present the report on the operation of the Directive before the end of September, as requested by the ECOFIN Council of 14 May 2008. During the review process, we have been carefully analysing the current scope of the Directive and the need for amendments in order to enhance its efficiency. The report will be followed by a proposal for such amendments to the Savings Taxation Directive that prove necessary and appropriate. The Commission has also carefully taken note of the ECOFIN Council conclusions of the same date, emphasising the importance of promoting the principles of good governance in the tax area – that is transparency, exchange of information and fair tax competition – and the inclusion of related provisions in agreements with third countries and third country groupings.

Thanks to close cooperation with the Member States in the Anti-Tax Fraud Strategy expert group of the Commission, the idea of an anti-fraud strategy at EU level is taking concrete form. The announced measures will be a big step forward, even if further efforts will have to be made.

Concerning your discussion on tax competition, you will know that we have been working in the Code of Conduct Group on abolishing harmful business tax regimes in the EU. All in all, the Code of Conduct Group assessed over 400 measures by the present 27 Member States and their dependencies and overseas territories, of which over a hundred were considered harmful. Almost all of those hundred have already been abolished and the remainder are set to be abolished, subject to the transitional arrangements. The work conducted under the Code has been successful. It has led to the dismantling of almost all harmful tax measures in the Member States and their dependent or associated territories.

In conclusion, I would like to thank the European Parliament for its constructive contribution to the debate on the coordinated strategy to improve the fight against fiscal fraud.

1-227

Othmar Karas, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Rechtsausschusses*. – Herr Kommissar, Herr Präsident, Frau Berichterstatterin! Herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit und für Ihren Bericht.

Es geht mir hier um vier Punkte. Es ist uns erstens wichtig, zu betonen, dass der Steuerbetrug nicht isoliert bekämpft werden kann und eine koordinierte Vorgangsweise sowohl zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten als auch mit Drittländern erforderlich ist. Zweitens: Die geplanten Pilotprojekte zur Bekämpfung des Karussellbetrugs nehmen wir positiv zur Kenntnis, verweisen aber darauf, dass es besonders für kleine und mittlere Unternehmen zu keiner Verschlechterung der Rahmenbedingungen kommen darf. Drittens: Wir unterstützen ausdrücklich die von der Kommission vorgeschlagene Änderung der Mehrwertsteuerrichtlinie und der Verordnung über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf diesem Gebiet. Viertens bin ich froh, dass eine generelle Aufhebung des Bankgeheimnisses in allen Ausschüssen keine Mehrheit gefunden hat und von einer großen Mehrheit entschieden abgelehnt wurde.

1-228

Werner Langen, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich möchte mich den Glückwünschen an die Berichterstatterin anschließen. Die Bekämpfung des Steuerbetrugs ist hier seit Jahren ein ständiges Thema, und der Kommissar hat trotz vielfältiger Initiativen und vielfältiger Unterstützung durch das Parlament leider immer noch nicht die notwendigen Erfolge vorzuweisen, weil die Mitgliedstaaten mehr oder weniger blocken. Die Mitgliedstaaten müssten eigentlich großes Interesse daran haben, denn bei einer Summe von über 200 Milliarden Euro im Jahr – also mehr als der Haushalt der Europäischen Union – ist durch die Bekämpfung des Steuerbetrugs viel Geld einzunehmen, ohne dass man die Steuersätze für die ehrlichen Steuerzahler weiter erhöht. Deshalb muss bei aller Diskussion die Mitverantwortung der Mitgliedstaaten deutlich hervorgehoben werden.

Die Verabschiedung des Berichts war etwas schwierig, weil wir in einem Punkt im Ausschuss am Anfang Probleme hatten; das haben wir bereinigt. Frau Bowles hat auch sehr große Kooperationsbereitschaft gezeigt. Für uns war dieser Bericht schwierig, weil ein Änderungsantrag dabei war, den wir nicht mittragen können. Auch jetzt gibt es noch Vorschläge, den Steuerzahler und die Steuerquellen bis zum Letzten auszuquetschen. Ob das sinnvoll ist oder nicht zu neuen Tatbeständen führt, muss man sehen. Vor allen Dingen der von zwei Kollegen der aus der Sozialdemokratischen Fraktion vorgetragene Antrag Nr. 4, dass die Zinssteuerrichtlinie fallengelassen werden soll, kann nicht unsere Unterstützung finden.

Ich sage voraus: Wir werden den Bericht von Frau Bowles sonst uneingeschränkt unterstützen. Wird allerdings der Antrag Nr. 4, dass nämlich die Zinssteuerrichtlinie abgeschafft werden soll, eine Mehrheit erhalten, dann werden wir den Gesamtbericht ablehnen.

1-229

Benoît Hamon, *au nom du groupe PSE*. – Monsieur le Président, je voudrais à mon tour remercier Mme Bowles pour la qualité du travail et le résultat que nous avons pu obtenir en commission des affaires économiques et monétaires sur un texte aussi important que celui-là. Je voudrais rappeler à nos collègues, que ce sont 200 à 250 milliards d'euros qui échappent aux finances publiques en raison, aujourd'hui, de la fraude fiscale dans le marché intérieur. Ces milliards subtilisés, ce sont autant d'investissements publics en moins, autant d'écoles en moins, autant de services publics en moins,

autant de besoins sociaux qui restent sans réponse et bien entendu souvent, pour compenser, autant d'impôts qui augmentent et qui concernent les contribuables les plus honnêtes et les plus modestes, qui n'ont pas le loisir, eux, de se livrer à l'évasion et au shopping fiscal.

Je suis heureux de constater que sur la question de la TVA, il y a un large consensus au sein de ce Parlement pour mettre fin à la fraude et à des pratiques qui se jouent de la fragilité du système transitoire mis en place depuis 1993. Et la fraude fiscale la plus importante – nous le savons tous depuis le scandale du Liechtenstein – ce sont aussi ces gros épargnants qui placent des sommes considérables dans des États tiers, souvent des paradis fiscaux, pour échapper à l'impôt.

L'Union européenne, dispose donc d'un instrument pour lutter contre ces fraudes: la directive sur la fiscalité des revenus de l'épargne. Il y a cependant – et Mme Bowles l'a souligné – trop de lacunes dans cette directive, elle ne couvre que les revenus de l'épargne sous forme d'intérêts des personnes physiques. Il est donc aujourd'hui beaucoup trop facile de créer artificiellement une personne morale, parfois avec un seul associé ou actionnaire ou d'inventer des revenus financiers qui ne sont pas *stricto sensu* des intérêts, pour se soustraire à l'impôt.

Il est donc absolument nécessaire d'élargir le champ d'application de cette directive - il s'agit là d'un impératif moral - comme le propose le projet de rapport, pour qu'à tout le moins, la fraude fiscale soit moins facile.

Je dois vous dire mon étonnement et ma déception devant la proposition d'amendement du PPE, qui, à la fois par sa timidité et ses orientations, propose finalement que rien ne change et qu'en matière de fraude fiscale on s'en tienne à la situation actuelle.

Nous porterons ces positions devant l'opinion publique européenne, nous les porterons notamment devant l'opinion publique allemande, et nous verrons de quelle manière les opinions publiques allemande et européenne seront juge des choix qui sont fait ici. J'ai entendu de grandes déclarations dans les médias, notamment outre-Rhin, sur cette question de la fraude fiscale. Ici dans le silence du Parlement européen, ce sont d'autres choix qui sont faits. J'espère que les citoyens européens en seront juges.

1-230

Zbigniew Krzysztof Kuźmiuk, *w imieniu grupy UEN*. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! W tej debacie chcę zwrócić uwagę na trzy kwestie. Po pierwsze, według szacunków, straty podatkowe spowodowane oszustwami podatkowymi w zakresie VAT i akcyzy wynoszą ponad 2% PKB Unii Europejskiej, co stanowi kwotę 200-250 miliardów euro. Są to więc kwoty olbrzymie, uszczuplające dochody budżetów krajowych, ale mające także wpływ na strukturę dochodów budżetu Unii Europejskiej, podwyższając udział dochodów własnych opartych na dochodzie narodowym brutto.

Po drugie, mimo tej diagnozy, proponowane w sprawozdaniu rozwiązania dotyczące transakcji wewnątrzwspólnotowych, takie jak mechanizm odwrotnego obciążenia, a więc podatek rozlicza odbiorca a nie dostawca, dążenie do ujednolicenia stawek podatku VAT, oznaczające faktycznie likwidację stawek obniżonych, powołanie wreszcie izby obrachunkowej do rozliczania podatku między krajami członkowskimi, są rozwiązaniami, które mogą wprowadzić więcej szkód niż pożytku.

Po trzecie, wydaje się więc, że w celu ograniczenia oszustw podatkowych konieczna jest raczej bliższa współpraca administracji podatkowej krajów członkowskich, polegająca przede wszystkim na szybszej wymianie informacji, a być może nawet automatycznym dostępie do niektórych danych podatników podatku VAT i podatku akcyzowego.

1-231

Hans-Peter Martin (NI). – Herr Präsident! Aus zwei Gründen melde ich mich zu Wort: Zum einen, weil dieses Thema – wie auch vom Kollegen Langen schon ausgeführt wurde – seit langem auf der Tagesordnung steht und man sich wirklich fragt, warum es da keine Fortschritte gibt, gerade im Bereich der Mehrwertsteuerhinterziehung. Zum Zweiten, weil es im Namen der überwiegenden Mehrheit der Europäerinnen und Europäer nicht hingenommen werden kann, dass man hier so pharisäerisch von Steuergeldhinterziehung und Betrug spricht und nicht auch die Probleme hier im Hause anspricht.

Dieses Europäische Parlament, vertreten durch viele europäische Abgeordnete, ist ein Hort des Betruges. Das kann man im Bericht Galvin und anderswo nachlesen, das versucht man aber unter den Teppich zu kehren. Ob es nun der Abgeordnete Chichester, der Abgeordnete Purvis oder liberale Abgeordnete sind: Das ist skandalös! Solange wir uns hier nicht um die eigenen Betrugsfälle kümmern, sind wir überhaupt nicht glaubwürdig und können auch nicht den Anspruch erheben, andere zu kritisieren.

Ich fordere OLAF und gerade die Parlamentsverwaltung und die Fraktionen auf, hier klaren Tisch zu machen. Es ist eine Schweinerei, was man hier gerade versucht zu vertuschen.

1-232

Zsolt László Becsey (PPE-DE). – Köszönöm, elnök úr! Nagy örömmre szolgál, hogy ha lassan, talán túl lassan is, de kibontakozik a kérdéssel foglalkozó közösségi stratégia. Egyetértek azzal, hogy az adócsalás elleni küzdelmet be kell építeni egyrészt a tagállamok egyéni, nemzeti kötelezettségei közé, de a közösségi Lisszaboni programba is.

Megjegyzéseim: 1. Nem értek egyet a parlamenti jelentés azon kitételével, miszerint az erősödő adóverseny szükségtelenül torzítaná a belső piacot és kikezdené a szociális modellt. Ez azt a rögeszmét tükrözi, amelynek megszállottja minden létező adózási területen minimum adószinteket írna elő, ami viszont az inflációs hatás mellett igazságtalanságot is okozna, mert azokat sújtaná, akik egyébként államháztartásukat rendbetették, és adót tudnak csökkenteni. A közösségi hatáskörbe tartozó közvetett adózásnál is elfogadhatatlan a kizárólagos minimumértékekre való hivatkozás politikája anélkül, hogy a maximum oldalt reguláznánk. Megjegyzem, hogy a jövedéki adóval történő visszaélésnek melegágya a minimumszintek emelése, hiszen ez a feketegazdaság kiterjesztésére és a házilagos terménykészítésre ösztönöz, ami minden közösségi politikának ellentmond. 3. A hozzáadott-értékkadó területén örülök a lassú lépések politikájának, a fordított-adó kísérleti jellegű ötletének, de itt határozott továbbra-lépésre is szükség van. Megítélésem szerint a mai technológiai színvonal mellett egy belső piacon nyugodtan lehet a határon-átnyúló ügyletek esetében és a szállítónak a rendeltetés szerinti ÁFÁT beszélni és átutalni a célországba. Ehhez persze a tagállami adóhatóságok között ma még hiányos együttműködési készséget javítani kell, az euró bevezetése és a fizetési irányelv megszületése után ide egy nagy lélegzettel eljuthatunk. Végül: fontosnak tartom az Unión kívüli, elsősorban off-shore cégek működésével kapcsolatos fellépést, hiszen gyakran ide menekítik adózás előtt az adóalapot, amit aztán ugyanezen irányból visszahoznak uniós cégekhez zűrös tranzakciók keretében, az adóelkerülés végett és nem a kedvező adózási helyszín megválasztása érdekében. Köszönöm.

1-233

Antolín Sánchez Presedo (PSE). – Señor Presidente, señor Comisario Kovács, queridos colegas, el fraude fiscal, que, según estimaciones, sobrepasa en Europa el 6 % de los ingresos fiscales, tiene un carácter corrosivo sobre la confianza en los sistemas fiscales, la capacidad y la equidad de las haciendas públicas y el bienestar de los ciudadanos. Es caldo de cultivo para la economía informal y la delincuencia organizada.

En el ámbito comunitario afecta al buen funcionamiento del mercado interior, distorsiona la competencia y perjudica los intereses financieros de la Unión Europea, así como el cumplimiento de la Estrategia de Lisboa.

Si la cuarta parte de la riqueza mundial, que, según datos del Fondo Monetario Internacional, se oculta paraísos fiscales, pagara impuestos, se cubrirían de sobra los Objetivos del Milenio de las Naciones Unidas.

La Unión Europea debe combatir sin contemplaciones el fraude fiscal. Es posible hacerlo con seguridad, responsabilidad y sin crear cargas exorbitantes para nuestra economía. El aumento del comercio transfronterizo y los efectos de la globalización exigen impulsar decididamente una estrategia contra el fraude fiscal a escala europea; ya no basta con las acciones nacionales.

Esta estrategia debe tener una dimensión interna, abordando los problemas que plantea el fraude en el IVA y en los impuestos especiales, y también los problemas de evasión fiscal en los impuestos directos, así como una dimensión exterior, haciendo valer el peso económico de la Unión Europea.

No podemos decepcionar a nuestros ciudadanos, a quienes cumplen escrupulosamente sus obligaciones fiscales y a quienes esperan un liderazgo de la Unión Europea.

En este contexto, reclamamos que el paquete de medidas contra el fraude en el IVA que la Comisión va a presentar el próximo mes de octubre sea ambicioso y que el informe anunciado para finales de este mes sobre la aplicación de la imposición sobre el ahorro sea útil para avanzar definitivamente en la lucha contra el fraude en este terreno en Europa. Valoramos positivamente el contenido general del informe Bowles, a quien felicitamos confiando en que se pueda aprobar en el Pleno y en que, si no se mejora, al menos no quede desvirtuado.

1-234

Десислав Чуколов (NI). – Уважаема г-жо Bowles, възхитен съм от желанието Ви да се преборим с данъчните измами на европейско ниво.

Замислете се, обаче, какво ще причини това на управляващите у нас. Ако в България спрат данъчните измами, Ви уверявам, че на следващите избори либералите от мюсюлманската партия ДПС няма да вземат и половината от процентите, които вземат в момента. Ако се преустанови един път завинаги кражбата на обществени средства у нас, социалистите няма да има как да спонсорират кампаниите си вече и съответно и нелепите си инициативи.

Като член на партия „Атака“ аз ще подкрепя този Ваш доклад, защото „Атака“ е единствената партия в България, която работи за спирането на източването на държавни средства и „Атака“ е партията, в чиято програма е залегнал твърдият ангажимент да се преразгледат всички тъмни и нечисти сделки, ощетили държавния бюджет и облагодетелствали досега не една или две политически сили. Благодаря ви за вниманието.

1-235

Astrid Lulling (PPE-DE). – Monsieur le Président, permettez-moi d'abord de dire à M. Hamon que son chantage ne nous impressionne pas du tout, et je regrette qu'il soit, manifestement, victime d'un immense malentendu.

Monsieur le Président, tout en étant d'accord avec les grandes lignes du rapport de Mme Bowles, je crois qu'il est nécessaire d'insister sur deux points. Premièrement, le régime transitoire TVA, qui date de 1993, montre aujourd'hui ses limites. Je ne pense pas qu'on puisse se contenter encore longtemps du provisoire qui dure. La fraude fiscale, que nous condamnons tous, pour ses effets directs et indirects, est, pour une part, imputable aux failles du système actuel. Il convient donc de le modifier. Certes, je n'ignore pas que certains problèmes se posent. C'est pourquoi je recommande à la Commission de promouvoir la solution imaginée par l'organisation RTV VAT, qui permettra d'éviter un manque à gagner fiscal de 275 millions d'euros par jour, tout en réduisant les coûts administratifs pour les PME.

Le deuxième point concerne la question de l'évasion fiscale en lien avec la directive sur la fiscalité de l'épargne. Le rapport contient des remarques injustifiées qui m'ont conduite à proposer des amendements afin de rectifier les choses. La lutte, légitime et nécessaire, contre la fraude fiscale ne doit pas nous conduire à remettre en cause le principe de la concurrence fiscale. Je m'y refuse absolument, les deux n'ont aucun rapport. D'autre part, l'expérience prouve que le système de retenue à la source en matière de fiscalité de l'épargne, est le plus efficace, alors que l'on tente d'imposer partout le système d'échange d'informations, qui connaît des ratés.

Enfin, les revendications de réforme de ladite directive, dans le sens d'une extension de son champ d'application à l'ensemble des entités juridiques et de toutes les autres sources de revenus financiers, sont également très mal inspirées, car elles auront pour unique effet de chasser l'épargne hors de l'Union européenne. Voilà pourquoi, je souhaite que ces éléments soient modifiés. Dans le cas contraire, nous ne voterons pas en faveur de ce rapport.

1-236

Andrzej Jan Szejna (PSE). – Panie Przewodniczący! Oszustwo podatkowe stało się od pewnego czasu problemem globalnym. Według szacunkowych danych straty odpowiadają 2-2,5% PKB, to jest 200-250 mld euro na poziomie europejskim. W związku z powyższym istnieje wyraźna potrzeba skoordynowania działań na szczeblu wspólnotowym i zacieśnienia współpracy między państwami członkowskimi.

Artykuły 10 i 280 Traktatu ustanawiającego Wspólnoty Europejskie wymaga od państw członkowskich podjęcia właściwych środków w celu wywiązania się ze zobowiązań wynikających z Traktatu oraz koordynacji ich działań dla ochrony interesów finansowych Wspólnoty. Pamiętajmy jednak, że choć z jednej strony swobodny przepływ towarów i usług w obrębie rynku wspólnotowego utrudnia państwom indywidualną walkę z tego typu oszustwami, to podejmowane działania nie mogą utrudniać działalności gospodarczej i nakładać na podatników niepotrzebnych obciążeń.

1-237

László Kovács, Member of the Commission. – Mr President, first of all I want to thank the Members of the House for the comments and views they expressed during the debate.

As I said in my opening remarks, the Commission very much appreciates the contribution made by the European Parliament to the debate on a coordinated strategy to improve the fight against fiscal fraud. The Commission has assumed its responsibility and will take further initiatives to strengthen the legal framework and administrative cooperation between Member States. Member States certainly have to do the same.

Some of you have referred to the review of the Savings Taxation Directive, and I can assure you that the ongoing review is a very thorough one, where we are examining in detail whether the current scope is effective, and the pros and cons of extending it. It is a complex matter where many factors have to be taken into account: efficiency from a tax compliance point of view; the administrative burden for market operators, and also for tax administration; the need for a level playing field both inside the EU and in relation to the outside world – to name just a few. As I mentioned earlier, we will soon present the report. It will be followed by a proposal for amendments to the Savings Taxation Directive, and we will do our utmost to strike a proper balance.

It is clear that there exists no single and global solution for eliminating tax fraud. Each individual measure should bring an added value, but it is only their implementation as a whole which provides the tax authorities with an enhanced framework for combating tax evasion and tax fraud.

1-238

Sharon Bowles, rapporteur. – Mr President, tax fraud is the business of the EU because fraudsters make use of cross-border loopholes, and that is what we are trying to close.

As the Commissioner says, the savings tax issues are complex. I think it is possible for us to reach agreement through our voting that we do not pre-empt too much the more detailed discussions that we are going to have to hold on that topic when the Commission comes out with their further proposals. Likewise I think that we can also avoid reference to tax

competition where we are divided but which is not core to this report. Therefore I think we can achieve some harmony amongst ourselves.

On all these fronts, colleagues and Commissioner, I do not think that inaction or tentative action is an adequate response. 2.5% of GDP is at stake. That is a huge chunk of the tax base. As our colleague, Mr Sánchez Presedo, points out, that is possibly 5% of tax.

If any politician here or in any Member State campaigned on the basis of putting up tax by 5% to pay for nothing, they would not get very far. So, and I say this to Member States in particular, getting prickly about exchange of information, doing the minimum, being fearful, is just the same as taxing 5% for nothing, for that is what it costs the honest taxpayer. That is the message that I wish to send in this report and I believe it is the collective message that this Parliament wishes to send in this report supporting the Commissioner in his efforts and urging him to be bold.

1-239

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się we wtorek, 2 września 2008 r.

Oświadczenia pisemne (art. 142)

1-240

Siiri Oviir (ALDE), kirjalikult. – Maksupettused on nii ELile kui ka liikmesriikidele probleemiks, moonutades konkurentsivõimet ja vähendades nii ELi kui liikmesriikide tulubaasi.

Probleemi ühe põhjusena nimetaks tänast käibemaksu ülemikusüsteemi, mis on keeruline ja ajale jalgu jäänud. Süsteem vajab kaasajastamist. Siinjuures on kahtlemata tervitatav EP ettepanek EK-le, et 2010. aastal tuleks esitada otsus uuendatud käibemaksusüsteemi kohta.

Kindlasti tuleb uue käibemaksusüsteemi väljatöötamisel arvestada asjaoluga, et maksustamissüsteem ei muutuks kehtivast keerulisemaks ja bürokraatlikumaks. Kindlasti on siinjuures oluline rõhutada ka seda, et uut maksustamissüsteemi tuleb enne üle-Euroopalist rakendamist ka piloteerida, et veenduda selle toimimises, sest see hoiab ära palju hiljem esile kerkida võivaid probleeme.

Ühe olulise sammuna maksupettustega võitlemisel tuleb kaasajastada ka riikidevahelise info kättesaadavust, millele aitaks kaasa üle-Euroopalise e-maksuameti infokeskkonna loomine.

Isikuandmete töötlemisel ei tohi tähelepanuta jätta avalike huvide kooskõla füüsilise isiku põhiõiguste ja põhivabadustega.

Lõpetuseks, märksõna "maksuparadiis" tuleb samuti antud probleemi puhul oluliseks pidada. Tervitan raportis välja käidud ideed, et ELil tuleb muuta maksuparadiiside likvideerimine ülemaailmsel tasandil üheks oma prioriteediks.

1-241

25 - Porządek dzienny następnego posiedzenia: patrz protokół

1-242

26 - Zamknięcie posiedzenia

1-243

(Posiedzenie zostało zamknięte o godz. 24.00.)